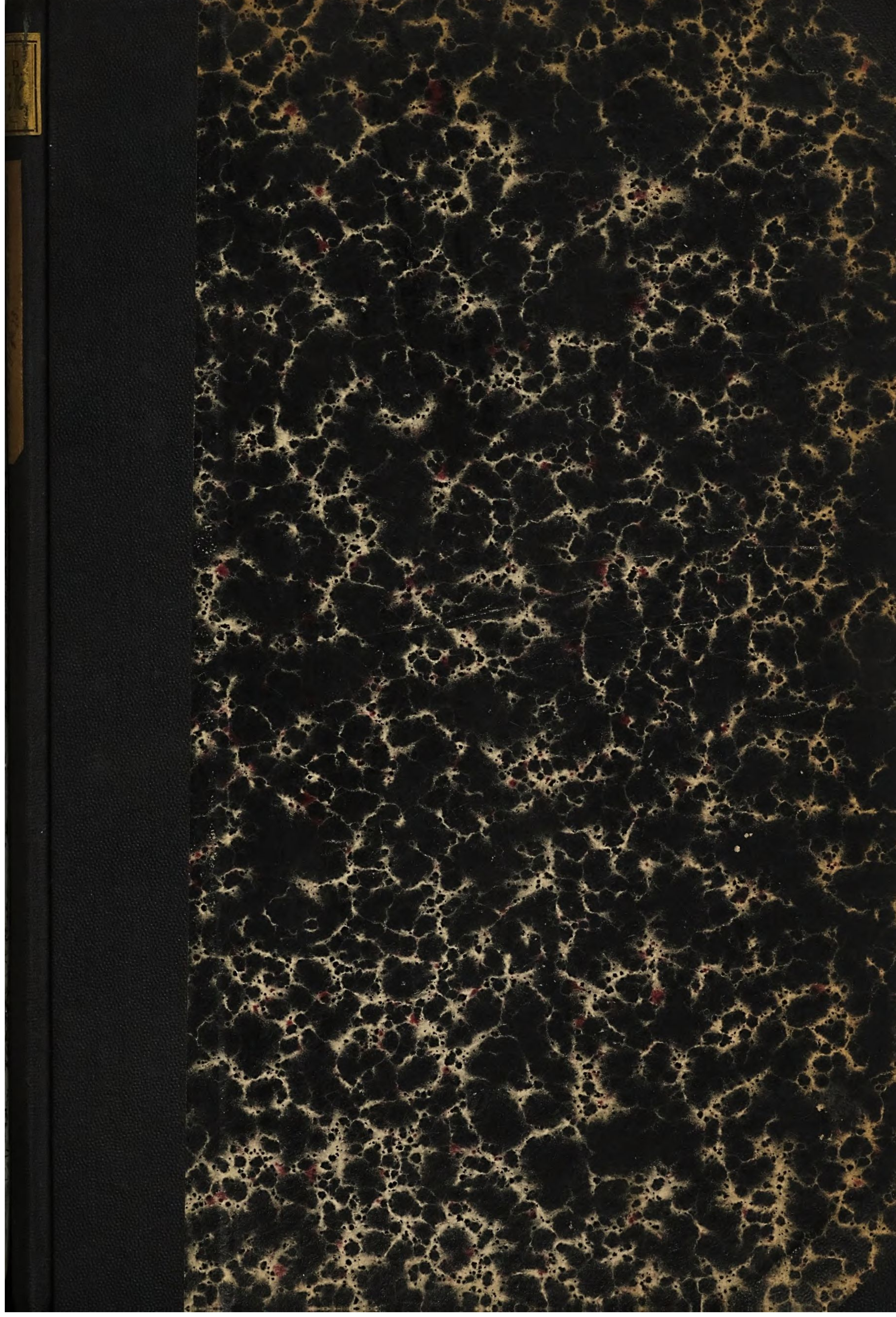






I. can. P. 974 ik

Stallmann











Die Vorbedingungen zum Erwerb  
des geistlichen Amtes

in der  
evangel. Landeskirche des Grossherzogtums Hessen.

---

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

bei der

juristischen Fakultät zu Giessen

eingereicht von

**Friedrich Otto Stallmann**

Gerichtsassistent in Osthofen.

---

**Oppenheim**

Druck von Wilh. Traumüller

1892.







# Einleitung

## und

### Feststellung der Aufgabe.

Die Bestimmungen, welche das partikulare Kirchenrecht des Grossherzogtums Hessen für den Erwerb eines geistlichen Amtes aufstellt, haben nach einer Pause von fast fünfzig Jahren<sup>1</sup> in den beiden letzten Jahrzehnten eine umfassende gesetzliche Neubildung erhalten. Worin liegt der Grund dieser Erscheinung?

Naheliegend scheint es, diesen Grund in dem Rechtsmaterial selbst zu suchen; dies insofern als Alter und Beschaffenheit desselben zu einer Neuordnung im Wege der Kodifikation gedrängt haben können. Man würde damit nicht das Richtige treffen. Der Grund zur Neukodifikation der Bestimmungen für die Erlangung eines geistlichen Amtes in der evangelischen Landeskirche Hessens war ein anderer.

Zur Zeit des Kulturkampfes innerhalb der preussischen Monarchie entschloss sich auch Hessen, durch den Erlass einer Reihe kirchenpolitischer Gesetze das Verhältnis von Staat und Kirche im Wege einseitiger

---

<sup>1</sup> Siehe die Zusammenstellung der älteren gesetzlichen Bestimmungen bei C. W. Köhler, Handbuch der kirchlichen Gesetzgebung des Grossherzogtums Hessen, Darmstadt 1847, Bd. I § 33 ff.



Staatsgesetzgebung zu regeln. Einen Teil dieser Staatskirchengesetzgebung bildet das Gesetz vom 23. April 1875, „betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen.“<sup>2</sup> Es gilt sowohl für die evangelische wie für die katholische Kirche. Hiermit ist der Grund für die seitens des Staates aufgestellten Vorschriften zur Erlangung eines geistlichen Amtes gekennzeichnet: letztere sind aus der Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche hervorgegangen.<sup>3</sup>

Diese Erklärung deckt jedoch nicht die im Kirchengesetz<sup>4</sup> vom 11. Juli 1879 kirchlicherseits aufgestellten Vorschriften. Im Hinblick auf sie könnte unsere Annahme, dass der Grund zur Neubildung der gesetzlichen Vorschriften für die Erlangung eines geistlichen Amtes in der Beschaffenheit des in Betracht kommenden Rechtsmaterials selbst zu suchen sei, zutreffend erscheinen. Widerlegt wird diese Ansicht jedoch durch die Tendenz der Dienstpragmatik. Der Zweck derselben ist eine, durch das Edikt vom 6. Januar 1874 veranlasste, Normierung der rechtlichen Verhältnisse der Geistlichen an sich.<sup>5</sup> Die Neukodifikation der Bestimmungen zur Erlangung eines geistlichen Amtes ist für den Erlass der Dienstpragmatik nicht ausschliesslich bestimmend gewesen.

---

<sup>2</sup> Abgedr. bei A. Schmidt, kirchenrechtliche Quellen des Grossherzogtums Hessen, Giessen 1891, S. 209 ff.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu in den Motiven zu dem Gesetz vom 23. April 1875 (Verhandl. der 2. Kammer XXI. Landtag 1873/75, Beilagen Band V, Nr. 408).

<sup>4</sup> Abgedr. bei A. Schmidt a. a. O., S. 175 ff.

<sup>5</sup> Siehe in den Motiven zur Dienstpragm. (Verhandlungen der 1. ordentl. Landessynode 1875/79, Band II, Beilagen Nr. 96 S. 1 und 2). Hiernach ist die Dienstpragm. nur eine Ausführungsbestimmung des § 120 des Edikts.



Mit den bisher erwähnten Gesetzen ist der Kreis der von uns in erster Linie zu berücksichtigenden Quellen nicht erschöpft. Ihren endgültigen Abschluss erreichte die Kodifikation der einschlägigen Vorschriften erst mit dem Erlass des Gesetzes vom 5. Juli 1887.<sup>6</sup> Durch seine Bestimmungen ist das Gesetz vom 23. April 1875 ausser Kraft gesetzt. Der geltende gesetzliche Rechtsstoff für unsere Frage setzt sich somit nunmehr aus den Bestimmungen des Kirchengesetzes vom 11. Juli 1879 und den in dem Staatskirchengesetz vom 5. Juli 1887 aufgestellten Vorschriften zusammen. Beide bilden die Unterlagen der nachstehenden Abhandlung.

Inhaltlich sollen nur die Vorbedingungen zum Erwerb des geistlichen Amtes im juristischen Sinne betrachtet werden, — diejenigen Vorschriften also, die zur Verleihung desselben mittels landesherrlicher Kollation erfüllt werden müssen. In diesem Sinne ist der Begriff „Erlangung“ oder „Erwerb“ des geistlichen Amtes in der Abhandlung zu fassen. Fraglich könnte erscheinen, was im Sinne der Aufgabe unter „geistlichem Amt“ zu verstehen ist. Das Edikt vom 6. Januar 1874, „die Verfassung der evangelischen Landeskirche betr.“,<sup>7</sup> sowie auch die Dienstpragmatik gebrauchen bald den Ausdruck „Pfarrer“, bald sprechen sie von „Geistlichen“.<sup>8</sup> Der Sprachgebrauch schwankt. Zur richtigen Auffassung des Begriffes des „geistlichen Amtes“, wie er in unserer Abhandlung gebraucht wird, müssen wir auf eine der Grundlehren der evangelischen

---

<sup>6</sup> Abgedr. bei A. Schmidt a. a. O., S. 209 ff.

<sup>7</sup> Abgedr. bei A. Schmidt a. a. O., S. 78 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Edikt § 115 mit § 116 und § 123, ferner Dienstpragm. § 7 und § 9 mit § 10 und § 11.



Kirche Bezug nehmen. Nach der Auffassung der lutherischen Reformatoren ist in der evangelischen Kirche ein geistliches Amt nur das Pfarramt. Die einzelnen vorkommenden Abstufungen bedeuten nur Rangunterschiede. Für den Begriff des Pfarramts ist es gleichgültig, ob dasselbe von einem Amtsträger wahrgenommen wird, oder ob mehrere nach einem bestimmten Verteilungsplan der Geschäfte ein geistliches Amt in verschiedenen Stellungen gemeinsam verwalten.<sup>9</sup> In dieser Weise ist auch das „geistliche Amt“ im Sinne unserer Aufgabe aufzufassen. Gegenstand der Darstellung sollen also nur die Vorbedingungen zur endgültigen Anstellung der evangelischen „Pfarrer“ sein. Pfarrverweser und Pfarrvikare sind als Pfarrer in dem erwähnten Sinne nicht anzusehen. Sie sind nur Geistliche nach der Dienstpragmatik.<sup>10</sup> Der Begriff „evangelischer Pfarrer“ ist mithin der engere.

Die Auffassung des Begriffes „evangelische Landeskirche“ ergibt sich aus dem Verfassungsedikt.<sup>11</sup>

Dargestellt werden soll nur das geltende Recht der evangelischen Landeskirche des Grossherzogtums Hessen. In erster Linie bedeutet dies also den Ausschluss der älteren, vor der jüngsten Kodifikation gültigen Bestimmungen. Die Betrachtung derselben geschieht nur insoweit, als dies zur

---

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Hinschius, die preussischen Kirchengesetze des Jahres 1873, Berlin und Leipzig 1873, S. 101 Abs.

<sup>10</sup> Siehe Dienstpragm. § 7.

<sup>11</sup> Edikt § 1: „Die evangelische Kirche des Grossherzogtums umfasst sämtliche evangelische (lutherische, reformierte, unierte) Gemeinden des Landes unbeschadet des Bekenntnisstandes der einzelnen Gemeinden.“ Vgl. hierzu K. Köhler, Kirchenrecht der evangelischen Landeskirche des Grossherzogtums Hessen, Darmstadt 1884, S. 55 ff.



charakteristischen Beleuchtung heutiger Zustände am Platze erscheint. Dasselbe gilt in gleicher Weise hinsichtlich der Vorschriften des katholischen Kirchenrechts zur Anstellung der Geistlichen, sowie hinsichtlich der in auswärtigen Landeskirchen geltenden Bestimmungen.

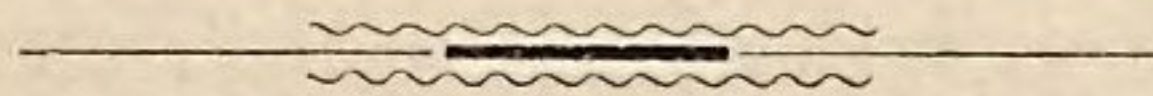
Die formelle Gliederung der Abhandlung ist folgende:

### **I. Allgemeiner Teil.**

- 1) Die juristische Konstruktion der Vorbedingungen.
- 2) Die staatlicherseits aufgestellten Vorbedingungen im Allgemeinen.
- 3) Die kirchlicherseits aufgestellten Vorbedingungen im Allgemeinen.

### **II. Besonderer Teil.**

- 1) Die staatlicherseits aufgestellten Vorbedingungen.
- 2) Die staatlicher- und kirchlicherseits aufgestellten Vorbedingungen.
- 3) Die kirchlicherseits aufgestellten Vorbedingungen.





# I. Allgemeiner Teil.

## § 2.

### Die juristische Konstruktion der Vorbedingungen.

Das evangelische Kirchenrecht des Grossherzogtums Hessen macht den Erwerb eines geistlichen Amtes von der Erfüllung bestimmter Vorbedingungen abhängig. Was haben wir unter „Vorbedingungen zur Erlangung eines geistlichen Amtes“ zu verstehen?

„Vorbedingungen zur Erlangung eines geistlichen Amtes“ sind juristisch betrachtet diejenigen gesetzlichen Erfordernisse, von deren Erfüllung die Kollatio beneficii abhängig ist. Ihre rechtliche Natur besteht also darin, dass die Gültigkeit der Verleihung untrennbar an die Erfüllung der Vorbedingungen gebunden ist. Die Verleihung eines geistlichen Amtes unter Nichtbeachtung dieser gesetzlichen Vorschriften ist rechtlich unstatthaft und nichtig.<sup>12</sup> Erfordernisse, deren Erfüllung zur Erlangung eines geistlichen Amtes zwar vorgeschrieben ist, deren Nichtbeachtung jedoch die Gültigkeit der Verleihung nicht berührt, sind keine Vorbedingungen im Rechtssinne.

---

<sup>12</sup> Vgl. unten bei Anm. 42 und 43.



Als „Vorbedingungen“ in dem eben festgestellten Sinne sind auch nicht die sogenannten „Bedingungen der Verleihung“ anzusehen.<sup>13</sup> „Bedingungen der Verleihung“ sind alle diejenigen rechtlichen Erfordernisse, welche die Gültigkeit der Kollation als solcher, d. h. als eines rechtlichen und Rechtswirkungen erzeugenden Aktes, zum Gegenstand haben. Sie treffen beispielsweise, die Gültigkeit der zur Amtsübertragung gewählten Form. Anders die „Vorbedingungen“ in unserem Sinne. Sie treffen die Gültigkeit der Verleihung im Hinblick auf die Person, welcher das Amt übertragen werden soll.<sup>14</sup> Erstere sind objektiven, letztere subjektiven Charakters. Die Erfüllung, beziehentlich der Ausfall der „Bedingungen der Verleihung“ kann und braucht sich erst im Augenblick der Kollation selbst zu entscheiden. Hinsichtlich der Vorbedingungen jedoch muss diese Entscheidung bereits *v o r h e r* eingetreten sein. Allerdings muss auch die Erfüllung der Vorbedingungen im Augenblick der Kollation selbst gegeben sein.<sup>15</sup> In dieser beschränkten Bedeutung können also die „Vorbedingungen“ gleichfalls als „Bedingungen der Verleihung“ angesehen werden.<sup>16</sup> Umgekehrt braucht darum aber eine Bedingung der Ver-

---

<sup>13</sup> Das kanonische Recht unterscheidet zwischen Bedingungen der Verleihung (Vakanz, Unentgeltlichkeit, Ablauf der gesetzlichen Frist) und den Vorbedingungen, deren Ausfall einen defectus des Anzustellenden begründet.

<sup>14</sup> Hinschius, System des katholischen Kirchenrechts, Berlin 1878, Bd. II, S. 474 spricht von Voraussetzungen in Betreff des „Amtes“ selbst, S. 476 von Voraussetzungen in der „Person des Erwerbers“.

<sup>15</sup> Siehe a. a. O., S. 478 Anm. 6.

<sup>16</sup> § 1 der Dienstpragm. spricht von „Bedingungen“, § 2 derselben von „Vorbedingungen“.



leihung nicht notwendigerweise auch eine Vorbedingung derselben zu sein. Vorbedingungen und Voraussetzungen des Erwerbs eines geistlichen Amtes sind immer identisch, nicht aber Vorbedingungen und Bedingungen desselben.<sup>17</sup> Aufgabe unserer Darstellung sollen nur die Vorbedingungen sein.

Welche Bestimmungen des für unsere Abhandlung in Betracht kommenden Rechtsstoffes haben wir nun unter Berücksichtigung der soeben ausgeführten Grundsätze als Vorbedingungen anzusehen?

Die Erlangung eines geistlichen Amtes ist in § 2 der Dienstpragmatik ausdrücklich von der Erfüllung einzeln aufgezählter „Vorbedingungen“ abhängig gemacht.<sup>18</sup> Die Verwertung des Ausdruckes „Vorbedingungen“ schliesst hier jeden Zweifel aus. Das staatliche Recht hingegen enthält in Art. 1 des Gesetzes vom 5. Juli 1887, „betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen“ die Bestimmung: „Ein Kirchenamt, welches mit einem Geistlichen zu besetzen ist, darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen

---

<sup>17</sup> Richter, Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts, 8. Auflage, bearbeitet von L. Dove und W. Kahl, Leipzig 1886, behandelt S. 706 ff. die „Bedingungen“ der Verleihung, ebenso Friedberg, Darstellung des katholischen und evangelischen Kirchenrechts, 3. Auflage, Leipzig 1884 S. 320 ff.; Friedberg, das geltende Verfassungsrecht der evangelischen Landeskirchen in Deutschland und Oesterreich, Leipzig 1888, S. 212 ff., ebenso Zorn, Lehrbuch des Kirchenrechts, Stuttgart 1888, S. 411 ff., sprechen von „Voraussetzungen“.

<sup>18</sup> Dienstpragm. § 2: „Vorbedingungen zur Anstellung im Dienst der evangelischen Landeskirche sind der Nachweis der erforderlichen wissenschaftlichen und praktischen Vorbildung und die Erfüllung der bestehenden Vorschriften hinsichtlich der Verpflichtung zur Uebernahme von Vikariaten.“



übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat, und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von Seiten der Staatsregierung erhoben worden ist.“

Zwei Fragen sind diesen Quellenstellen gegenüber zu beantworten: Erstens: Sind auch die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Juli 1887 als „Vorbedingungen“ in unserem Sinne, trotz des Fehlens dieses Ausdruckes, aufzufassen? Zweitens: Sind im Hinblick auf die Fassung des § 2 der Dienstpragmatik nur die in dem eben citierten § angeführten Erfordernisse als Vorbedingungen im Sinne unserer Aufgabe anzusehen?

Beantworten wir die erste Frage! Art. 1 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 spricht, wie ersichtlich, nur von der „Übertragung“ des geistlichen Amtes.<sup>19</sup> Dagegen lässt er den Einspruch des Staates sich gegen die „Anstellung“ richten. Es scheint damit also einen Unterschied zwischen dem formellen, juristischen, und dem tatsächlichen Erwerb des geistlichen Amtes, der „de facto-Übertragung“ desselben, seitens des kirchlichen Oberen<sup>20</sup> machen zu wollen. Stimmen wir dem zu, so erscheinen die Erfordernisse des Art. 1, den Einspruch

---

<sup>19</sup> Vgl. preuss. Ges. vom 11. Mai 1873, betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen § 1: „Ein geistliches Amt darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden u. s. w.“, bad. Ges. vom 9. Oktober 1860, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betr. § 9: „Kirchenämter können nur an solche vergabt werden u. s. w.“

<sup>20</sup> Es spricht auch hess. Ges. vom 5. Juli 1887, Art. 12, Abs. 1: „Die Übertragung der Funktionen eines kirchlichen Amtes, welche unter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt, gilt als nicht geschehen.“ Ebenso Art. 12, Abs. 3: „der kirchliche Obere, welcher . . . . . überträgt u. s. w.“



ausgenommen, nicht als Vorbedingungen, wie sie Gegenstand unserer Abhandlung sein sollen. Sie wären damit Vorbedingungen zur „thatsächlichen“ Übertragung der „Funktionen“ des geistlichen Amtes, nicht aber zur formellen Übertragung des Amtes selbst vermittelt landesherrlicher Kollation. Rechtlich sind diese Vorschriften aber, mag dies praktisch auch auf eins hinauskommen,<sup>21</sup> nicht identisch. Während sich nämlich erstere zunächst nur auf die Gültigkeit der thatsächlichen Übertragung beziehen, haben letztere dagegen die Gültigkeit der Kollation selbst im Auge.

„Vorbedingungen“ in unserem Sinne werden aber die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Juli 1887 ohne weiteres sein, wenn wir den Begriff „übertragen“ im Sinne von „verleihen“ — von „übertragen im formellen Sinne“ auffassen. Hierzu sind wir berechtigt. Die Unterscheidung des Art. 1 zwischen „Übertragung“ und „Anstellung“ ist keine rechtlich relevante. „Ein Kirchenamt darf nicht übertragen werden“, ist demnach so zu verstehen, dass dasselbe unter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen nicht konferiert werden darf, demnach auch nicht erworben werden kann. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Juli 1887 sind mithin als „Vorbedingungen“ zum „Erwerb“ des geistlichen Amtes anzusehen. In gleicher Weise muss § 1 des preussischen Gesetzes vom 11. Mai 1873, „betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen“ gefasst werden.<sup>22</sup>

<sup>21</sup> Die Vorbedingungen zur Verleihung des Amtes müssen ipso jure auch Vorbedingungen zur Übertragung des Amtes seitens des kirchlichen Oberen sein, nicht aber umgekehrt.

<sup>22</sup> Vgl. Hinschius, Kirchengesetze S. 104 Anm. 4. — Hier ergibt sich unabweislich die Auffassung des Begriffes „übertragen“ in dem formellen Sinne von „verleihen“ aus § 17 dieses Gesetzes. Letzterer redet auch nur von der Uebertragung des Amtes.



Die Beantwortung der zweiten von uns gestellten Frage muss in gleicher Weise erfolgen. Sie ist nur aus dem Wortlaute des Gesetzes zu erledigen. Es könnte nämlich erscheinen, als ob in Hinblick auf die Fassung des § 2 der Dienstpragmatik nur die dort angeführten Erfordernisse als Vorbedingungen in unserem Sinne aufzufassen wären. Dies um deswillen noch mehr, weil § 1 der Dienstpragmatik nur allgemein von der „Fähigkeit“ zur Erlangung eines geistlichen Amtes redet,<sup>23</sup> am Schlusse dagegen gerade auf die besonderen „Vorbedingungen“ des § 2 hinweist. Eine ausschliessende Wirkung erhält jedoch § 2 darum nicht. Die Fähigkeit zur Erlangung eines geistlichen Amtes wird nach § 1 der Dienstpragmatik bestimmt, einmal durch die allgemeine persönliche Qualifikation des Anzustellenden, sodann durch die Erfüllung bestimmter, weiterer Erfordernisse.<sup>24</sup> Fähig ist aber nur derjenige, der diese beiden Momente in gleicher Weise in sich vereinigt. § 1 der Dienstpragmatik sagt gerade am Schlusse: „und welcher die in § 2 ff. bezeichneten Bedingungen erfüllt.“ Die Bestimmungen des § 1 der Dienstpragmatik sind also, was ihren bedingenden Charakter anlangt, den Vorschriften des § 2 der Dienstpragmatik gleichwertig und müssen von dem Anzustellenden ebensogut erfüllt werden, wie diese. Der Umstand, dass § 2 der Dienstpragmatik von „Vorbe-

---

<sup>23</sup> Dienstpragm. § 1: „Fähig zur Erlangung eines geistlichen Amtes ist jeder deutsche evangelische Theologe, welcher sittlich unbescholten ist, und welcher die in den nachfolgenden §§ bezeichneten Bedingungen erfüllt.“

<sup>24</sup> Vgl. auch Motive zur Dienstpragm. a. a. O., S. 2, letzter Absatz.



dingungen“, § 1 hingegen nur von „Bedingungen“ spricht, hat keine Bedeutung.<sup>25</sup>

Keine Vorbedingung zur Erlangung des geistlichen Amtes ist die Leistung des Verfassungseides.<sup>26</sup> Allerdings ist dieselbe, soweit sie vom Staate gefordert wird, als eine Präventivmassregel anzusehen. Juristisch brauchen sich aber vorbeugende und vorbedingende Veranstaltungen nicht zu decken, mag auch ihr Endzweck derselbe sein.

Die Leistung des Verfassungseides erfolgt bereits beim Eintritt in das Vikariat.<sup>27</sup> Die definitive Anstellung des evangelischen Geistlichen vollzieht sich somit in jedem einzelnen Falle nur, nachdem der Verfassungseid von ihm in seiner Eigenschaft als Pfarramtskandidat bereits geleistet ist. Thatsächlich wird damit die Eidesleistung zu einer Vorbedingung. Indessen braucht dies darum noch nicht rechtlich der Fall zu sein. Die Gültigkeit der Kollation an sich würde auch bei einer etwaigen früheren Unterlassung der Eidesleistung nicht berührt.<sup>28</sup> Denn diese ist rechtlich

---

<sup>25</sup> Vgl. in und bei Anm. 16.

<sup>26</sup> Ges. vom 5. Juli 1887 Art. 2: „Der Geistliche, welchem ein Kirchenamt übertragen wird, ist verbunden, vor Übernahme desselben den Verfassungseid zu leisten.“

<sup>27</sup> Siehe Köhler, Kirchenrecht, S. 198 Anm.

<sup>28</sup> Die Nichtleistung des Verfassungseides hat nur den Ausschluss von der Ausübung derjenigen öffentlichen Rechte zur Folge, welche durch die Eigenschaft als Staatsbürger bedingt sind. Vgl. Köhler, Kirchenrecht, S. 198 Anm.; ferner: Zeller, Handbuch der Verfassung und Verwaltung des Grossherzogtums Hessen, Darmstadt 1885, Bd. 1, S. 23 Anm., Küchler, Verwaltungsgesetzgebung im Grossherzogtum Hessen, 2. Aufl. Darmstadt 1885, Bd. II, S. 2. — Für den evangelischen Pfarrvikar allerdings würde die Unterlassung der Eidesleistung im gegebenen Falle die Anwendung des Art. 12 des hess. Ges. vom 5. Juli 1887 (siehe diesen in Anm. 20) zur Folge haben.



noch nicht einmal Vorbedingung zur Zulassung des Vikars zum geistlichen Amt. Die Leistung des Verfassungseides geschieht erst vor der „Übernahme“ des Amtes, der „Anstellung“ des Vikars selbst folgt sie nach. Sie geht ihr nicht etwa derart voraus, dass sie eine Bedingung derselben wäre. Würde letzteres der Fall sein, so wäre die Leistung des Verfassungseides auch eine Vorbedingung zur definitiven Anstellung des Pfarrers, denn das Vikariat ist selbst eine Vorbedingung zur Erlangung eines Pfarramtes.<sup>29</sup>

Diesen Ausführungen entsprechend erfolgt auch die Anstellung eines aus einer auswärtigen Landeskirche in den hessischen Kirchendienst übertretenden Geistlichen nicht etwa so, dass dieselbe von der vorhergehenden Leistung des Verfassungseides abhängig wäre. Es müsste dies jedoch der Fall sein, wenn die Eidesleistung eine Vorbedingung zur Anstellung wäre. Das Gleiche gilt für die Leistung des Amtseides der evangelischen Geistlichen.<sup>30</sup>

Eine andere Frage ist die, ob die Ordination Vorbedingung zur Erlangung eines geistlichen Amtes ist. Zweifellos gilt dies für die katholische Kirche. Für die evangelische Kirche muss es verneint werden. Zwar erfolgt auch hier die Ordination, so wie die Leistung des Verfassungseides, bereits beim Eintritt in das Vikariat,<sup>31</sup> eine Vorbedingung des Letzteren ist sie jedoch um deswillen nicht. Nach der dogmatischen Grundlehre der evangelischen Kirche kommt

---

<sup>29</sup> Siehe in Anm. 18.

<sup>30</sup> Dienstpragm. § 9: „Der ins Amt tretende Geistliche hat den vorgeschriebenen Amtseid zu leisten.“

<sup>31</sup> Dienstpragm. § 7: „Mit dem Eintritt in den Dienst der Kirche ist die Ordination verbunden.“



der Ordination eine wesentliche Bedeutung nicht zu.<sup>32</sup> Dasselbe gilt auch juristisch. Sie ist der Übertragung eines geistlichen Amtes gegenüber ein rechtlich bedeutungsloses Accessorium.

Die bisherige Behandlung des Stoffes konzentrierte sich, ausgehend von dem rechtlichen Begriff der Vorbedingungen, vorzüglich in der Frage, welche Bestimmungen des kirchlichen und staatlichen Rechts wir juristisch als Vorbedingungen anzusehen haben. Steht dies fest, so fragt es sich, wenn wir die rechtliche Natur der Vorbedingungen weiterhin zum Gegenstand unserer Darstellung machen, inwiefern die Erfüllung der Vorbedingungen von rechtlich bedeutsamer Wirkung ist.

Betrachten wir zunächst die Wirkung im Hinblick auf die Person des Anzustellenden! Hier zeigt sich eine Übereinstimmung mit den Vorbedingungen zur Erlangung eines Staatsamtes.<sup>33</sup> Wie dort, so knüpft sich auch hier an die Erfüllung der Vorbedingungen keine unmittelbare Rechtswirkung. Für die evangelische Kirche besteht kein rechtlich verbindlicher Zwang, einen Pfarramtskandidaten, obwohl dieser sämtliche gesetzlich vorgeschriebenen Vorbedingungen erfüllt, auch wirk-

---

<sup>32</sup> Sie ist nicht Übertragung spiritueller Eigenschaften, sondern bezeugt, dass die Kirche den Ordinandus für fähig hält, die ihr übertragenen Vollmachten zu verwalten. Vgl. hierzu Köhler, Kirchenrecht, S. 194; Friedberg, Kirchenrecht, S. 133 II., Richter-Dove, S. 312, 730ff.

<sup>33</sup> Hess. Verf.-Urkunde Art. 47: „Niemand kann ein Staatsamt erhalten, ohne seine Fähigkeit durch ordnungsmässige Prüfung bewiesen zu haben.“



lich anzustellen. Das jus ad rem,<sup>34</sup> das einem auf Grund eines Patronats vorgeschlagenen Geistlichen zu- steht, bedeutet nur einen rechtlich gesicherten Vorzug vor anderen.<sup>35</sup> Ein rechtlicher Zwang, einen präsentierten Geistlichen anzustellen, besteht für das Kirchenregiment nicht.<sup>36</sup>

Wirkung der Erfüllung der Vorbedingungen ist nur die „Fähigkeit,“<sup>37</sup> als evangelischer Pfarrer angestellt zu werden. Diese Anstellungsfähigkeit selbst ist aber eine rechtlich unbeschränkte. Gesetzliche Vorschriften, welche eine bei der Ernennung der Geistlichen von Rechtswegen zu beobachtende Reihenfolge der Kandidaten erfordern,<sup>38</sup> kennt das hessische Kirchenrecht nicht. Dies gilt auch für solche Geistliche, die bereits definitiv angestellt gewesen sind. Die Fähigkeit derselben zur Erlangung einer anderweiten Pfarrstelle ist rechtlich gleichfalls unbeschränkt. Zwar wird auch in Hessen<sup>39</sup> bei den gewöhnlichen Stellen dem höheren

---

<sup>34</sup> Zu unterscheiden von dem jus ad rem ist das jus in re. Letzteres Recht erlangt der evangelische präsentierte Geistliche erst mit der vollendeten Verleihung. Vgl. Hinschius, Kirchenrecht, Bd. 2, S. 653 Abs.

<sup>35</sup> Vgl. hierzu Friedberg, Verfassungsrecht, S. 229 II. A.; Hinschius, a. a. O., Bd. 2, S. 654 oben.

<sup>36</sup> Vgl. hierzu Friedberg, a. a. O., S. 230 E.

<sup>37</sup> Dienstpragm. § 1: „Fähig ist jeder, welcher . . . . erfüllt.“

<sup>38</sup> Vgl. die bayerische Beförderungsordnung vom 27. Okt. 1820, sowie die badische Promotionsordnung vom 6. August 1794, beide angeführt bei Friedberg, Verfassungsrecht, S. 227 u. 228.

<sup>39</sup> Ebenso Württemberg, Sachsen-Altenburg und Schwarzburg-Sondershausen. Friedberg, a. a. O., S. 228; vgl. ferner die Mitteilungen im A. K.-Bl. 1859, S. 394 ff., woselbst auch die in den übrigen Landeskirchen in dieser Beziehung beobachtete Praxis dargestellt ist.



Dienstalter der Vorzug gegeben. Es ist dies aber keine unbedingt zwingende Vorschrift. Auch der jüngere Geistliche kann dem Älteren vorgezogen werden.<sup>40</sup> Im Allgemeinen erledigt sich diese Frage mehr nach dem Bedürfnis des Dienstes und der Gemeinde.<sup>41</sup>

Anders äussert sich die Wirkung der Erfüllung der Vorbedingungen in Bezug auf den Verleihungsakt. Die Verleihung eines geistlichen Amtes unter Nichtbeobachtung der gesetzlichen Bestimmungen ist nichtig.<sup>42</sup> Und zwar tritt die Nichtigkeit ipso jure mit der Verleihung ein.<sup>43</sup> Aus Art. 12 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 kann dies allerdings direkt nicht gefolgert werden,<sup>44</sup> denn derselbe spricht nur von der Übertragung der Funktionen des geistlichen Amtes seitens des kirchlichen Oberen, nicht aber von der Übertragung des geistlichen Amtes seitens der oberen Kirchenbehörde,<sup>45</sup> wie dies z. B. § 17 des preussischen Gesetzes vom 11. Mai 1873 thut.<sup>46</sup> Eine Rückwirkung etwa der Nichtigkeit aus Art. 12 des hessischen Gesetzes auf die Kollation kann ebenfalls nicht angenommen werden. Denn die Kollation und

---

<sup>40</sup> Vgl. hierzu Friedberg a. a. O., S. 228 C.

<sup>41</sup> Siehe Friedberg, a. a. O.

<sup>42</sup> Vgl. Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II. S. 478<sub>5</sub>, 479<sub>7</sub>, 486<sub>5</sub> und 6.

<sup>43</sup> Siehe die Citate in Anm. 42.

<sup>44</sup> Vgl. hierzu Anm. 22.

<sup>45</sup> Vgl. hierzu die bereits in und bei Anm. 15 ff. gegebenen Erläuterungen.

<sup>46</sup> Preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 17: „Die Übertragung eines geistlichen Amtes, welche der Vorschrift des § 1 zuwiderläuft, oder welche vor Ablauf der im § 15 für die Erhebung des Einspruchs gewährten Frist erfolgt, gilt als nicht geschehen.“ — Vgl. Anm. 22.



die Übertragung der einzelnen Funktionen des Amtes seitens des kirchlichen Oberen sind zwei zeitlich auseinanderliegende, rechtlich verschiedene Akte. Die Nichtigkeit der Verleihung ergibt sich vielmehr aus der inneren Natur der Vorbedingungen, wie sie oben ausgeführt wurde. Die Verneinung dieser, den Vorbedingungen begrifflich innewohnenden Kraft würde ihren Zweck leugnen und sie zu blossen Ordnungsvorschriften herabdrücken.

Ihrer juristischen Natur nach erscheinen um deswillen die Vorbedingungen zur Erlangung eines geistlichen Amtes als *leges perfectae*.<sup>47</sup> Wegen des exekutiven Charakters, den ihnen Art. 12 Abs. 2 und 3 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 beilegt, können die staatlicherseits aufgestellten Vorschriften sogar als *leges plus quam perfectae* angesehen werden. Eine besondere Nichtigkeitserklärung ist deshalb überflüssig. Es gilt dies sowohl für den § 17 des preussischen<sup>48</sup> Gesetzes vom 11. Mai 1873, wie für den Art. 12 Abs. 1 des hessischen Gesetzes vom 5. Juli 1887. Denn die Ungültigkeit der Kollation hat auch die Ungültigkeit der Übertragung der einzelnen Funktionen von Rechtswegen zur Folge.

Die Nichtigkeit der Verleihung ist eine vollständige, ohne Rücksicht darauf, ob sie durch die Nichtbeachtung einer staatlichen oder einer kirchlichen Vorbedingung entstanden ist. Folgerichtig müsste also ein derart angestellter evangelischer Geistlicher zur Vornahme aller Amtshandlungen unfähig sein. Indessen trifft dies zunächst nur bei der Übergehung einer staat-

---

<sup>47</sup> Vgl. hierzu Friedberg, Verfassungsrecht, S. 101 XV.

<sup>48</sup> Beide setzen die Nichtigkeitserklärung ausdrücklich fest.



licherseits aufgestellten Vorbedingung zu.<sup>49</sup> Einem Geistlichen, der unter Verletzung der Vorschriften des Gesetzes vom 5. Juli 1887 angestellt ist, ist die Ausübung sowohl staatlicher wie kirchlicher Handlungen untersagt.<sup>50</sup> Um deswillen spricht Art. 12 des erwähnten Gesetzes nur von den „Funktionen des Amtes“. Eine Beschränkung auf die nur „staatlichen“ ist damit nicht gegeben. Umgekehrt würde aber bei der Anstellung eines evangelischen Geistlichen unter Nichtbeachtung einer kirchlicherseits aufgestellten Vorbedingung dem Staate trotz der Nichtigkeit der Kollation kein direktes Mittel zustehen, die Ausübung rein staatlicher Amtshandlungen durch den derart angestellten Geistlichen zu verhindern. Die Strafbestimmungen<sup>51</sup> des Art. 12 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 könnten hier nicht zur Anwendung kommen. Es beziehen sich letztere nur auf die Vorschriften des erwähnten Gesetzes selbst.<sup>52</sup>

---

<sup>49</sup> Vgl. auch Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II S. 5074.

<sup>50</sup> Vgl. andererseits sächs. Ges. vom 23. August 1876, das allerdings nur für die katholische Kirche gilt. Dasselbe bestimmt z. B. in § 25 Abs. 4: „Eine den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider erfolgte Übertragung eines geistlichen Amtes gilt in allen staatlichen Beziehungen als nicht geschehen“.

<sup>51</sup> Art. 12, Abs. 2 dieses Gesetzes lautet: „Der Geistliche, welcher die Funktionen eines Kirchenamtes, die ihm unter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen übertragen worden sind, oder die er, ohne dass den gesetzlichen Erfordernissen genügt ist, übernommen hat, öffentlich ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark belegt“. — Art. 12, Abs. 3 dieses Gesetzes siehe in Anm. 20.

<sup>52</sup> Allerdings spricht Art. 12 nur allgemein von der Übertragung des geistlichen Amtes unter Verletzung der gesetzlichen Vorschriften, worunter man sowohl die staats- wie die kirchengesetzlichen verstehen könnte.



Der Zeitpunkt, in welchem die Erfüllung der Vorbedingungen gegeben sein muss, geht, wie dies zu Anfang dieses § bereits hervorgehoben wurde, der Verleihung des Amtes voraus. Die Erfüllung der Vorbedingungen muss also längstens bis zu dem letzten, der Kollation unmittelbar vorausgehenden Augenblick erfolgt sein. Ein erst später erworbener vollkommener Besitz der verlangten Eigenschaften kann nicht mehr berücksichtigt werden.<sup>53</sup> Ein dem genannten Zeitpunkt vorangegangener, aber vorher wieder verlorener Besitz schadet. Jedoch braucht anderseits der Anzustellende die verlangten Eigenschaften nicht schon im Augenblick der Antragstellung auf Verleihung des geistlichen Amtes zu besitzen. Eine Nachholung wäre bis zu dem oben genannten Zeitpunkt rechtlich nicht ausgeschlossen. Ungültig wäre sogar die Kollation dann noch nicht, wenn die Nachholung erst in den Moment der Verleihung des Amtes, und nicht schon in den derselben vorausgehenden letzten Augenblick fiel. Denn, wie bereits oben hervorgehoben, können die Vorbedingungen in gewisser Hinsicht auch als Bedingungen angesehen werden. Letztere aber brauchen erst in dem Augenblick der Kollation selbst erfüllt zu sein.<sup>54</sup>

Notwendigerweise kann eine Kollation nur dann erfolgen, wenn sämtliche Vorbedingungen, sowohl die kirchlicherseits, wie die staatlicherseits aufgestellten, erfüllt sind. Der Ausfall auch nur einer einzigen

---

<sup>53</sup> Nach kanonischem Recht convalescirt die wegen des defectus natalium oder des defectus ætatis einmal ungültige Kollation auch nicht mehr durch eine spätere Legitimation oder Erreichung des gesetzlichen Alters. Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II, S. 486<sub>6</sub> und 478<sub>6</sub> und 7.

<sup>54</sup> Siehe oben bei 15 und 16.



Vorbedingung würde die ganze Kollation ungültig machen. Dass hierbei zwischen staatlichen und kirchlichen Vorschriften kein Unterschied stattfindet, ist bereits erwähnt. Eine Möglichkeit der Anstellung unter dem Vorbehalt der Nachholung einer noch fehlenden Vorbedingung kennt das evangelische Kirchenrecht Hessens nicht.<sup>55</sup> Ebensowenig kennt dasselbe die Bestimmung, dass unter gewissen, gesetzlich genannten Voraussetzungen die Erfüllung einer einzelnen Vorbedingung nicht notwendig ist, wie dies z. B. in dem preussischen Gesetz vom 11. Mai 1873 § 28, „betreffend die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen“, der Fall ist.<sup>56</sup>

Andererseits ist die Frage völlig bedeutungslos, ob der evangelische Pfarrer mittels freier landesherrlicher Verleihung (*collatio libera*) oder auf den Vorschlag eines Präsentations- oder Wahlberechtigten (*collatio nec libera*) zur Anstellung kommt. Der von einem Wahl- oder Präsentationsberechtigten vorgeschlagene Geistliche muss ebensogut die gesetzlich vorgeschrie-

---

<sup>55</sup> Vgl. bad. Verordnung vom 11. April 1880, den Nachweis der allgemein wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen betr., abgedr. bei Heiner, Gesetze der katholischen Kirche, Freiburg i. B. 1890; § 4 dieser Verordnung heisst: „Eine nur vorübergehende Stellvertretung oder Aushilfeleistung kann das Ministerium des Innern und der Justiz . . . . . auch solchen Geistlichen gestatten, welche hinsichtlich ihrer allgemein wissenschaftlichen Vorbildung nicht allen Anforderungen, die das Gesetz stellt, entsprechen.“

<sup>56</sup> Preuss. Gesetz vom 11. Mai 1873 § 28: „Die Vorschriften dieses Gesetzes über das Einspruchsrecht des Staates (§ 1, 3, 10, 12, 15 und 16) finden in den Fällen keine Anwendung, in welchen die Anstellung durch Behörden erfolgt, deren Mitglieder sämtlich vom Könige ernannt werden.“



benen Erfordernisse besitzen,<sup>57</sup> wie derjenige, welcher auf Antrag des Ober-Konsistoriums zur Anstellung kommt.

Ein Unterschied besteht ebensowenig in Bezug auf die Frage, ob der anzustellende evangelische Geistliche bereits ein Pfarramt definitiv bekleidet hat, oder nicht. Wenn auch die Dienstpragmatik, sowie das Gesetz vom 5. Juli 1887 im Unterschied von dem preussischen Gesetz vom 11. Mai 1873 dies nicht ausdrücklich erwähnen,<sup>58</sup> so muss sich dies doch aus allgemeinen Grundsätzen ergeben. Der evangelische Geistliche, der bereits definitiv angestellt gewesen ist, muss bei seiner Versetzung auf eine anderweite Pfarrstelle sämtliche Vorbedingungen von neuem erfüllen. Praktisch wird dies allerdings nur beim Einspruch.<sup>59</sup> Immerhin aber würde theoretisch der Verlust einer Vorbedingung etwa in der Zwischenzeit von einer zur andern Anstellung die neue Kollation hindern.

Gelten die Vorbedingungen, welche das evangelische Kirchenrecht des Grossherzogthums Hessen für den Erwerb eines Pfarramts aufstellt:

- 1) auch schon für die widerrufliche Anstellung der Pfarramtskandidaten und
- 2) auch für die Erlangung eines Kirchenamtes überhaupt?

Was die Frage unter 1 anlangt, so muss hier zwischen staatlichem und kirchlichem Recht geschieden

---

<sup>57</sup> Vgl. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 230 E.

<sup>58</sup> Preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 2: „Die Vorschriften des § 1 kommen vorbehältlich der Bestimmungen des § 26 auch zur Anwendung, wenn einem bereits im Amte stehenden Geistlichen ein anderes geistliches Amt übertragen wird“.

<sup>59</sup> Vgl. hierzu Hinschius, Kirchengesetze, S. 106 Anm. 3. Absatz.



werden. Nach dem hessischen Gesetz vom 5. Juli 1887 Art. 3 ist die rechtliche Verpflichtung zur Erfüllung der Vorbedingungen mit Ausnahme des Einspruchs von der Frage völlig unabhängig, ob das Amt dauernd oder nur widerruflich übertragen wird, ob die Übertragung nur für den Fall einer Stellvertretung oder einer Hilfeleistung angeordnet ist. Dasselbe ist in dem preussischen Gesetz vom 11. Mai 1873 § 3 der Fall.<sup>60</sup>

Anders verhält sich dies jedoch nach den Bestimmungen des kirchlichen Rechts. Diese — soweit es sich wenigstens um § 1 und 2 der Dienstpragmatik handelt — gelten nur für die definitive Anstellung. Es ergibt sich dies aus der Miterwähnung der Vorbedingung des Vikariats in § 2 der Dienstpragmatik. Diese Vorschrift kann sich nur auf die definitive Anstellung beziehen, nicht zugleich auf die widerrufliche des Pfarramtskandidaten. Denn das Vikariat des Pfarramtskandidaten ist gerade die widerrufliche Anstellung desselben.<sup>61</sup> Anders ist dies, wenn ein Pfarrer, der bereits definitiv angestellt ist, die Hilfeleistung besorgt, oder als Spezialvikar<sup>62</sup> widerruflich angestellt wird. Dieser erfüllt, weil er bereits Pfarrer ist, sämtliche zur definitiven Anstellung vorgeschriebenen Erfordernisse, mithin auch die über das Vikariat.

Derselbe Unterschied nach staatlichem und kirchlichem Recht könnte für die Frage unter 2 angenommen

<sup>60</sup> Das badische Ges. vom 9. Oktober 1860 bestimmt dies nicht; vgl. darüber Hinschius, Kirchengesetze, S. 104 Anm. 1.

<sup>61</sup> Dienstpragm. § 2 sagt: „Vorbedingungen zur Anstellung im Dienste der evangelischen Kirche u. s. w.“, Dienstpragm. § 7 lautet: „Mit dem Eintritt in den Dienst der Kirche u. s. w.“ Der Begriff „Dienst der Kirche“ ist also in verschiedener Bedeutung gebraucht. In § 2 bedeutet er die definitive, in § 7 die widerrufliche Anstellung.



werden. § 1 der Dienstpragmatik spricht nämlich in Übereinstimmung mit dem preussischen Gesetz vom 11. Mai 1873 von der Erlangung eines „geistlichen Amtes. Das hessische Gesetz vom 5. Juli 1887 behandelt dagegen die Übertragung eines Kirchenamtes, welches mit einem Geistlichen zu besetzen ist.“ Indessen gelten die Vorschriften der Dienstpragmatik auch für die in dem Gesetz vom 5. Juli 1887 bezeichneten Kirchenämter und umgekehrt. Denn der weiter gefasste Begriff des hessischen Gesetzes vom 5. Juli 1887 deckt sich in der evangelischen Kirche mit dem des Pfarramts.<sup>63</sup> Für diejenigen Kirchenämter, die nicht mit einem Geistlichen zu besetzen sind, gelten weder die Vorschriften der Dienstpragmatik, noch die des Gesetzes vom 5. Juli 1887.

---

Zur Folge der formellen Gliederung der Abhandlung, wie sie in § 1 ausgeführt ist, haben wir bei der weiteren Darstellung unserer Aufgabe von nun ab zwischen staatlicherseits und kirchlicherseits aufgestellten Vorbedingungen zu unterscheiden.<sup>64</sup> Die Zweiteilung des Rechtsstoffes in kirchliches und staatliches Quellmaterial ist also für den weiteren Verlauf der Darstellung entscheidend.

Von besonderem Vorteil scheint indessen diese Behandlungsweise um deswillen zu sein, weil wir gerade dadurch einen entscheidenden Gesichtspunkt für die Beurteilung des Verhältnisses von Staat und evangelischer Kirche gewinnen. Denn wenn allgemein das Verhältnis

---

<sup>62</sup> Siehe hierüber Dienstpragm. § 22.

<sup>63</sup> Siehe in und bei Anm. 9.

<sup>64</sup> Siehe oben in und bei Anm. 2ff.



von Staat und Kirche jederzeit einen Regulator des Kirchenrechts bildet,<sup>65</sup> so gilt dies auch im Einzelnen für die gesetzlichen Bestimmungen, die das Recht des Grossherzogtums Hessen zur Erlangung des geistlichen Amtes aufstellt.

---

### § 3.

#### Die staatlicherseits aufgestellten Vorbedingungen im Allgemeinen.

Es könnte auffallend erscheinen, dass die evangelische Kirche die durch das Gesetz vom 23. April 1875, beziehentlich das vom 6. Juli 1887 aufgestellten staatlichen Vorschriften zur Erlangung eines geistlichen Amtes, ohne lebhafteren Widerstand anerkannt hat. Dies um so mehr, wenn wir die Opposition der katholischen Kirche gegen die staatliche Gesetzgebung berücksichtigen.

Die Gründe dieser Erscheinung liegen in der Wirkung der staatlichen Vorschriften. So materiell einschneidend dieselben für die katholische Kirche gewesen sind, so wenig waren sie dies gegenüber der evangelischen Kirche.

Das Erfordernis des Indigenats ist dem kanonischen Recht unbekannt gewesen.<sup>66</sup> Die staatsgesetzliche Vorschrift, dass nur Reichsangehörige zum inländischen Kirchendienst zugelassen werden können, wird deshalb von der katholischen Kirche als eine ungerechtfertigte, ihrem universalen Charakter innerlich widersprechende

---

<sup>65</sup> Siehe Zorn a. a. O., S. 6.

<sup>66</sup> Vgl. Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II, S. 491, Anm. 2.



Beschränkung empfunden. Anders die evangelische Kirche. In sämtlichen evangelischen Landeskirchen Deutschlands ist der Indigenat von jeher Vorbedingung zur Anstellung gewesen. Es konnte somit auch die evangelische Kirche Hessens dieser, durch die Staatsgesetzgebung aufgestellten Vorbedingung des Reichsindigenats einen materiellen Einwand nicht entgegensetzen.

Das Gleiche gilt für die staatlichen Vorschriften über die *Vorbildung* der Geistlichen. Für die Erlangung eines Pfarramts ist in der evangelischen Kirche Hessens seit Alters her nicht nur Gymnasialbesuch, sondern auch das Studium auf einer deutschen Universität, sowie das Bestehen einer Fakultätsprüfung vor einer staatlich eingesetzten Prüfungskommission gefordert worden.<sup>67</sup> Der Bildungsgang und der Bildungsgrad, wie ihn der Staat in seiner modernen Kirchengesetzgebung vorschreibt, ist demnach derselbe, den auch die evangelische Kirche Hessens verlangt. Eine Neigung, die theoretisch-theologische Vorbildung der angehenden Geistlichen auf eigenen klerikalen, von der Staatsaufsicht unabhängigen Bildungsanstalten erfolgen zu lassen — wie dies die katholische Kirche beansprucht — ist in der evangelischen Kirche Hessens, wie überhaupt in der evangelischen Kirche, nie zu Tage getreten.<sup>68</sup>

Wie liegen aber die Verhältnisse beim staatlichen

---

<sup>67</sup> Vgl. in den Motiven zur Dienstpragm. a. a. O., S. 3: „Der Bildungsgang, welchen diese §§ von dem künftigen Geistlichen fordern, ist derselbe, der für die evangelische Kirche längst herkömmlich und gesetzlich feststeht, und an welchem die evangelische Kirche um ihrer selbst willen festhalten müsste, auch wenn dies nicht durch die neueste Staatsgesetzgebung ausdrücklich gefordert würde“.

<sup>68</sup> Siehe Friedberg, Verfassungsrecht, S. 83 VI.



Einspruch? Ein Einspruch gegen die Anstellung eines evangelischen Geistlichen stand dem Staate vor Erlass des Gesetzes vom 23. April 1875 formell nicht zu. Zwar kannte bereits der Entwurf vom Jahre 1862<sup>69</sup> ein Einspruchsrecht des Staates, Gesetzeswirkung hat letzteres indessen nicht erlangt.<sup>70</sup> Nach dem heute geltenden Recht ist hingegen die Verleihung eines Kirchenamtes von der Einwilligung der Staatsbehörde abhängig. Das Oberkonsistorium muss, ehe es den Antrag auf Verleihung eines geistlichen Amtes oder auf Bestätigung einer Präsentation stellt, in jedem Falle bei dem Ministerium des Innern und der Justiz anfragen, ob gegen den Anzustellenden ein Einwand in „bürgerlicher oder staatsbürgerlicher“ Beziehung erhoben wird.<sup>71</sup> Durch Erhebung des Einspruchs kann sodann die Staatsbehörde einen Geistlichen von der Anstellung zurückweisen.

Diese Beschränkung des freien Kollationsrechts scheint nun die evangelische Kirche in derselben Weise treffen zu müssen, wie die katholische.<sup>72</sup> Man hätte also eine bestimmte Stellungnahme diesem staatlichen Mitwirkungsrecht gegenüber auch von Seiten der evangelischen Kirche erwarten können. Dieselbe ist jedoch nicht erfolgt. Die Gründe hierfür liegen in der

---

<sup>69</sup> Siehe den Gesetzentwurf vom Jahre 1862, die rechtliche Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Staate betr., abgedr. bei A. Schmidt a. a. O., S. 68 ff.

<sup>70</sup> Dies um deswillen, weil der Entwurf nicht zum Gesetz geworden ist; vgl. den Entwurf nach den Beschlüssen der ersten und zweiten Kammer, abgedr. a. a. O.

<sup>71</sup> Siehe Minist.-Erl. vom 31. März 1874, die Geschäftsordnung für das Oberkonsistorium betr., abg. bei A. Schmidt a. a. O., S. 124 ff; ferner Ges. vom 5. Juli 1887, Art. 9.

<sup>72</sup> Wie oben in § 1 erwähnt, gilt das Ges. vom 5. Juli 1887 für beide Kirchen.



geschichtlichen Entwicklung der evangelischen Landeskirche Hessens.

Nach dem Organisationsedikt vom 6. Jan. 1832<sup>73</sup> war das Oberkonsistorium nur eine Mittelbehörde unter Aufsicht des Ministeriums des Innern und der Justiz. Letzteres hatte die staatlichen Hoheitsrechte über die Kirche und das Kirchenregiment zu handhaben.<sup>74</sup> Die obere Kirchenbehörde, durch welche sich die Anstellung der evangelischen Geistlichen vollzog, konnte also nur durch Vermittelung der Staatsbehörde zum Landesherrn in Beziehung treten. Durch das Edikt vom 6. Januar 1874 ist dies geändert. Darnach ist das Oberkonsistorium die oberste kirchliche Behörde,<sup>75</sup> die nunmehr zu dem Landesherrn direkt in Beziehung tritt, und dem Ministerium des Innern und der Justiz nicht mehr untersteht. Das Ministerium selbst, welches vor dem Organisationsedikt teils Kirchen- teils Staatsbehörde gewesen ist, ist nunmehr ausschliesslich Staatsbehörde. Ein Abhängigkeitsverhältnis besteht nur noch insofern, als das Oberkonsistorium in bestimmten, gesetzlich genannten Fällen<sup>76</sup> verpflichtet ist, an das Ministerium des Innern und der Justiz zu berichten, oder dessen Genehmigung einholen muss. Hierzu gehört auch die berichtliche Anfrage bei der Anstellung der Geistlichen.

Demnach ist trotz des staatlichen Einspruchsrechts nach der geltenden Gesetzgebung das Mass

---

<sup>73</sup> Angeführt bei Köhler, Handbuch, Bd. I S. 248 ff., Bd. II S. 3 ff.

<sup>74</sup> Vgl. hierzu Friedberg, Verfassungsrecht, S. 65 B. a.

<sup>75</sup> Siehe Edikt § 129.

<sup>76</sup> Siehe dieselben in der Geschäftsordnung für das Oberkonsistorium betr., a. a. O.



der Einwirkung des Staates auf die Besetzung der geistlichen Stellen ein geringeres als nach dem Organisationsedikt vom Jahre 1832. Denn nach den Bestimmungen des letzteren vollzog sich — weil das Oberkonsistorium dem Ministerium unterstellt war — die Anstellung der evangelischen Geistlichen in letzter Hand **ausschliesslich** unter dem Einfluss der Staatsbehörde. Das Einspruchsrecht dagegen, wie es die geltende Gesetzgebung dem Staate gewährt, ist ein ungleich beschränkteres Mitwirkungsrecht. Äussert sich dasselbe doch nur nach einer bestimmten einzelnen Richtung hin. Die Stellungnahme der evangelischen Kirche Hessens der neueren Staatskirchengesetzgebung gegenüber ist darum auch hinsichtlich des staatlichen Einspruchs verständlich.

Ein juristischer Einwand gegen die staatlicherseits aufgestellten Vorbedingungen, wie dieser katholischerseits gemacht worden ist,<sup>77</sup> war von Seiten der evangelischen Kirche kaum möglich. Erkennt dieselbe doch das Obergerichtsrecht des Staates sogar verfassungsgemäss an.<sup>78</sup> Der katholischerseits erhobene Einwand,<sup>79</sup> dass die Vorschriften des Gesetzes vom 23. April 1875 einen Verstoss gegen den Art. 36 der hessischen

---

<sup>77</sup> Vgl. in den Verhandlungen der ersten Kammer, XXI. Landtag 1873/75, Protokolle, Bd. II Nr. 22 S. 30 ff.

<sup>78</sup> Vgl. auch K ö h l e r, Kirchenrecht, S. 57 Anm., ferner Edikt § 2.

<sup>79</sup> Siehe in den Verh. der zweiten Kammer d. hess. Landstände, XXI. Landtag 1873/75, Protokolle, Bd. II Nr. 24. S. 199. — Ferner: Verf.-Urkunde des Grossherzogtums Hessen und die neuen Kirchengesetzentwürfe (Mainz, Fr. Kirchheim 1875) und die Gegenschrift: Die hess. Kirchengesetzentwürfe in ihrem Verhältnis zur Verf.-Urk. (Darmstadt 1875.)



Verfassungsurkunde<sup>80</sup> enthielten, entbehrte für die evangelische Kirche der praktischen Bedeutung. Denn, wie bereits erwähnt, stimmt letztere hinsichtlich des Bildungsganges der Geistlichen mit dem Staate überein.<sup>81</sup>

Worin liegt nun die Bedeutung der staatlicherseits zur Erlangung eines geistlichen Amtes aufgestellten Vorbedingungen für die evangelische Kirche?

Wie bereits in § 1 der Abhandlung angeführt wurde, ist die Veranlassung zur Aufstellung der staatlichen Vorbedingungen in der Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche zu suchen. Die Stellung nun, welche der Staat hierbei der evangelischen Kirche gegenüber einnimmt, könnte auffallend erscheinen. Weshalb giebt derselbe nämlich in seiner neuesten Staatskirchengesetzgebung seine historische Verbindung mit der evangelischen Kirche freiwillig auf und schützt sich andererseits wieder durch Veranstaltungen präventiven Charakters, wie sie die Vorbedingungen zur Erlangung eines geistlichen Amtes sind, gegen scheinbar mögliche Übergriffe derselben? Namentlich könnte die Aufstellung der Vorbedingungen um deswillen bemerkenswert erscheinen, weil die freiwillige Gewährung der Autonomie seitens des Staates gerade als ein Zeichen seines Vertrauens zu den kirchenpolitischen Bestrebungen der evangelischen Kirche erscheint.

Einen Widerspruch enthält indessen das Verhalten des Staates nicht. Die Massnahme der vorbeugenden Veranstaltungen des Staates

---

<sup>80</sup> Verf.-Urk. Art. 36: „Unter Beobachtung der hinsichtlich der Vorbereitung zum Staatsdienste bestehenden Gesetze ist es jedem überlassen, sich für seine Bestimmung im Inlande oder Auslande auszubilden.“

<sup>81</sup> Vgl. oben in und bei Anm. 67.



gegenüber der evangelischen Kirche sind vielmehr die prinzipielle Konsequenz der Trennung von Staat und Kirche.

Der Standpunkt, von dem der hessische Staat in seiner modernen Staatskirchengesetzgebung ausgeht, ist der, dass die „Selbständigkeit der Kirchen und ein mit den nötigen Schutzmassregeln versehenes Aufsichtsrecht des Staates notwendige Correlate bilden.“<sup>82</sup> Mit den Schranken, welche der evangelischen Kirche auch nach ihrer Loslösung vom Staate in dem Oberaufsichtsrecht des letzteren von Rechtswegen<sup>83</sup> gezogen sind, giebt der Staat sich nicht zufrieden. Er erachtet es vielmehr für unbedingt erforderlich, „die Wahrung seiner Interessen auch im Einzelnen den Verfügungen der evangelischen Kirchenbehörden gegenüber sicher zu stellen.“<sup>84</sup> In demselben Masse also, in dem er die früher mit ihm verbundene evangelische Kirche freigiebt, und sie, zur Erfüllung der ihr ausschliesslich zukommenden Aufgaben mit Privilegien ausstattet, schützt er sich zugleich vor ihr.<sup>85</sup> Ist doch von seinem Standpunkt aus betrachtet, die Möglichkeit

---

<sup>82</sup> Vgl. in den Motiven zum Ges. vom 23. April 1875, betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen a. a. O., S. 6 Abs. 1; ferner auch Friedberg, Verfassungsrecht, S. 49 V. Abs. 3.

<sup>83</sup> Der besondere Vorbehalt hinsichtlich des staatlichen Oberaufsichtsrechts, den Art. 4 des Ges. vom 23. April 1875, betr. die rechtl. Stellung der Kirchen u. Religionsgem. i. St. macht, ist rechtlich überflüssig. Vgl. hierzu in den Verhandl. der zweiten Kammer, XXI. Landtag 1873/75, Beilagen, Bd. V Nr. 402 zu Art. 4 Abs. 1.

<sup>84</sup> Vgl. hierzu in den Motiven zum Gesetz vom 23. April 1875, die rechtliche Stellung der Kirchen- und Religionsgemeinschaften im Staate betr., abgedr. bei Schmidt a. a. O., S. 126 ff.

<sup>85</sup> Vgl. Richter-Dove a. a. O., S. 228.



eines kirchlichen Übergriffs immerhin mit der Trennung von Staat und Kirche gegeben. Dies ist ein prinzipieller Grundsatz des Staates. Ob eine Kirche ihm materiell zu derartigen Vermutungen Grund zu geben scheint, kommt für ihn nicht in Betracht.

Hiermit ist auch die grundsätzliche Bedeutung der staatlicherseits aufgestellten Vorschriften zur Erlangung eines geistlichen Amtes für die evangelische Kirche gekennzeichnet. Gerade wie der Staat früher schon allgemein<sup>86</sup> der katholischen Kirche gegenüber sein Obergerichtsrecht im Wege einseitiger Gesetzgebung<sup>87</sup> durch das Mittel vorbeugender Veranstaltungen zu wahren gesucht hat, so musste auch nunmehr die evangelische Kirche ihrer Lostrennung vom Staate willen die Aufstellung der staatlichen Vorbedingungen über sich ergehen lassen.

Allerdings hätte der Staat auch, wenn er seine Verbindung mit der evangelischen Kirche aufgab, einen andern Ausweg wählen können.<sup>88</sup> Er hätte die evangelische Kirche in die Stellung einer gewöhnlichen Privatkorporation herabdrücken, sie von dem öffentlichen Rechtsgebiet überhaupt ausschliessen können. Ob aber damit — angenommen, er hätte dies gethan — für ihn die absolute Gefahr eines Übergriffes der Kirche eine geringere geworden wäre, erscheint fraglich.<sup>89</sup> Die Wahrnehmung seiner eigenen Interessen hätte ihn auch so zur Ergreifung von Schutzmassregeln gegenüber der Kirche führen müssen. Das

---

<sup>86</sup> Vgl. a. a. O., S. 326.

<sup>87</sup> Vgl. die hess. Verordnung vom 30. Januar 1830, die Ausübung des oberhoheitlichen Schutz- und Aufsichtsrechts über die katholische Landeskirche betr., abgedr. bei Schmidt a. a. O., S. 39 ff.

<sup>88</sup> Vgl. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 49. V. Abs. 3.

<sup>89</sup> Vgl. a. a. O.



Interesse des Staates an der ordnungsmässigen Ausübung des geistlichen Berufes würde doch hier das Gleiche sein.

Leuchtet nun auch ein, dass die Trennung der evangelischen Kirche vom Staat diesen prinzipiell zur Aufstellung bestimmter Schutzvorschriften veranlassen musste, so ist damit noch nicht gesagt, dass letztere gerade in Veranstaltungen vorbeugenden Charakters zu bestehen hatten.<sup>90</sup> Es scheint nämlich, als ob der Staat sein Oberaufsichtsrecht auch durch anderweite Massnahmen hätte wahren können. Allerdings deckt sich allgemein der Begriff „Schutzmassregel“ mit dem der „vorbeugenden Veranstaltung“. Immerhin hätte der Staat aber seine Interessen auch dadurch wahren können, dass er anstatt der Präventivmaxime den Grundsatz der Repression etwaigen Missbrauches in Anwendung brachte.<sup>91</sup> Dies kann an sich nicht verneint werden. In unserem Falle erscheint jedoch die Ergreifung repressiver Veranstaltungen ungenügend. Die Aufstellung vorbeugender Vorschriften zur Erlangung eines geistlichen Amtes muss bei der eigenartigen Natur des geistlichen Amtes, sowie bei der hervorragenden Bedeutung, die ihm im öffentlichen Leben zu Teil wird, als unumgänglich erscheinen.<sup>92</sup>

Zweck und Aufgabe der staatlichen Vorbedingungen ist nicht die Anstellung der evangelischen Geistlichen etwa materiell zu beeinflussen. Wie erwähnt, erstreben dieselben allerdings die Wahrung staatlicher

---

<sup>90</sup> Vgl. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 50 Abs. 1 Ende.

<sup>91</sup> Vgl. Richter-Dove, a. a. O., S. 226 u. S. 229.

<sup>92</sup> Vgl. in den Motiven zum Gesetz vom 23. April 1875, betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, a. a. O., S. 7.



Interessen an der Anstellung der Geistlichen. Zunächst ist dies aber nur ein Interesse des Staates an der Ausübung des geistlichen Amtes.<sup>93</sup> Das Interesse an der Anstellung der Geistlichen ergibt sich für den Staat erst mittelbar hieraus. Demgemäss überlässt er auch die „Anstellung“ der evangelischen Geistlichen formell und materiell der Kirche. Der Staat besitzt in den Vorbedingungen nur nach einer einzelnen Richtung hin ein Recht der Abwehr gegen die Anstellung eines ihm nicht geeignet erscheinenden Geistlichen. Für die Momente, in welchen der Staat das Vorliegen derartiger Bedenken von vorn herein annimmt, schafft er gleichsam eine Präsumption. Für begründet erklärt er diese ipso jure bei einem Nichtdeutschen, sowie bei einem nicht hinreichend wissenschaftlich vorgebildeten Geistlichen.<sup>94</sup> Weitere sonstige Bedenken gegen die Anstellung muss er dagegen, will er sie im Wege des Einspruchs geltend machen, beweisen.<sup>95</sup>

<sup>93</sup> Siehe a. a. O., S. 6 ff.

<sup>94</sup> Die Vorschrift des Gesetzes vom 23. April 1875 hinsichtlich der allgemein wissenschaftlichen Vorbildung besteht allerdings nicht mehr. Art. 3 des Ges. vom 5. Juli 1887 verlangt nur noch ein dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Staats-Universität. — Vgl. dagegen das erwähnte badische Gesetz vom 11. April 1880, betr. die allgemein wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen.

<sup>95</sup> Allerdings braucht dieser Beweis dem Zurückgewiesenen oder etwa der Kirchenbehörde gegenüber nicht besonders erbracht zu werden. Der eingelegte Einspruch allein hindert die Koliation. Eine Beweispflicht ist höchstens darin gelegen, dass nur Thatsachen, die anzugeben sind, dem Einspruch zu Grunde gelegt werden dürfen. Ob dieselben auch richtig sind, kommt nicht in Betracht. Vgl. hierzu Ausschussbericht der 2. Kammer in den Verh. d. 2. Kammer, XXV. Landtag 1885/87, Beilagen Bd. V Nr. 430,13; ferner Hinschius, Kirchengesetze S. 134, Anm. 17 Abs. 2.



Ihrer inneren Natur nach müssen diese staatlicherseits aufgestellten Vorbedingungen *leges perfectae* sein. Könnten dieselben nicht den im Einzelnen hervortretenden staatlichen Interessen eine durchgreifende Wirkung verleihen, so wäre ihre Bedeutung für den Staat gering. Dass dies aber bei den zur Erlangung eines geistlichen Amtes aufgestellten Schutzmassregeln zutrifft, hat bereits Erwähnung gefunden.

Im besonderen Lichte erscheinen die staatlicherseits aufgestellten Vorbedingungen, wenn wir die Stellung, welche die evangelische und katholische Kirche dem Staate gegenüber einnehmen, berücksichtigen. Die Auffassung der beiden christlichen Kirchen über den Staat ist, wie bekannt, eine durchaus verschiedene. Dass der Staat der katholischen Kirche gegenüber Vorbedingungen zur Anstellung eines Geistlichen aufstellt, erscheint von seinem Standpunkt aus betrachtet, als notwendig. Anders verhält sich dies bei der evangelischen Kirche.

Eine materiell zu rechtfertigende Veranlassung zur Aufstellung von Vorbedingungen gegenüber der evangelischen Kirche konnte für den Staat nicht vorliegen. Denn das Interesse des Staates an der Anstellung der evangelischen Geistlichen scheint bereits anderweit zur Genüge geschützt. Bietet doch sowohl die verfassungsgemäss geordnete Teilnahme der evangelischen Bevölkerung des Grossherzogtums an der Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche, besonders aber die in Gestalt einer Personalunion in der Hand des Grossherzogs liegende Vereinigung der obersten Staats- und Kirchengewalt eine genügende Sicherheit für Wahrung der Staats-



interessen.<sup>96</sup> Ebenso giebt der Bildungsgang der evangelischen Geistlichen allein dem Staate ein Mitwirkungsrecht, das geeignet genug erscheint, das Eindringen unlauterer, den Staat bedrohender Elemente in den geistlichen Stand zu verhindern.<sup>97</sup> Anders wie bei der katholischen Kirche, rechtfertigt sich somit die Aufstellung der staatlichen Vorbedingungen gegenüber der evangelischen Kirche nur des prinzipiellen Momentes willen, wie dies im Vorhergehenden dargethan worden ist.

Um so auffallender erscheint es, dass der Staat bei der Anstellung der Geistlichen dieselben Kautelarvorschriften, welche er der katholischen Kirche gegenüber für am Platze hält, in gleicher Weise auch gegenüber der evangelischen Kirche zur Anwendung bringt.<sup>98</sup> Denn rechtfertigt sich auch aus prinzipiellen Gründen die Aufstellung von Vorbedingungen an sich, so ist damit noch nicht die paritätische Aufstellung derselben gegeben.<sup>99</sup> An sich müsste der Staat, der sich doch der ungleichartigen Stellung, die beide Kirchen zu ihm einnehmen, bewusst ist, bei der Regelung seiner Beziehungen zu denselben gegenüber der evangelischen Kirche zu ganz anderen Konsequenzen kommen, wie gegenüber der katholischen. Eine abstrakt gleiche Be-

---

<sup>96</sup> Siehe hierzu in den Motiven zum Gesetz vom 23. April 1875, die rechtliche Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Staate betr., abgedr. bei Schmidt, a. a. O., S. 126 ff.

<sup>97</sup> Vgl. in den Motiven zum Ges. vom 23. April 1875, betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen a. a. O., S. 1 Abs. 2.

<sup>98</sup> Vgl. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 84 VIII Abs. 1.

<sup>99</sup> Nach Ansicht der Motive zum Gesetz vom 23. April 1875, betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen a. a. O., S. 6 Abs. 1. Schluss scheint allerdings das Moment der prinzipiellen Wahrung der staatlichen Interessen auch die Parität der Vorbedingungen zu fordern.



handlung der beiden christlichen Kirchen von Seiten des Staates dürfte um deswillen überhaupt nicht am Platze erscheinen.<sup>100</sup> Es dürfte mithin auch der Staat, wenn er Vorbedingungen zur Anstellung der Geistlichen aufstellt, diese nicht für beide Kirchen gleich gestalten, vielmehr müsste er dieselben nach der Stellung, die beide zu ihm einnehmen, entsprechend differenzieren.

Suchen wir für die paritätische Aufstellung der Vorbedingungen eine Erklärung, so bedarf es der Bezugnahme auf die moderne Staatskirchengesetzgebung des Grossherzogtums. Den Ausgangspunkt derselben bildet der Grundsatz der Parität der christlichen Kirchen, wie er in diesem Jahrhundert zur fast vollen Durchführung gelangt ist. Die Gleichbehandlung der beiden Kirchen hinsichtlich der staatlichen Vorschriften zur Erlangung eines geistlichen Amtes ist mithin keine finguläre Erscheinung.

Dies gilt in gleicher Weise auch im Hinblick auf die in anderen deutschen Gliedstaaten geltenden staatsgesetzlichen Vorschriften. Mit der Parität der Vorbedingungen zur Erlangung eines geistlichen Amtes steht die hessische Kirchengesetzgebung nicht allein da. Es gilt dieselbe auch in Preussen und Baden. Dagegen bezieht sich die neuere Gesetzgebung Sachsens nur auf die katholische Kirche.<sup>101</sup>

Die Übereinstimmung der hessischen Gesetzgebung mit der preussischen ist aber — was die Vorschriften zur Erlangung eines geistlichen Amtes anlangt — wesentlich eine äusserliche. Nach dem preussischen Gesetz vom 11. Mai 1873 § 28 gelten die Bestimmungen über

---

<sup>100</sup> Vgl. Richter-Dove a. a. O., S. 234; ferner Dove i. d. Zeitschrift f. Kirchenrecht, XII S. 42.

<sup>101</sup> Siehe Friedberg, Verfassungsrecht, S. 102.



den staatlichen Einspruch nicht, „wenn die Anstellung durch Behörden erfolgt, deren Mitglieder sämtlich vom König ernannt werden“. <sup>102</sup> Die Wirkung des staatlichen Einspruchs kommt somit für die evangelische Kirche Preussens nur in vereinzelten Ausnahmen zur Geltung, <sup>103</sup> denn die Mitglieder der Konsistorien werden vom König ernannt. Das hessische Gesetz vom 5. Juli 1887 hat eine derartige Bestimmung nicht, obwohl die Voraussetzung, welche der § 28 des preussischen Gesetzes im Auge hat, auch für das Oberkonsistorium zutrifft. <sup>104</sup> Die Parität der Vorbedingungen ist somit — besonders, was das Einspruchsrecht anlangt — nach dem preussischen Gesetz nur eine formelle. Dagegen ist sie nach dem hessischen Gesetz eine thatsächliche. Vollzieht sich doch hier die Anstellung der evangelischen Geistlichen hinsichtlich des Einspruchs genau so, wie die Anstellung der katholischen.

Das preussische Gesetz vom 11. Mai 1873 ist somit für uns in doppelter Beziehung von Bedeutung. Einmal bringt es in gleicher Weise, wie das hessische Gesetz vom 5. Juli 1887, den Grundsatz der Parität der christlichen Kirchen formell zum Ausdruck. Andererseits liegt seine besondere Bedeutung darin, dass es zugeich auch die besonderen Verhältnisse der evangelischen Kirche beachtend <sup>105</sup> — diejenigen Fälle berücksichtigt, in denen die thatsächliche paritätische Be-

---

<sup>102</sup> Vgl. Anm. 56.

<sup>103</sup> Siehe Hinschius, Kirchengesetze, S. 155 Anm. 2.

<sup>104</sup> Edikt § 130: „Der Präsident und die Mitglieder des Oberkonsistoriums werden vom Grossherzog nach Anhörung des Oberkonsistoriums ernannt.“

<sup>105</sup> Es greift aber auch die Bestimmung des § 28 dieses Gesetzes Platz, sobald die Voraussetzungen derselben auch bei der Verleihung eines katholischen Kirchenamtes zutreffen.



handlung der beiden Kirchen anderer Momente willen nicht angebracht erscheint. Das preussische Gesetz vom 11. Mai 1873 zieht in dem bereits erwähnten § 28 die Konsequenzen des landesherrlichen Summepiskopats, die in dem hessischen Gesetz vom 5. Juli 1887 von dem strikten Standpunkt der Parität der christlichen Kirchen völlig absorbiert werden. Eine wirkliche Parität der Vorbedingungen hat Hessen somit nur noch mit dem badischen Staatskirchenrecht gemein, welches die singuläre Bestimmung des preussischen Gesetzes vom 11. Mai 1873 ebenfalls nicht kennt.

Die Stellungnahme der evangelischen Kirche zu den staatlicherseits aufgestellten Vorbedingungen an sich ist bereits zu Anfang dieses § ausgeführt. Eine andere Frage ist die, wie sich die evangelische Kirche Hessens zur Parität der Vorbedingungen stellt?

Die gleichmässige Aufstellung der Vorbedingungen könnte vielleicht von ihr als eine Benachteiligung gegenüber der katholischen Kirche angesehen werden. Einwendungen gegen die Parität der Vorbedingungen hat sie indessen nicht gemacht, ebensowenig, wie sie dies gegenüber der Aufstellung der staatlichen Vorbedingungen an sich gethan hat. Die evangelische Kirche erkennt vielmehr die Parität der Vorbedingungen an, weil sie die Parität der christlichen Kirchen anerkennt. Empfindet sie doch, dass sie ihre heutige Stellung im Grunde nur ihrer mehr und mehr gleichmässig erfolgenden Behandlung mit der katholischen Kirche seitens des Staates zu verdanken hat.<sup>106</sup> Widersprechend wäre es also, wollte sie die Parität der Vorbedingungen nicht anerkennen.

---

<sup>106</sup> Vgl. hierzu Friedberg, Verfassungsrecht, S. 55.



Um deswillen ist die Parität der Vorbedingungen gerade für die evangelische Kirche von besonderer Bedeutung. Bringt doch der Staat hierin seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck, „der evangelischen Kirche bei weiterer Entwicklung ihrer Verfassungsverhältnisse dieselbe Stellung zu gewähren, die jetzt schon die katholische Kirche zu ihm einnimmt.“<sup>107</sup> Es erscheint also die Parität der Vorbedingungen in dieser Hinsicht als die Proklamierung der Parität der christlichen Kirchen überhaupt.<sup>108</sup> Gleichbedeutend dürfte dies aber auch mit der kollegialistischen Behandlungsweise der evangelischen Kirche von Seiten des Staates sein.<sup>109</sup> Die moderne Staatskirchengesetzgebung konstatiert bereits den Übergang hierzu. Trennung von Staat und Kirche und das System der vorbeugenden Veranstaltungen einerseits — paritätische Ergreifung der letzteren andererseits, sind also korrespondierend.

Die Darstellung des Verhältnisses der staatlichen Vorbedingungen zu den in der Dienstpragmatik aufgestellten Vorschriften erfolgt bei der allgemeinen Behandlung der letzteren. Zu untersuchen ist demnach

---

<sup>107</sup> So die Motive zum Gesetz vom 23. April 1875, betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, a. a. O., S. 6. — Siehe Mejer, Lehrbuch des deutschen Kirchenrechts, 3. Auflage, Göttingen 1869, Bd. II, S. 212, Anm. 11: „Ob zwar der Staat es in Zukunft auch vermag, beiden Kirchen nebeneinander volle Entwicklung zu gewähren, erscheint fraglich, weil er sie ihnen gegeneinander nicht gewähren kann.“ Vgl. auch in den Verh. d. 1. K. d. hess. Landstände, XXI. Landtag 1873/75, Protokolle, Bd. 5, Nr. 22, S. 44.

<sup>108</sup> So Mejer, a. a. O.

<sup>109</sup> Mejer a. a. O.: „Dem Staat, der eine Mehrzahl von Kirchen aufgenommen hat, bleibt nichts weiter übrig, als dieselben kollegialistisch zu gestalten.“



nur noch das Verhältniß der von Hessen aufgestellten staatlichen Vorbedingungen zu denjenigen Bestimmungen, welche die Staatskirchengesetzgebungen der übrigen deutschen Gliedstaaten aufgestellt haben.

Eine gegenseitige Anerkennung der Erfüllung der staatlichen Vorbedingungen, wie sie seitens der evangelischen Kirche bei den kirchlichen Vorbedingungen vorkommt, findet auf Seiten des hessischen Staates nicht ausdrücklich statt. Der einem fremden Gliedstaate angehörige Geistliche hat demnach bei seinem Übertritt in den hessischen Kirchendienst sämtliche Vorschriften des Gesetzes vom 5. Juli 1887 zu erfüllen, ohne Rücksicht darauf, ob er in seiner Heimatkirche bereits die entsprechenden staatlichen Bestimmungen erfüllt hat, oder nicht.<sup>110</sup> Dies gilt auch für den Einspruch. Die Nichteinlegung desselben bei der Anstellung in seinem bisherigen Heimatstaate hindert die hessische Staatsbehörde an der Erhebung des Einspruchs ihrerseits nicht. Aber auch umgekehrt kann ein, in einem fremden Gliedstaate durch den Einspruch von der Anstellung abgehaltener Geistlicher immer noch zum hessischen Kirchendienst zugelassen werden; vorausgesetzt, dass ein Einspruch seitens der hessischen Staatsregierung nicht erfolgt.

Durch die Erhebung des Einspruchs sind die Konsequenzen des Art. 3 der Reichsverfassung ipso jure unterbrochen. Ein Widerspruch mit Art. 3 ist dies aber nicht; denn auch der inländische hessische Geistliche ist bei der Anstellung an die Erfüllung der staatlichen Vorbedingungen gebunden. Dagegen könnte durch den thatsächlichen Missbrauch des Einspruchs eine absicht-

---

<sup>110</sup> Vgl. Hinschius, Kirchengesetze, S. 106 Anm. 3 Abs. 2 Schlusssatz.



liche Umgehung der Reichsverfassung thatsächlich möglich werden. Denkbar ist dies allerdings nur da, wo der besondere Indigenat des Gliedstaates verlangt wird. Indessen wäre eine Umgehung des Art. 3 der Reichsverfassung auch hier nur dann möglich, wenn gegen den unrechtmässig erhobenen Einspruch ein Rechtsmittel unzulässig ist.<sup>111</sup>

---

#### § 4.

### Die kirchlicherseits aufgestellten Vorbedingungen im Allgemeinen.

In gleicher Weise wie das kanonische Recht, hat auch die evangelische Kirche für den Erwerb eines geistlichen Amtes Vorbedingungen aufgestellt. Jedoch beruhen diese, trotz der Nachwirkungen des kanonischen Rechts auf die evangelische Rechtsbildung, juristisch nicht auf einer Rezeption der kanonischen Vorschriften.<sup>112</sup> Die Vorbedingungen, welche das evangelische Kirchenrecht zur Erlangung eines Pfarramts aufstellt, sind denselben nur nachgebildet.<sup>113</sup>

Wie die katholische Kirche, verlangt theoretisch auch die evangelische Kirche:<sup>114</sup>

1. *habilitas*: Taufe und männliches Geschlecht,
2. *regularitas*: Die allgemeine Fähigkeit zum Pfarramt.

---

<sup>111</sup> Denn die Zulassung eines Rekurses gegen die Einlegung des Einspruchs giebt dem Zurückgewiesenen ein Recht über die Unrichtigkeit der dem Einspruch zu Grunde liegenden That-sachen Beweis anzutreten. Vgl. hierzu Anm. 95.

<sup>112</sup> Vgl. Richter-Dove, S. 706 Anm. 1 Schluss; Hinschius in Herzogs Encyklopädie, 2. Aufl. Bd. VII S. 52.

<sup>113</sup> Siehe Friedberg, Kirchenrecht, S. 320.

<sup>114</sup> Siehe Friedberg a. a. O.



Ebenso kennt sie andererseits theoretisch eine *irregularitas ex delicto* und eine *irregularitas ex defectu*. Der Ansicht, dass die kanonische Irregularitätslehre für die evangelische Kirche vollkommen unanwendbar sei,<sup>115</sup> kann also nur insoweit beigespflichtet werden, sofern wir diese Frage vom eigentlich praktischen Standpunkt aus betrachten. Theoretisch sind die Vorbedingungen des kanonischen Rechts und diejenigen, welche das evangelische Kirchenrecht aufstellt, immerhin verwandt. Unanwendbar allerdings für die evangelische Kirche sind die Bestimmungen des kanonischen Rechts, soweit sie spezifisch evangelischen Grundsätzen zuwiderlaufen.<sup>116</sup>

Dies führt uns zu einer Gegenüberstellung der Vorbedingungen der Dienstpragmatik mit denjenigen, welche das kanonische Recht zur Erlangung eines Pfarramts aufstellt.

Vollkommen unanwendbar für die evangelische Kirche sind die auf dem Gedanken des besonderen Priestertums beruhenden Erfordernisse des *ordo sacerdotalis* und des *ordo clericalis*.<sup>117</sup> Dasselbe gilt aus dem gleichen Grunde für den *defectus animi*, sowie für das Erfordernis der *perfecta lenitas*.<sup>118</sup> Dagegen gilt auch in der evangelischen Kirche der *defectus libertatis* im Sinne von bürgerlicher Selbständigkeit.<sup>119</sup> Denn die rechtliche Handlungsfähigkeit ist *ipso jure* eine Vorbedingung der Ausübung des geistlichen Berufs. Die besondere Hervor-

---

<sup>115</sup> Vgl. Richter-Dove, S. 706 Anm. 1; Zorn, S. 411 Anm. 2.

<sup>116</sup> Vgl. Friedberg, Kirchenrecht, S. 320.

<sup>117</sup> Siehe auch Köhler, Kirchenrecht, S. 186 Anm.

<sup>118</sup> Siehe hierzu a. a. O.

<sup>119</sup> Siehe a. a. O. — Vgl. dagegen Friedberg, Kirchenrecht S. 321.



hebung dieser Bestimmung in der Dienstpragmatik ist darum überflüssig.

Das Erfordernis des kanonischen Alters<sup>120</sup> ist der Dienstpragmatik unbekannt. Ebenso wenig verlangt sie, wie dies gewohnheitsrechtlich in einigen Landeskirchen geschieht,<sup>121</sup> den römischrechtlichen Grossjährigkeitstermin von 25 Jahren. Zwar nahm man auch in der älteren evangelischen Kirche Hessens an, dass zur Ordination des Pfarrers das Alter von 25 Jahren erforderlich sei.<sup>122</sup> Es war dies jedoch nur ein observanzmässiger, kein die Gültigkeit der Kollation rechtlich bedingender Grundsatz. Eine bestimmte Altersgrenze ist somit in der evangelischen Landeskirche Hessens zur Anstellung überhaupt nicht vorgeschrieben.

Einige Landeskirchen verlangen Gesundheit und Mangel störender Leibesgebrechen, überhaupt körperliche Integrität des Anzustellenden.<sup>123</sup> Die Dienstpragmatik erwähnt hiervon nichts. Daraus darf jedoch nicht gefolgert werden, dass diese, ebenfalls aus dem kanonischen Recht herübergenommene Bestimmung des defectus corporis, in der hessischen Kirche keine Vorbedingung zur Anstellung wäre.<sup>124</sup> Es gilt diese

<sup>120</sup> Siehe hierüber Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II S. 484,4.

<sup>121</sup> Über die näheren Nachweise siehe Friedberg, Verfassungsrecht, S. 218 Anm. 66; vgl. ferner über das gesetzliche Alter des Anzustellenden die Zusammenstellung bei Richter-Dove S. 707.

<sup>122</sup> So Fertsch, Handbuch des besonderen Kirchenrechts der evangelischen Kirche im Grossherzogtum Hessen, Friedberg 1853, S. 96 Abs. 2 Schluss.

<sup>123</sup> Siehe Richter-Dove, S. 707; Zorn, S. 411 II 3.

<sup>124</sup> Nach der Verordnung vom 19. November 1842, abgedr. bei Köhler, Handbuch, Bd. I S. 323, war es beispielsweise Aufgabe der Gymnasialvorstände die körperliche Qualifikation der angehenden Theologie Studierenden zu untersuchen. Gegebenen Falls sollten jene „ernstlich vom Studium abraten“.



Vorschrift auch hier, jedoch nur so, dass die thatsächliche Entscheidung darüber, ob der mit einem solchen Fehler behaftete Kandidat anstellungsfähig ist, oder nicht, im Einzelfalle dem Kirchenregiment zusteht. Die Hervorhebung des Erfordernisses der körperlichen Integrität als einer absoluten Vorbedingung scheint überhaupt überflüssig. Denn thatsächlich ist auch in denjenigen Landeskirchen, welche dies gethan haben, die Entscheidung seitens der zuständigen Behörde von Fall zu Fall erforderlich.<sup>125</sup> Es kommt dies mit der hessischen Einrichtung auf eins heraus.

In der gleichen Weise verfährt das hessische Kirchenrecht hinsichtlich des Erfordernisses der e h e l i c h e n G e b u r t. In der katholischen Kirche ist letztere unbedingt Voraussetzung zur Erlangung eines Pfarramts.<sup>126</sup> Nach kanonischem Recht lässt selbst die nach der Verleihung erfolgte Legitimation des Unehelichen die einmal ungültige Kollation nicht mehr convalescieren. Die Frage, ob der defectus natalium auch in der evangelischen Kirche einen Hinderungsgrund zur Anstellung bildet, ist dagegen bestritten und nicht gesetzlich geregelt.<sup>127</sup> Die Dienstpragmatik übergeht diese Vorschrift. Thatsächlich muss somit auch hier, wie beim defectus corporis, sobald Bedenken entstehen, das Oberkonsistorium seine Entscheidung von Fall zu Fall treffen. Die Berücksichtigung ganz besonderer, individueller Verhältnisse darf dabei nicht als ausgeschlossen betrachtet werden.<sup>128</sup> Im allgemeinen kann eine Prä-

---

<sup>125</sup> Vgl. Friedberg, Kirchenrecht, S. 321 Anm. 5 u. 2.

<sup>126</sup> Siehe Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II. S. 476 I. 1.

<sup>127</sup> Siehe Richter-Dove, S. 709.

<sup>128</sup> Vgl. a. a. O.



sumption zu Gunsten der Anstellung des Unehelichen angenommen werden.<sup>129</sup>

Dass der defectus fidei auch in der evangelischen Kirche zur Geltung kommen muss, ist einleuchtend.<sup>130</sup> Eine besondere Bestimmung etwa, wie es mit den Geistlichen, die von der katholischen Kirche zur evangelischen übertreten, gehalten wird, trifft die Dienstpragmatik nicht.<sup>131</sup>

Eine Übereinstimmung mit den kanonischen Bestimmungen zeigt somit die Dienstpragmatik nur in dem Erfordernis der sittlichen Unbescholtenheit (defectus famae) und der wissenschaftlichen Vorbildung (defectus scientiae). Deutlicher tritt eine solche Übereinstimmung dagegen in denjenigen Landeskirchen zu Tage, welche die Vorschrift des kanonischen Alters oder des „defectus corporis“ aufgenommen haben. Andererseits ist die in der Dienstpragmatik enthaltene Vorschrift hinsichtlich des Indigenats dem kanonischen Recht unbenannt.

Die Beziehungen zwischen den kanonischen Bestimmungen zur Erlangung eines Pfarramts und denjenigen des evangelischen Kirchenrechts, wie wir sie im Vorhergehenden dargestellt haben, sind immerhin nur äusserer Natur. Die Grundlage ist verschieden.

Nach der prinzipiellen Anschauung der Reformation bedarf es zur Erlangung eines geistlichen

<sup>129</sup> Siehe a. a. O. Anm. 9; vgl. ferner Friedberg, Kirchenrecht, S. 321 d.

<sup>130</sup> Siehe Richter-Dove, S. 708,5; vgl. ferner Friedberg, a. a. O.

<sup>131</sup> Siehe hierüber in den Verh. d. ersten ordentl. Landessynode 1875/79 Bd. II Protokolle Nr. 23 S. 14.



Amtes überhaupt nicht der Erfüllung besonderer Vorbedingungen.<sup>132</sup> Nach Ansicht der Reformatoren sind von rechtswegen Alle gleichmässig Mitpriester und gleichmässig zum geistlichen Amt befähigt. Für das Erfordernis ganz bestimmter persönlicher Eigenschaften des Anzustellenden sind erst die späteren Verhältnisse bestimmend gewesen. Ohne von dem Prinzipie an sich abzugehen, hat man sehr bald aus praktischen Gründen den Gedanken hervortreten lassen, dass die allerdings an sich allen Christen zustehende Befähigung zum geistlichen Amt der ordnungsmässigen Ausübung desselben wegen dennoch einer besonderen Prüfung nach der Richtung des Wissens und Könnens bedürfe. Aus diesem rein praktischen Gesichtspunkte ist die Aufstellung von Vorbedingungen zur Erlangung eines evangelischen Kirchenamtes hervorgegangen. Von dogmatischer Bedeutung sind dieselben somit nicht.

Anders verhält sich dies bei der katholischen Kirche. Die Vorbedingungen, welche das kanonische Recht aufstellt, gehen vom entgegengesetzten Gesichtspunkt, dem Gedanken des besonderen Priestertums, aus. Die Fähigkeit zur Vornahme geistlicher Handlungen steht nach katholischer Ansicht prinzipiell nur dem Klerus zu. Nur er ist im Besitze der hierfür erforderlichen spirituellen Eigenschaften. Zu ihrer Übertragung bedarf es der Ordination. Frühzeitig, solange wenigstens die absoluten Ordinationen noch nicht Sitte waren, fiel nun die Prüfung der Kandidaten zum geistlichen Amt mit der Prüfung derselben zur Ordination zusammen. Die Vorbedingungen zur

---

<sup>132</sup> Siehe Friedberg, Verfassungsrecht, S. 212 I.



Ordination waren somit zugleich auch Vorbedingungen zum katholischen Pfarramt.<sup>133</sup> Erstere sind aber prinzipieller Natur und bezwecken, ungeeignete Elemente von dem Eintritt in den Klerus fern zu halten.

Um deswillen ist auch der Charakter der Vorbedingungen des evangelischen Kirchenrechts von dem Wesen der kanonischen Bestimmungen verschieden. Erstere sind positiv, letztere negativ.<sup>134</sup> Die Erfüllung der Vorbedingungen erzeugt in der evangelischen Kirche die Fähigkeit zur Ausübung des geistlichen Amtes, in der katholischen Kirche dagegen beseitigt die Erfüllung der Vorbedingungen, die Unfähigkeit zur Zulassung zum geistlichen Amt. Praktisch mag dies allerdings auf eins hinauskommen. Immerhin zeigt sich aber der charakteristische Unterschied in der Art und Weise, in welcher der Nachweis der Befähigung zu erbringen ist. Nach kanonischem Recht gilt nur derjenige als *persona idonea*, welcher den Ausschluss der Irregularität, d. i. das Nichtvorhandensein eines *defectus*, darzuthun im Stande ist.<sup>135</sup> Fähig zur Erlangung eines geistlichen Amtes in der evangelischen Kirche ist aber jeder, der den Nachweis der Erfüllung der gesetzlichen Leistungen, d. i. das Vorhandensein positiver Erfordernisse, erbringen kann.<sup>136</sup>

Ein Unterschied zwischen den Vorbedingungen des evangelischen und denjenigen des kanonischen Rechts besteht noch in Folgendem:

Die Erfüllung der Vorbedingungen zur Erlangung

---

<sup>133</sup> Siehe Hinschius Kirchenrecht, Bd. II S. 476.

<sup>134</sup> Vgl. a. a. O.

<sup>135</sup> Siehe hierüber a. a. O. S. 476 ff.

<sup>136</sup> § 1 der Dienstpragmatik sagt demgemäss: „Fähig ist jeder, welcher . . . . erfüllt.“



eines Pfarramts befähigt in der evangelischen Kirche zur Vornahme aller <sup>137</sup> geistlichen Amtshandlungen, soweit diese nicht direkt als der Ausfluss der Regimentsgewalt anzusehen sind. <sup>138</sup> In der katholischen Kirche hingegen ist dies nicht der Fall. Hier stuft sich die Fähigkeit zur Vornahme geistlicher Handlungen nach Weihegraden ab. <sup>139</sup> Der katholische Geistliche ist nicht wie der evangelische zur Vornahme aller geistlichen Handlungen befähigt, sondern nur zur Vornahme derjenigen, welche seinem Weihegrade <sup>140</sup> entsprechen. Dass diese Wirkung der Erfüllung der Vorbedingungen zunächst nur für das dogmatische Gebiet, nicht für das rechtliche entscheidend sein kann, geht aus der Darstellung in § 2 hervor.

Eine weitere Frage ist die, in welchem Verhältnis die für den Erwerb eines geistlichen Amtes geltenden kirchlichen Vorbedingungen zu den staatlicherseits aufgestellten Vorschriften stehen.

Die charakteristische Art und Weise der Zusammensetzung der Vorbedingungen aus kirchlichen und staatlichen Vorschriften ist bereits in § 3 der Darstellung angedeutet. Dieselbe ist indessen nicht lediglich äusserer und zufälliger Natur. Soweit es sich wenigstens um die prinzipielle Anerkennung der staatlichen Gesetzgebung handelt, ist dieselbe auch eine innerliche. Anders ist dies bei der katholischen Kirche. Die Zusammensetzung des Kirchenrechts aus kirchlichem und staatlichem Recht wird von dieser prinzipiell verworfen.

---

<sup>137</sup> Vgl. Dienstpragmatik § 7.

<sup>138</sup> Siehe Friedberg, Verfassungsrecht, S. 212 II.

<sup>139</sup> Siehe a. a. O.

<sup>140</sup> Für Pfarrbenefizien hatte Alexander III. den Besitz des Subdiakonats für erforderlich erklärt. Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II S. 482 Abs. 1.



Die katholische Kirche erkennt eine Gesetzgebung des Staates auf kirchlichem Gebiete nicht an. Unter Verwerfung der staatlichen Einwirkung beansprucht sie ein vom Staate unabhängiges, und von diesem nicht beschränkbares, eigenes Gesetzgebungsrecht.<sup>141</sup> Die Zusammensetzung der Vorbedingungen aus Vorbedingungen kirchlichen und Vorbedingungen staatlichen Rechts ist in diesem Sinne für die katholische Kirche nur eine zwangsweise. Damit rechtfertigt sich auch die oben im Schlusse des § 3 aufgestellte Behauptung.

Wie für das prinzipielle Verhältnis der kirchlichen zu den staatlichen Vorbedingungen die kirchenpolitische Stellung von Staat und Kirche entscheidet, so entscheidet für ihr juristisches Verhältnis die rechtliche Stellung<sup>142</sup> von Staat und Kirche.

Juristisch erscheinen die in der Dienstpragmatik aufgestellten Bestimmungen als autonome Satzungen. Ihre Beurteilung richtet sich demnach allgemein nach den Grundsätzen der Autonomie.<sup>143</sup> Dies ist in doppelter Beziehung von Wichtigkeit, insofern nämlich die Autonomie sowohl für den rechtlichen Charakter der kirchlichen Vorbedingungen an sich, als für ihr rechtliches Verhältnis zu den staatlichen Vorschriften bestimmend ist.

Als autonome Bestimmungen sind die in der Dienstpragmatik aufgestellten Vorbedingungen gesetzliche Bestimmungen, so gut wie die im Wege der

---

<sup>141</sup> Vgl. Mejer, a. a. O., Bd. II S. 63; Friedberg, Kirchenrecht, S. 231.

<sup>142</sup> Siehe Ges. vom 23. April 1875, „die rechtliche Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im St. betr.“, abgedr. bei Schmidt a. a. O. 129 ff.

<sup>143</sup> Vgl. Zorn, S. 7.



Staatsgesetzgebung aufgestellten staatlichen Vorschriften. Denn Autonomie ist das Recht der gesetzgebenden Gewalt.<sup>144</sup> Alles Recht der autonomen Kirche ist Gesetzesrecht. Die nicht autonome Kirche kann Bestimmungen mit gesetzlicher Kraft nicht erlassen,<sup>145</sup> vielmehr muss ihr dieses Recht erst einseitig vom Staate verliehen werden. Eine eigene, von der des Staates unabhängige Rechtsbildung der Kirche kann nicht anerkannt werden.<sup>146</sup> Andererseits ruht der zwingende Charakter der autonomen kirchlichen Vorbedingungen — weil sie gesetzliche Vorschriften sind — in ihnen selbst. Derselbe gründet sich nicht etwa nur indirekt auf die staatliche Anerkennung. Dies würde aber der Fall sein, wenn sie nicht autonome Bestimmungen wären.<sup>147</sup>

Indessen gilt diese Gleichwertigkeit der kirchlichen Vorbedingungen mit den staatlichen immerhin nur nach der äusseren Richtung ihrer objektiven Erzwingbarkeit. Der innere rechtliche Wert der beiden ist nicht gleich.

---

<sup>144</sup> Vgl. Laband, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, Tübingen 1876, Teil I 108.

<sup>145</sup> Friedberg, Verfassungsrecht, S. 72 II 1: „In denjenigen Landeskirchen, in denen die evangelische Kirche keine eigene Gesetzgebung besitzt, können Kirchengesetze nicht erlassen werden, sondern die kirchliche Gesetzgebungsgewalt des Landesherrn äussert sich entweder in kirchlichen Rechtsverordnungen oder in Staatsgesetzen.“

<sup>146</sup> Vgl. Friedberg, Kirchenrecht, S. 322 oben; Friedberg, Verfassungsrecht, S. 45 Anm. 21: „damit wird zwar noch nicht gesagt, dass der Staat allein Recht zu erzeugen im Stande sei, und dass das Wesen des Rechts durch staatlichen Zwang begründet wird, wie Mejer, Kirchenrecht, § 4 ff., Zeitschr. f. K.-R. 11, 278 ff. behauptet.“ Vgl. auch Zorn, S. 2 Anm. 1.

<sup>147</sup> Siehe Friedberg a. a. O., S. 45.



Das rechtliche Verhältnis der kirchlichen zu den staatlichen Vorbedingungen und umgekehrt ist vielmehr dem Verhältnisse von Autonomie zur Souveränität entsprechend. Wie allgemein die Rechtsbildung der Kirche — auch wenn sie autonom ist — sich nur innerhalb der staatlichen Souveränität entfalten kann,<sup>148</sup> so ist auch den kirchlichen Vorbedingungen in den staatlichen eine Grenze gezogen. Als ausschliesslich gleichberechtigt erkennt der Staat die kirchliche Gesetzgebung nicht an.<sup>149</sup> Die evangelische Kirche kann nur in beschränktem Masse den Erwerb des geistlichen Amtes durch Aufstellung bestimmter Vorschriften normieren. Eine kirchlicherseits aufgestellte Vorbedingung könnte durch eine spätere staatlicherseits aufgestellte Vorschrift jederzeit wieder aufgehoben werden, nicht aber umgekehrt. Ein juristischer Konflikt zwischen beiden ist somit unmöglich.<sup>150</sup> Der Satz *lex posterior derogat priori* erleidet somit hier eine wesentliche Modifikation.

In welchem Verhältnisse stehen endlich die in der Dienstpragmatik aufgestellten Vorschriften zur Erlangung eines geistlichen Amtes zu den in den übrigen deutschen Landes- und Provinzialkirchen geltenden Bestimmungen?

Hinsichtlich des Bildungsganges der evangelischen Geistlichen, sowie hinsichtlich des Prüfungswesens herrscht in den deutschen evangelischen Landeskirchen ein viel-

---

<sup>148</sup> Vgl. Zorn, S. 7,2 u. S. 216 V ff.

<sup>149</sup> Friedberg, Verfassungsrecht, S. 45.

<sup>150</sup> Vgl. Richter-Dove, a. a. O., S. 594; — Zorn, a. a. O. S. 421: „Ein juristischer Konflikt zwischen Staat und Kirche ist überhaupt unmöglich, da die Kirche dem Staat rechtlich nicht gleichartig, sondern unterthan ist.“



gestaltiger Rechtszustand.<sup>151</sup> Eine Übereinstimmung in den geltenden gesetzlichen Bestimmungen zeigt sich nur insofern, als in ihnen der Ausfluss spezifisch evangelischer Anschauungen zur Darstellung kommt.

Dass der Besuch eines deutschen Gymnasiums, sowie das Studium auf einer deutschen Universität in sämtlichen Landeskirchen Deutschlands Vorbedingung zur Anstellung ist, ist bereits erwähnt. Die unterscheidende Stellung, welche die Dienstpragmatik den übrigen Landeskirchen gegenüber im Hinblick auf die Erfordernisse des kanonischen Rechts einnimmt, ist ebenfalls bereits ausgeführt. Übrig bleibt somit nur noch der Indigenat und das Bekenntnis. Hierüber wird im besonderen Teil gesprochen werden.

Eine andere und selbständige Frage ist es, inwiefern die Erfüllung der Vorbedingungen in einer auswärtigen Landeskirche bei der Anstellung im hessischen Kirchendienst berücksichtigt wird. Erkennt die evangelische Kirche Hessens dieselbe auch ihrerseits an, oder verlangt sie die nochmalige Erfüllung der in der Dienstpragmatik aufgestellten Erfordernisse?

So wichtig diese Frage auch erscheint — „betrifft sie doch die Freizügigkeit der evangelischen Theologen und einen der wenigen Punkte, in welchen der Charakter der deutschen evangelischen Landeskirchen als Bestandteile der einen evangelischen Kirche Deutschlands zum Ausdruck gelangen könnte,“<sup>152</sup> — ist die Regelung derselben in den verschiedenen Landeskirchen eine durchaus ungleichmässige. In sehr vielen bestehen über diese Frage noch nicht einmal gesetzliche Bestim-

<sup>151</sup> Eine umfassende Zusammenstellung der geltenden Vorschriften giebt A. K.-Bl. 1882 S. 460 ff.

<sup>152</sup> So Friedberg, Verfassungsrecht, S. 219 VIII; vgl. hierzu ferner in den Motiven zur Dienstpragmatik a. a. O., S. 3,2.



mungen.<sup>153</sup> Hier bleibt also die Entscheidung dem jeweiligen Usus überlassen, oder sie wird von Fall zu Fall gegeben.

Anders ist dies in der evangelischen Kirche Hessens.<sup>154</sup> Die Anerkennung der von fremden Landeskirchen ausgestellten Atteste ist hier durch den § 5 der Dienstpragmatik gesetzlich geregelt.<sup>155</sup> Darnach können auswärtige Theologen in jedem Stadium ihres Berufslebens in den hessischen Kirchendienst eintreten. Das in der Heimatkirche erworbene Zeugnis über das Bestehen der ersten theologischen Prüfung wird — dies ist auch in den meisten hier in Betracht kommenden Landeskirchen der Fall<sup>156</sup> — bedingungslos anerkannt. § 5 Abs. 1 der Dienstpragmatik lautet: „Der Fakultätsprüfung vor der theologischen Fakultät zu Giessen wird die Fakultätsprüfung vor einer staatlich angeordneten Prüfungsbehörde innerhalb des deutschen Reichs gleichgeachtet, insoweit diese Prüfung nach den für den betreffenden Staat geltenden Bestimmungen als Vorbedingung für den Eintritt in den Dienst der evangelischen

---

<sup>153</sup> Über die näheren Nachweise siehe Friedberg a. a. O. und A. K.-Bl. 1882 S. 442 Abs. 1.

<sup>154</sup> Über die in den übrigen Landeskirchen geltenden Vorschriften, wie überhaupt über diese ganze Frage siehe: Referat, betr. die gegenseitige Anerkennung der Prüfungsatteste für das geistliche Amt von Prälat Dr. von Müller, Stuttgart, A. K.-Bl. 1882 S. 441 A ff; sowie: Bemerkungen des Correferenten Geheimen Justizrat Prof. Dr. Dove, betr. die wechselseitige Anerkennung der auf Grund theologischer Prüfungen ausgestellten Fähigkeitsatteste für das geistliche Amt. A. K.-Bl. 1882 S. 517 ff.

<sup>155</sup> Vgl. Motive zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 4 (zu § 5.)

<sup>156</sup> Eine Anerkennung der Fähigkeitsatteste findet überhaupt nicht statt in Hamburg und Elsass-Lothringen, lutherische Kirche. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 219 C Anm. 84.



Kirche angesehen wird.“ Die Anerkennung der zweiten Prüfung findet indessen nur statt, wenn der nicht hessische Theologe mit dem Bestehen derselben in seiner Heimatkirche die Anstellungsfähigkeit zum geistlichen Amte erlangt hat. Ist dies nicht der Fall — wie z. B. in den Landeskirchen, welche drei Prüfungen verlangen — so muss die Schlussprüfung nachgeholt werden.<sup>157</sup> § 5 Abs. 3 der Dienstpragmatik lautet: „Von der Schlussprüfung kann abgesehen werden, wenn der nicht hessische Kandidat in einer anderen deutschen Landeskirche die Anstellungsfähigkeit erlangt hat.“ Das Fähigkeitsattest selbst, welches von einer auswärtigen Landeskirche ausgestellt ist, wird bedingungslos anerkannt. Die in § 5 der Dienstpragmatik a. E. hinsichtlich des Kolloquiums getroffene Bestimmung ist nicht obligatorisch.<sup>158</sup> Einzelne Landeskirchen verlangen noch eine teils fakultative, teils obligatorische Probepredigt.<sup>159</sup> Die Dienstpragmatik erwähnt hiervon nichts.

Geistliche, welche in einer auswärtigen Landeskirche bereits angestellt gewesen sind, können ohne weiteres zum hessischen Kirchendienst berufen werden. Das Kolloquium, welches der letzte Absatz des § 5 der Dienstpragmatik vorschreibt, ist auch hier nur fakultativ.

---

<sup>157</sup> Die zweite Prüfung muss immer nachgeholt werden in Alt-Preussen, Nassau, Konsist.-Bez. Osnabrück, Aurich, Sachsen, Württemberg, Altenburg, den beiden Mecklenburg. Friedberg, a. a. O., S. 219 B Anm. 83.

<sup>158</sup> Ein Colloquium verlangt noch Bayern, Baden, Schleswig-Holstein und Lippe. Friedberg, a. a. O.

<sup>159</sup> Siehe hierüber a. a. O., S. 219 VIII Abs. 3.



Somit beantwortet die Dienstpragmatik diese ganze Frage über die Anerkennung der fremden Fähigkeitsatteste von dem erweiterten Standpunkt der Einheit des deutschen Protestantismus aus. Das scheint überdies eine naturgemässe Konsequenz der Vorbedingung des Reichsindigenats zu sein.<sup>160</sup> Praktisch müsste die Bedeutung der letzteren Vorschrift gering sein, wollte die evangelische Kirche Hessens den von auswärtigen Landeskirchen ausgestellten Fähigkeitsattesten ihre Anerkennung versagen.

Dass die Anerkennung sich nur auf die kirchlichen Vorbedingungen, nicht auch auf die staatlichen erstrecken kann,<sup>161</sup> folgt aus dem Verhältnisse von Staat und Kirche von selbst.

Die Anerkennung, die § 5 a. a. O. den fremden Attesten zu Teil werden lässt, macht somit die Anstellung im hessischen Kirchendienste auch unter Bedingungen möglich, welche leichter sind als die in der Dienstpragmatik aufgestellten Erfordernisse. Es gilt dies weniger für den Gymnasial- und Universitätsbesuch — denn dieser ist überall vorgeschrieben — als hinsichtlich der Prüfungen. Die Anstellungsfähigkeit zum hessischen Kirchendienste könnte auch durch Ablegung nur einer einzigen Prüfung erworben werden. Dies gilt für solche Landeskirchen, in denen nur eine Prüfung verlangt wird. Ebenso kann der Besuch des Predigerseminars in Wegfall kommen, wenn ein Theologe sich in einer auswärtigen Landeskirche die Anstellungsfähigkeit erwirbt, in welcher die Anstellungsfähigkeit auch ohne den Besuch eines Seminars erlangt wird. Würde allerdings ein Theologe

---

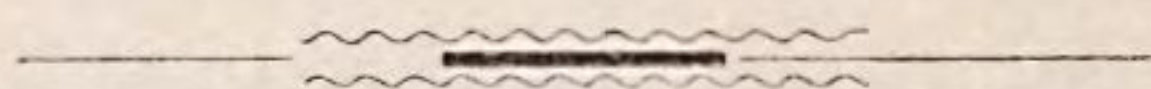
<sup>160</sup> Vgl. in den Motiven zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 4 unten zu § 5.

<sup>161</sup> Vgl. auch A. K.-Bl. 1882 S. 459 b.



schon nach seinem ersten Examen in der auswärtigen Landeskirche in den hessischen Kirchendienst übertreten, so müsste er — vorausgesetzt, dass er mit dem von ihm bestandenen Examen nicht zugleich die Anstellungsfähigkeit erworben hat — das Predigerseminar besuchen.<sup>162</sup> Nach § 5 Abs. 2 der Dienstpragmatik kann hiervon nur dann dispensiert werden, wenn der Kandidat nach seiner Fakultätsprüfung eine andere ähnliche Anstalt besucht hat.

Andererseits können aber die Bedingungen, unter denen der Übertretende seine Anstellungsfähigkeit erworben hat, auch wieder schwerer sein. Es ist dies dann der Fall, wenn die Anforderungen in einer auswärtigen Landeskirche an sich grössere sind, z. B. in denjenigen Landeskirchen, die drei Prüfungen verlangen.<sup>163</sup> Die Anwendung eines *jus reciprocum* kennt die Dienstpragmatik nicht.



<sup>162</sup> Vgl. Dienstpragmatik, Ausschussbericht. (Verh. d. I. ordentl. Landessynode 1875/79 Bd. II Beilagen Nr. 114,2 Abs. 3); ferner Verh. der I. ordentl. Landessynode 1875/79 Bd. II Protokolle Nr. 23 S. 14 Abs. 1 u. 2.

<sup>163</sup> Einzelne Landeskirchen verlangen zur Zulassung von auswärtigen Kandidaten ausdrücklich grössere Leistungen z. B. höhere Zensuren. Vgl. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 219 VIII Anm. 83. — Diese Vorschrift dürfte jedoch nicht mehr ganz mit dem Geiste des Art. 3 der deutschen Reichsverfassung zu vereinbaren sein.



## II. Besonderer Teil.

### § 5.

#### Der staatliche Einspruch.

Die Bestimmungen über den staatlichen Einspruch enthält Art. 9 des Gesetzes vom 5. Juli 1887.

Die Einlegung des Einspruchs erfolgt hiernach durch die oberste Staatsbehörde, das Ministerium des Innern und der Justiz. Das Einspruchsrecht steht somit als eine Handlung der Staatsaufsicht einer Verwaltungsbehörde zu.<sup>164</sup> In gleicher Weise steht das Einspruchsrecht in Preussen einem Verwaltungsbeamten, dem Oberpräsidenten, zu.<sup>165</sup> Die Einlegung des Einspruchs richtet sich gegen die beabsichtigte Anstellung eines evangelischen Geistlichen. Deshalb besteht für die obere kirchliche Behörde — (in Hessen ist dies das Oberkonsistorium)<sup>166</sup> — die rechtliche Verpflichtung,

---

<sup>164</sup> Vgl. Beilagen zu den Verh. der 2. Kammer 1873/75, XXI. Landtag Bd. V Nr. 408 zu Art. 4.

<sup>165</sup> Siehe preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 15. In Baden steht der Einspruch wie in Hessen der „Staatsregierung“ zu. (Bad. Ges. vom 9. Oktober 1860 § 9.)

<sup>166</sup> Bei Geistlichen, welche auf Grund eines Patronat- oder Wahlrechts in Vorschlag kommen, genügt die Anzeige durch den Patronat- oder Wahlberechtigten nicht. Hinschius, Kirchengesetze, S. 129 Anm. 2.



vor der Antragstellung auf Verleihung eines geistlichen Amtes der Staatsbehörde <sup>167</sup> hiervon Anzeige zu machen, d. h. berichtlich anzufragen, ob gegen die betreffende Person ein Einwand vorliegt. Diese Rechtspflicht ist eine unbedingte und unbeschränkte. Sie besteht also für jede Übertragung eines Kirchenamtes, welches mit einem Geistlichen zu besetzen ist, ausnahmslos. Eine Verleihung eines Amtes unter Übergehung der Anzeige an die Staatsregierung ist ipso jure auch dann nichtig, wenn der Staat bei erfolgter Anzeige einen Einspruch nicht erheben haben würde. Die Anzeige ist mithin ebenso gut Vorbedingung wie die Nichteinlegung des Einspruchs selbst.

Die Erhebung des Einspruchs ist nach dreifacher Richtung beschränkt. Einmal dürfen die Gründe des Einspruchs nur einem bestimmten Rechtsgebiete angehören. Nach Art. 9 Abs. 2 des citierten Gesetzes ist dies das „bürgerliche oder staatsbürgerliche“ Gebiet.<sup>168</sup> Zweitens können diese Gründe nur dann eine rechtliche Berücksichtigung finden, wenn sie auf Thatsachen beruhen,<sup>169</sup> die angegeben werden

---

<sup>167</sup> In Preussen dem Oberpräsidenten. (Anm. 165.) — Dieser ist in Preussen überhaupt mit der Ausübung des jus circa sacra betraut. Siehe hierüber a. a. O., S. 55 Anm. 2 u. S. 130 Anm. 3.

<sup>168</sup> Ebenso bad. Ges. vom 9. Oktober 1862 § 9. Der hess. Ges.-Entwurf vom Jahre 1862 bestimmte: „bürgerlich oder politisch“; die Beschlüsse der 2. Kammer: „und welcher nicht unter Angabe des Grundes als missfällig bezeichnet wird“, die Ausschussanträge der 1. Kammer wieder: „bürgerlich oder politisch“. — Der Entwurf des Ges. vom 23. April 1875 bestimmte: „bürgerlich oder politisch“, die Beschlüsse der 2. Kammer: „bürgerlich oder staatsbürgerlich“, ebenso die Beschlüsse der 1. Kammer.

<sup>169</sup> Diese Bestimmung traf weder den Entwurf von 1862, noch das hess. Ges. vom 23. April 1875, wohl aber das preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 16 Abs. 2.



müssen.<sup>170</sup> Eine Beschränkung des Einspruchs kann drittens in der vierwöchentlichen Frist, innerhalb welcher der Einspruch geltend gemacht werden muss, erblickt werden.<sup>171</sup> Diese Frist kann nicht verlängert werden.<sup>172</sup> Die Einlegung des Einspruchs nach Ablauf der Frist hat andererseits keine rechtliche Wirkung mehr. Eine Bestimmung, dass die Übertragung des geistlichen Amtes vor Ablauf dieser Frist (trotz erstatteter Anzeige) ungültig sei, trifft Art. 9 des angeführten Gesetzes nicht.<sup>173</sup> Trotzdem muss aber auch in einem solchen Falle die Ungültigkeit der Übertragung angenommen werden. Art. 1 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 sagt nämlich: „Ein Kirchenamt, welches mit einem Geistlichen zu besetzen ist, darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden, welcher . . . . und gegen dessen Anstellung ein Einspruch nicht erhoben worden ist“. Es wird also hier der Ablauf der vierwöchentlichen Frist vorausgesetzt.

Die Rechtsfolge des erhobenen Einspruchs ist im Hinblick darauf, dass die Anzeige immer unter Benennung der Stelle,<sup>174</sup> für welche der betreffende Geistliche ausersehen ist, erfolgen muss, zunächst auch nur eine Zurückweisung von dieser ausdrücklich benannten Stelle. Notwendigerweise braucht die Zurückweisung nicht zugleich auch eine vom geistlichen

---

<sup>170</sup> Ebenso hess. Ges. vom 23. April 1875, wie auch das preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 16.

<sup>171</sup> Eine Präklusivfrist fand nicht statt nach dem hess. Ges. vom 23. April 1875, wohl aber nach dem preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 15. Hier beträgt die Frist „Dreissig Tage“.

<sup>172</sup> Vgl. Hinschius, Kirchengesetze, S. 130 Anm. 7.

<sup>173</sup> Vgl. dagegen preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 17.

<sup>174</sup> Das preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 15 sagt: „Unter Bezeichnung des Amtes“; siehe hierüber Hinschius, Kirchengesetze, S. 130 Anm. 4.



Amt als solchem zu sein, mag dies praktisch auch auf eins hinauskommen. Der einmal erhobene Einspruch lässt, rechtlich wenigstens, immer noch eine Anstellung des zurückgewiesenen Geistlichen auf einer anderweiten Amtsstelle zu. Dagegen würde die Zurückweisung, wenn die Anzeige ohne Benennung der Stelle erfolgte, eine Zurückweisung vom Amt sein.

Nach Art. 9 a. a. O. ist die Anzeige nur bei dauernder Übertragung eines Kirchenamtes vorgeschrieben. Die Frage, ob der evangelische Pfarrer ein Amt, das ihm dauernd übertragen wird, vorher bereits widerruflich innegehabt hat, kommt hierbei nicht in Betracht.<sup>175</sup> Nicht notwendig ist die Anzeige bei der widerruflichen Anstellung des Pfarrvikars oder des Pfarrverwesers. Dauert die Vertretung eines Kirchenamtes aber länger als sechs Monate, so muss das Oberkonsistorium sich mit dem Ministerium des Innern und der Justiz in Betreff etwaiger Anstände gegen die Person des Verwesers ins Benehmen setzen.<sup>176</sup> Es tritt also sodann auch hier eine Mitwirkung des Staates ein.

Das Mitwirkungsrecht des Staates bei der Anstellung eines evangelischen Geistlichen in der Form des Einspruchs ist seiner juristischen Natur nach negativ, wie dies bei der allgemeinen Darstellung der staatlichen Vorbedingungen bereits angedeutet wurde. Jedoch könnte man einwenden, dass durch fortgesetzte Erhebung des

---

<sup>175</sup> Hess. Ges. vom 5. Juli 1887 § 9: „Der dauernden Anstellung wird die Umwandlung einer widerruflichen in eine dauernde gleichgeachtet.“

<sup>176</sup> Nach dem hess. Ges. vom 23. April 1875 fand die Anzeige auch bei der Anstellung der Vikare statt, ebenso nach dem preuss. Ges. vom 11. Mai 1873. — Indessen findet heutzutage auch in Preussen die Anzeige nur noch bei der dauernden Übertragung statt, (preuss. Ges. vom 29. April 1887 Art. 2 § 1.)



Einspruchs sich das Mitwirkungsrecht des Staates wenigstens zu einem positiven ausbilden könnte. Es würde dies indessen nur ein thatsächliches, kein juristisches Argument sein. Positiv rechtlich könnte das Mitwirkungsrecht des Staates nur dann sein, wenn letzterer auch einen ausschliesslichen Einfluss auf die Auswahl der Geistlichen besässe,<sup>177</sup> sei dies in Gestalt eines allgemeinen Vorschlags-, Wahl- oder Bestätigungsrechtes. Dieser Einfluss auf die Besetzung der geistlichen Stellen steht ihm jedoch nicht zu. Art. 11 a. a. O. begründet ein derartiges Recht nicht.<sup>178</sup>

Andererseits könnte aber eine thatsächliche Beeinflussung vor allem in der Thatsache erblickt werden, dass gegen die Erhebung des Einspruchs kein Rechtsmittel zulässig ist.<sup>179</sup> Denn damit ist die Ausdehnung des immerhin schwankenden Begriffes „bürgerlich oder staatsbürgerlich“ dem subjektiven Ermessen der Staatsbehörde anheimgegeben. Eine Kollation könnte um deswillen auch durch einen objektiv unrechtmässig erhobenen Einspruch thatsächlich unmöglich gemacht werden. An sich kann dies nicht verneint werden. Immerhin giebt indessen das Gesetz eine genügende Garantie für die Rechtmässigkeit des Einspruchsverfahrens. Dies

---

<sup>177</sup> Vgl. Hinschius, Kirchengesetze, S. 130 Anm. 9.

<sup>178</sup> Hess. Ges. vom 5. Juli 1887 Art. 11: „Soweit die Mitwirkung des Staates bei Besetzung kirchlicher Ämter auf Grund des Patronats oder besonderer Rechtstitel anderweit geregelt ist, behält es dabei sein Bewenden.“

<sup>179</sup> Eine Berufung war nach dem preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 16 möglich. Dieselbe ging entweder an den königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten (eingerrichtet 12. Mai 1873, aufgehoben 21. Mai 1886) oder an den Minister der geistlichen Angelegenheiten. Beides ist seit dem Ges. vom 11. Juli 1883 Art. 2 abgeschafft.



insofern, als es die Beurteilung dieser Frage einer kollegial geordneten Behörde überlässt, und nicht, wie in Preussen, einer Einzelperson. In letzterem Falle ist die Garantie allerdings eine geringere.

Eine Spezialisierung der Einspruchsgründe, wie sie das preussische Gesetz vom 11. Mai 1873 § 16 kennt, nimmt Art. 9 des hessischen Gesetzes nicht vor. Die Formulierung derselben ist aber preussischem Muster nachgebildet.<sup>180</sup> Nach § 16 Abs. 2 des preussischen Gesetzes ist der Einspruch zulässig, wenn der Anzustellende wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens, welche das deutsche Reichsstrafgesetzbuch mit Zuchthaus oder mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte oder dem der öffentlichen Ämter bedroht, verurteilt ist, oder sich in Untersuchungshaft befindet. Zusammenfallen dürfte dies mit dem Begriffe des „bürgerlichen Rechtsgebietes“, wie ihn Art. 9 des hessischen Gesetzes verwertet. Ferner ist nach § 16 Abs. 3 des preussischen Gesetzes der Einspruch zulässig, wenn gegen den Anzustellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, dass derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde. Zusammenfallen dürfte dies mit dem Begriffe des „staatsbürgerlichen Rechtsgebietes“ des hessischen Gesetzes. Indessen hat sich auch die preussische Staatsgesetzgebung neuerdings der Formulierung des hessischen Rechts angeschlossen.<sup>181</sup>

Das Gebiet der zulässigen Einspruchsgründe ist in Preussen gegenüber Hessen scheinbar noch erweitert. § 16

<sup>180</sup> Vgl. auch Schmidt, a. a. O., S. 212 Anm. 2.

<sup>181</sup> Siehe preuss. Ges. vom 29. April 1887 Art. 2 § 2 Abs. 1.



Abs. 1 des preussischen Gesetzes vom 11. Mai 1873 lautet: „Der Einspruch ist zulässig, wenn dem Anzustellenden die gesetzlichen Erfordernisse zur Bekleidung des Amtes fehlen.“<sup>182</sup> Eigentliche Einspruchsgründe sind indessen diese „gesetzlichen“ Erfordernisse nicht. Denn ihre Beachtung ist ipso jure Vorbedingung zur Übertragung des geistlichen Amtes. Auch bei der Unterlassung des Einspruchs würde in einem derartigen Falle die Kollation ungültig sein. Dagegen würde sonst die Nichterhebung des Einspruchs, auch wenn die Einlegung gerechtfertigt wäre, die Gültigkeit der einmal erfolgten Kollation nicht berühren.

---

## § 6.

### Die Reichsangehörigkeit.<sup>183</sup>

Nach § 1 der Dienstpragmatik, sowie nach Art. 1 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 wird die Reichsangehörigkeit des anzustellenden evangelischen Geistlichen verlangt. Die Bestimmung des althessischen Kirchenrechts, wonach Ausländer vom inländischen Kirchendienst landesgesetzlich ausgeschlossen waren, ist damit ausser Kraft gesetzt.<sup>184</sup>

Die Dienstpragmatik und das Gesetz vom 5. Juli 1887 sprechen zwar nur davon, dass der Anzustellende ein „Deutscher“ sein muss. Dies braucht sich aber mit

---

<sup>182</sup> Siehe hierüber Hinschius, Kirchengesetze, S. 132 Anm. 1.

<sup>183</sup> Siehe Thudichum, deutsches Kirchenrecht des neunzehnten Jahrhunderts, Leipzig 1878 Bd. II S. 27 ff.

<sup>184</sup> Vgl. Motive zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 2.



„reichsangehörig“ nicht notwendigerweise zu decken. Denn „Deutsche“ können auch Ausländer deutscher Nationalität sein, „Reichsangehörige“ sind aber nur Inländer, die Inhaber des Reichsindigenats. Die Auffassung des Begriffes „Deutsch“ in seinem erweiterten, nationalen Sinne würde also unter Umständen auch einen Ausländer für anstellungsfähig erklären. Dies ist aber nicht der Fall. Der Begriff „Deutsch“ muss also hier in seinem juristischen Sinne genommen werden, ebenso, wie ihn auch der Sprachgebrauch der deutschen Reichsgesetze verwertet.<sup>185</sup> Die Frage, ob sich der „Deutsche“ augenblicklich im Inlande oder im Auslande aufhält, ist andererseits ohne Bedeutung.

Vom rein dogmatischen Standpunkte der evangelischen Kirche aus betrachtet, könnte man allerdings der Anstellung eines deutsch redenden, wenn auch juristisch dem deutschen Reiche nicht angehörigen, evangelischen Geistlichen einen prinzipiellen Einwand nicht entgegenhalten. Praktische Bedenken lassen diesen Standpunkt indessen unhaltbar erscheinen. Die Seelsorgerstellung unter deutschen Protestanten setzt notwendigerweise die nationale Zusammengehörigkeit des evangelischen Geistlichen mit seiner Gemeinde voraus.<sup>186</sup> Die grundsätzliche Zulassung wenigstens von Ausländern zum inländischen Kirchendienst würde mit dem nationalen Charakter der evangelischen Kirche nur schwer vereinbar sein.

In der Mehrzahl der deutschen evangelischen Landeskirchen wird noch der besondere Indigenat des Glied-

<sup>185</sup> Verfassung des deutschen Reichs vom 16. April 1871, Art. 3, 57, 59, R.-Str.-G.-B. § 4, 9, 27 ff., Militär-Str.-G.-B. § 160. — Vgl. auch Motive zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 2 Abs. 3 Schluss.

<sup>186</sup> So die Motive zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 2 Abs. 3 Anfang.



staates zur Anstellung im Kirchendienste verlangt.<sup>187</sup> In demselben Masse aber, in welchem die Ausschliessung der Ausländer vom evangelischen Kirchendienste praktisch gerechtfertigt erscheint, muss die prinzipielle Unhaltbarkeit dieses beschränkteren Standpunktes einleuchten.<sup>188</sup> Die Absicht, von welcher die Dienstpragmatik bei der Forderung der Reichsangehörigkeit ausgeht, geht dahin, die innere Zusammengehörigkeit der evangelischen deutschen Landeskirchen auch durch eine mehr äussere Verbindung derselben zum Ausdrucke zu bringen.<sup>189</sup> Dieser Idee der inneren Einheit des deutschen Protestantismus dürfte indessen die Vorschrift des besonderen Indigenats widerstreiten.

Ganz besonders schwindet aber die innere Berechtigung des besonderen Indigenats vom juristischen Standpunkte aus betrachtet. Die Zulassung eines einem fremden deutschen Gliedstaate angehörigen Geistlichen von dem Erwerb des besonderen Indigenats abhängig zu machen, würde ein Verstoss gegen Art. 3 der deutschen Reichsverfassung sein. Denn hiernach muss jeder Deutsche in sämtlichen deutschen Gliedstaaten als Inländer behandelt werden und unter denselben Voraussetzungen wie Einheimische zur Erlangung öffentlicher Ämter zugelassen werden. Eine Vorbedingung ist demnach der besondere Indigenat überhaupt nur noch formell.

---

<sup>187</sup> Die näheren Nachweise siehe im A. K.-Bl. 1865 S. 436 ff. Darnach ist Hessen der einzige deutsche Staat, in dem früher die Zulassung von Ausländern landesgesetzlich verboten war, während diese Frage in den übrigen deutschen Staaten meistens der Entscheidung kompetenter Behörden überlassen war.

<sup>188</sup> Vgl. Köhler, Kirchenrecht, S. 187.

<sup>189</sup> Siehe in den Motiven zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 2 I. Abs. 3.



Thatsächlich muss auch in denjenigen Landeskirchen, welche noch jetzt den besonderen Indigenat verlangen, die Eigenschaft als Reichsangehöriger genügen.

Von praktischer Bedeutung ist demnach der Landesindigenat nur noch Ausländern gegenüber. Eine rechtliche Verpflichtung zur Erteilung des Indigenats besteht dem Ausländer gegenüber nicht.<sup>190</sup> Durch Verweigerung der Naturalisation kann der Ausländer jederzeit von der Zulassung zum Kirchendienste eines deutschen Gliedstaates ausgeschlossen werden. Jedoch könnte auch er — die weiteren gesetzlichen Erfordernisse vorausgesetzt — einen Gliedstaat zur Zulassung zu der ihm kirchlicherseits angetragenen Stellung zwingen. Er brauchte darum nur den Indigenat irgend eines andern deutschen Gliedstaates zu erwerben. Eine Zurückweisung des Ausländers wäre nunmehr, da er mit der Erlangung des Indigenats ipso jure auch die deutsche Reichsangehörigkeit erwirbt,<sup>191</sup> nur unter denselben Voraussetzungen wie bei einem Geistlichen, welcher einem fremden deutschen Gliedstaate bereits angehört, möglich. Für den Begriff der „Reichsangehörigkeit“ ist es also gleichgültig, ob dieselbe durch Naturalisation oder auf andere Weise erworben wird.<sup>192</sup> In diesem Falle ist

---

<sup>190</sup> Das Reichsgesetz vom 1. Juli 1870 über den Erwerb der Reichsangehörigkeit bestimmt nur ein Minimum der Erfordernisse, die unbedingt verlangt werden müssen. Vgl. Küchler, a. a. O., Bd. I S. 26,2.

<sup>191</sup> Die Reichsangehörigkeit wird nur durch Erlangung des Staatsbürgerrechts in einem deutschen Gliedstaate erlangt; bezüglich Elsass-Lothringens vgl. Laband, a. a. O., Bd. I S. 594 u. S. 599.

<sup>192</sup> Vgl. Hinschius, Kirchengesetze, S. 103 Anm. 3. — Siehe in den Verh. der 2. Kammer der hess. Landstände, XXI. Landtag 1873/75, Beilagen Bd. V Nr. 408 zu Art. 1 Abs. 2.



es aber auch gleichgültig, ob der Naturalisierte deutscher Nationalität ist oder nicht. Somit können also die Konsequenzen des Art. 3 der deutschen Reichsverfassung unter Umständen auch zur Anstellungsfähigkeit der Ausländer zum evangelischen Kirchendienste Hessens führen. Allerdings müsste dieselbe in der angegebenen indirekten Weise erzwungen werden.

Die Ausschliessung der Ausländer vom inländischen Kirchendienste ist nicht lediglich eine Erscheinung der modernen Staatskirchengesetzgebung. Staatliche, gegen die katholische Kirche gerichtete Vorschriften über das Erfordernis des Indigenats zur Zulassung zum inländischen Kirchendienste finden sich in manchen Ländern schon seit Jahrhunderten.<sup>193</sup> Allerdings wurden derartige, durch die Staatsgesetzgebung vorgeschriebene Beschränkungen meistens vom Papste als unverbindlich erklärt. Nichts destoweniger haben sich aber die Staaten hierdurch nicht beirren lassen. Bis auf die Neuzeit haben sich die Vorschriften hinsichtlich des Indigenats in den Staatsgesetzgebungen wiederholt.

Der Gedanke, von dem die moderne Staatskirchengesetzgebung bei der Forderung des Indigenats ausgeht, ist indessen von dem Bestreben jener älteren staatlichen Bestimmungen der katholischen Kirche gegenüber verschieden. Diese älteren Bestimmungen bezweckten in erster Linie, „die zahlreichen päpstlichen Provisionsmandate zu Gunsten von ausländischen, mit den einheimischen Verhältnissen nicht vertrauten Geistlichen zu vereiteln.“<sup>194</sup> Die ausdrückliche Wahrung prinzipieller Interessen des Staates an der Ausübung und Entfaltung des geistlichen Berufes tritt

---

<sup>193</sup> Siehe Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II S. 503 Anm. 4.

<sup>194</sup> So a. a. O., Bd. II S. 503.



hier in den Hintergrund. Gerade dieser letztere Gesichtspunkt ist aber bei den neueren staatlichen Vorschriften hinsichtlich des Indigenats ausschlaggebend. Bestimmend ist hier allein der prinzipielle Grundsatz, dass eine erfolgreiche, auch das Wohl des Staates fördernde Entfaltung der geistlichen Thätigkeit nur dann denkbar erscheint, wenn der Geistliche auch in näherer Berührung zu den nationalen Interessen des Staates steht. Der Grundsatz der nationalen Zusammengehörigkeit des Geistlichen mit seiner Gemeinde charakterisiert somit auch die „Reichsangehörigkeit“ in ihrer Erscheinung als eine staatlicherseits aufgestellte Vorbedingung.

Die Reichsangehörigkeit ist nicht erforderlich zur vorübergehenden Vornahme einzelner kirchlicher Handlungen. Art. 14 des hessischen Gesetzes vom 5. Juli 1887<sup>195</sup> bestimmt: „Die vorübergehende Ausübung einzelner kirchlicher Handlungen unterliegt den Strafbestimmungen dieses Gesetzes nicht.“ Die Frage, was wir unter diesem Begriffe der „vorübergehenden Ausübung einzelner kirchlicher Handlungen“ zu verstehen haben, bedarf der Beurteilung des Einzelfalles. In der Dienstpragmatik kommt eine derartige Bestimmung überhaupt nicht vor. Hier benötigt es folgerichtig jedesmaliger besonderer Erlaubnis.<sup>196</sup>

---

<sup>195</sup> Für die Begründung dieser Bestimmung des Art. 14 ist auf die preussischen Gesetze vom 21. Mai 1885 und vom 29. April 1887, betr. Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze Bezug genommen. — Siehe in den Motiven zum hess. Ges. vom 5. Juli 1887 (Verhandlungen der 2. Kammer der hessischen Landstände 1885/1888, Beil. Bd. V Nr. 419).

<sup>196</sup> Vgl. hierzu die noch geltende ältere Verordnung vom 31. Mai 1842 § 5, abgedr. bei Köhler, Handbuch, a. a. O., Bd. II S. 445 ff.



Ebenso wie das hessische Staats-Kirchenrecht nehmen auch die Gesetzgebungen derjenigen Gliedstaaten, welche allgemein für den Erwerb des geistlichen Amtes den Indigenat verlangen, auf das Moment der vorübergehenden Ausübung des geistlichen Amtes Bedacht. Die Art und Weise, in welcher dieser Gesichtspunkt Berücksichtigung findet, ist nicht die gleiche.

Eine ausnahmsweise Zulassung der Ausländer kennt Preussen. Dasselbst kann Ausländern, auch ohne dass die Vorschriften des § 1 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 beachtet sind, die Vornahme geistlicher Amtshandlungen durch den Minister der geistlichen Angelegenheiten gestattet werden. Die Grundsätze, nach denen dies zu geschehen hat, sind vom Staatsministerium mit königlicher Genehmigung festzustellen.<sup>197</sup>

Baden lässt den Ausländer zur öffentlichen Vornahme geistlicher Handlungen, auch der einzelnen, nur bei Erfüllung der eigenen staatlichen Vorschriften über die wissenschaftliche Vorbildung zu.<sup>198</sup>

---

## § 7.

### Die Vorbildung der Geistlichen.

Vorbedingung zur Erlangung eines geistlichen Amtes in der evangelischen Landeskirche des Grossherzogtums Hessens ist ferner eine wissenschaftliche und praktische Vorbildung. Der Nach-

---

<sup>197</sup> Siehe preuss. Ges. vom 31. Mai 1882 Art. 3 Abs. 2.

<sup>198</sup> Ges. vom 5. März 1880 Art. 1 Abs. 2. — Vgl. Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II S. 508 Anm. 3.



weis der Erfüllung der hierfür geltenden Bestimmungen wird teils der kirchlichen, teils der staatlichen Behörde erbracht.

Die Staatsbehörde verlangt nach Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1887:

1. Die Vorlage eines Zeugnisses über das Bestehen der Reifeprüfung auf einem deutschen Gymnasium.
2. Die Vorlage eines Zeugnisses über die Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staatsuniversität.<sup>199</sup>

Die Kirchenbehörde verlangt nach § 3 der Dienstpragmatik:

1. Das Bestehen der Maturitätsprüfung auf einem deutschen Gymnasium.
2. Das Bestehen der Fakultätsprüfung vor der theologischen Fakultät der Landesuniversität zu Giessen.
3. Das Bestehen der Schlussprüfung vor der durch das Kirchenregiment hierfür angeordneten Prüfungskommission.

Die staatsgesetzliche Bestimmung,<sup>200</sup> dass der Anzustellende nach vollendetem Universitätsbesuch eine Prüfung vor einer Staatsbehörde abzulegen hat, um darzuthun, dass er die für seinen Beruf erforderliche allgemeine Bildung besitzt, besteht nicht

---

<sup>199</sup> Baden verlangt nur 5 Semester, Württemberg, Pfalz, Elsass-Lothringen dagegen 8 Semester. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 212 Anm. 2.

<sup>200</sup> Siehe dieselbe im Ges. vom 23. April 1875 § 1.



mehr.<sup>201</sup> Abgesehen von der Maturitätsprüfung verlangt also das evangelische Kirchenrecht des Grossherzogtums Hessen die Ablegung zweier theologischer Fachprüfungen.

In dieser Einrichtung stimmt Hessen mit der Mehrzahl der deutschen evangelischen Landeskirchen überein. Einzelne begnügen sich mit einer Prüfung,<sup>202</sup> während andere dagegen drei verlangen. Die in den einzelnen Landeskirchen gebräuchlichen Bezeichnungen für die Prüfungen sind verschieden.<sup>203</sup> Ein Überblick hierüber kann nur theoretisch gegeben werden, nämlich nach dem Gesichtspunkte der Wirkung der einzelnen Prüfungen. Darnach ist die erste theologische Prüfung das *examen pro licentia concionandi*. In der Regel nämlich — allgemein trifft dies nicht zu — ist die Wirkung derselben die Fähigkeit zur Predigt.<sup>204</sup>

---

<sup>201</sup> Siehe hierüber Ausschussbericht der 2. Kammer zum Gesetz vom 5. Juli 1887, betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. (Verhandl. der 2. Kammer der hess. Landstände, XXV. Landtag 1885/1888, Beilagen Bd. V Nr. 430 S. 5.) — Die Staatsprüfung ist ebenfalls abgeschafft in Baden seit dem Ges. vom 5. März 1880, abgedr. bei Heiner, a. a. O., S. 92, ferner in Preussen durch das Ges. vom 21. Mai 1886. Siehe hierüber Hinschius, die preussischen Kirchengesetze, betr. die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, Berlin, Leipzig 1887, S. 5 ff.

<sup>202</sup> Mit einer Prüfung begnügen sich: Frankfurt a. M. reformierte Kirche, Bremen, Lübeck, Hamburg und Elsass-Lothringen. In den Reuss'schen Fürstentümern kann die zweite Prüfung erlassen werden. Drei Prüfungen verlangen Kurhessen und Sachsen; desgl. ist hierher auch zu rechnen: Altpreussen, Anhalt, Braunschweig, Altenburg, Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 213.

<sup>203</sup> Eine ausführliche Zusammenstellung giebt A. K.-Bl. 1882 S. 489,2.

<sup>204</sup> Vgl. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 212B.



Die zweite Prüfung ist das *examen pro munere*, (auch *examen pro ministerio* genannt) somit die Anstellungsprüfung.<sup>205</sup>

In Hessen heisst die erste Prüfung Fakultätsprüfung, die zweite Schlussprüfung. Letztere führt auch, nach dem früheren Definitorium benannt, den Namen Definitorialprüfung.<sup>206</sup>

Nach § 3 der Dienstpragmatik und Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 wird zur Anstellung verlangt:

### **I. Maturitätsprüfung.**<sup>207</sup>

Verlangt wird nur die „Entlassungsprüfung“ eines Gymnasiums. Die Bedingungen selbst, unter denen diese erfolgt, sind im Verordnungswege bestimmt.<sup>208</sup> Der Besuch, beziehentlich die Entlassungsprüfung auf einem hessischen Gymnasium ist nicht vorgeschrieben.<sup>209</sup> Überhaupt ist diese Bestimmung nach der neuerdings unter den deutschen Regierungen getroffenen Vereinbarung, wonach die Wirkung der Entlassungsprüfung der Gymnasien überall die gleiche ist, überflüssig geworden.<sup>210</sup>

<sup>205</sup> Siehe a. a. O.

<sup>206</sup> Das sogenannte Definitorium war eine Examinationsbehörde an der Seite der Superintendenten. Letztere waren bei der Prüfung und Anstellung der Geistlichen an die Mitwirkung des definitoriums gebunden. Zum erstenmal erscheint das definitorium 1617. Köhler, Kirchenrecht, S. 22 ff.

<sup>207</sup> Siehe hierüber Fertsch, a. a. O., S. 79 Abs. 2; ferner Thudichum, a. a. O., Bd. II S. 36.

<sup>208</sup> Verordnung vom 10. Dezember 1884, die Reifeprüfung an den Gymnasien betr., Regierungsblatt für das Grossherzogtum Hessen 1884 Nr. 35.

<sup>209</sup> Dies verlangte die Verordnung vom 20. September 1807, abgedr. bei Köhler, Handbuch, Bd. I S. 308.

<sup>210</sup> Siehe Verordnung vom 17. März 1869, betr. die Maturitätsprüfung an den Gymnasien. Vgl. ferner hierüber in den Motiven zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 3,1.



Der Begriff „deutsch“ ist auch hier wieder in seiner juristischen Bedeutung zu nehmen. Das Zeugnis eines nicht im deutschen Reichsgebiete liegenden Gymnasiums genügt also nicht.<sup>211</sup> Fraglich könnte erscheinen, was unter „Gymnasium“ zu verstehen ist. Gymnasium im Sinne des Gesetzes ist „eine, auf das Universitätsstudium vorbereitende öffentliche Lehranstalt, welche unter oberster Leitung des Staates steht und in Bezug auf Einrichtung, Lehrplan und Reifeprüfungen dem im April 1874 unter den deutschen Regierungen abgeschlossenen Staatsvertrage entspricht.“<sup>212</sup> Reine Privatanstalten, mögen sie auch gleiche Ziele haben wie die „Gymnasien“, sind keine Gymnasien im Sinne des Gesetzes, haben sie ja auch nicht das Recht, die vorgeschriebene Entlassungsprüfung abzuhalten.<sup>213</sup>

Eine Sondervorbildung zum theologischen Studium findet mit Ausnahme des Unterrichts im Hebräischen<sup>214</sup> nicht statt.<sup>215</sup> Die Schüler erhalten zwar auch eine

---

<sup>211</sup> Das badische Gesetz vom 5. März 1880 Art. 1 begnügt sich schlechthin mit dem Zeugnis über die „bestandene Abiturientenprüfung.“ Eine Beschränkung auf die Entlassungsprüfung auf einem „deutschen“ Gymnasium findet hier also nicht statt. Hinschius, Kirchenrecht, Bd. II. S. 508 Anm. 8.

<sup>212</sup> So Thudichum, Bd. 2, S. 36 I 1.

<sup>213</sup> So Hinschius, Kirchengesetze, S. 108 Anm. 3.

<sup>214</sup> Hierüber kann sogar eine besondere Prüfung stattfinden, das sog. Hebraikum, welches mit der Abiturientenprüfung verbunden wird. Das Hebraikum kann aber auch erst auf der Universität absolviert werden. Siehe bei Anm. 224.

<sup>215</sup> Vgl. dagegen die Bestimmungen des älteren hessischen Kirchenrechts vom 30. Dezember 1824, Teil 2 und 3 und vom 1. Oktober 1832, Schluss, beide abgedruckt bei Köhler, Handbuch, Bd. I S. 309 ff. Siehe ferner die daselbst auf Seite 323 und 324 angeführten Verordnungen vom 22. Dezember 1732 und vom 8. Dezember 1842.



religiöse Vorbildung, diese wird aber allen Schülern zu Teil. Eine Prüfung im Fache der Religion erfolgt nicht. Überhaupt kommt in der Reifeprüfungsordnung der Gymnasien,<sup>216</sup> wie auch der Realgymnasien, die Religionslehre in den Prüfungsfächern nicht vor.<sup>217</sup>

## II. Fakultätsprüfung.<sup>218</sup>

Die **Voraussetzungen** zur Zulassung zur Fakultätsprüfung sind: 1. Die Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium. 2. Dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Staatsuniversität. 3. Sittliche Unbescholtenheit.

Dem Gesuch um Zulassung ist ein kurz geschriebener Lebenslauf beizulegen.

Vorgeschrieben ist also nur das „Studium der Theologie.“<sup>219</sup> Das Hören bestimmter Vorlesungen verlangt weder die Dienstpragmatik noch das Gesetz

---

<sup>216</sup> Siehe Verordnung vom 10. Dezember 1884, die Reifeprüfung an den Gymnasien betr., Rgbl. f. d. Grossh. Hessen 1884 Nr. 35.

<sup>217</sup> Siehe Verordnung vom 10. Dezember 1884, die Reifeprüfung an den Realgymnasien betr., a. a. O., Nr. 37.

<sup>218</sup> Siehe Köhler, Kirchenrecht, S. 189, Fertsch, a. a. O., S. 81, Thudichum, a. a. O., Bd. II S. 53. Ferner: Ordnung für die theologische Fakultätsprüfung an der Landesuniversität zu Giessen, eingeführt durch Verfügung Grossherzoglichen Ministeriums des Innern und der Justiz vom 29. Juni 1883; A. K.-Bl. 1882 S. 475 Abs. 1. — Älteres Recht: Verordnung vom 1. August 1838, betr. Reglement für die Fakultätsprüfungen der evangelischen Theologen, abgedr. bei Köhler, Handbuch, Bd. I S. 353 ff.

<sup>219</sup> Das gleiche ist der Fall in dem preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 4. Dagegen verlangt den „dreijährigen Besuch“ das bad. Ges. vom 5. März 1880.



vom 5. Juli 1887.<sup>220</sup> Es wird dies beispielsweise in Baden gesetzlich gefordert. Hier muss der Kandidat sich darüber ausweisen, dass er während des dreijährigen Universitätsbesuches drei Vorlesungen aus dem Gebiete der philosophischen Fakultät gehört hat. Der blosse Besuch der Universität genügt andererseits in Hessen weder nach der Dienstpragmatik noch nach dem Gesetze vom 5. Juli 1887.

Ein Beschränkung auf den Besuch der Landesuniversität, wie sie für eine bestimmte Zahl von Semestern z. B. in Sachsen und Preussen besteht,<sup>221</sup> kennt das hessische Kirchenrecht nicht mehr. Die Vorschriften des älteren evangelischen Kirchenrechts<sup>222</sup> über das Studieren auf auswärtigen Universitäten sind bereits seit der Verordnung vom 26. Oktober 1848 aufgehoben.<sup>223</sup> Jedoch verlangt § 4 der Prüfungsordnung, dass der Gesuchstellung um Zulassung zur Fakultätsprüfung die ordentliche Immatrikulation an der Landesuniversität zu Giessen wenigstens für dasjenige Semester vorausgehen muss, auf welches die Prüfung folgt. Thatsächlich ist also auch in Hessen ein zweisemestriger Besuch der Landesuniversität vorgeschrieben.

Eine vereinzelte Bestimmung besteht hinsichtlich des Hebraikums. Dass dasselbe Vorbedingung zur Fakultätsprüfung ist, hat in Anmerkung 214 bereits Erwähnung

---

<sup>220</sup> „Studium der Theologie“ ist jedoch gleichbedeutend mit der Immatrikulation als Studierender der Theologie und dem Belegen einiger theologischer Vorlesungen. Thudichum a. a. O., Bd. II S. 42/3.

<sup>221</sup> Preussen und Hannover 3 Semester, Sachsen 4 Semester.

<sup>222</sup> Siehe Bekanntmachung des Ministeriums des Innern und der Justiz vom 25. September 1834.

<sup>223</sup> Siehe Motive zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 3 letzter Abs.



gefunden. Wird das Hebraikum erst auf der Universität absolviert, so müssen demselben zur Zulassung zur Fakultätsprüfung noch vier volle Semester theologischen Studiums nachfolgen.<sup>224</sup>

Ein Dispens von dem Erfordernisse des dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staatsuniversität ist gesetzlich zulässig. Nach Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 kann das Ministerium des Innern und der Justiz aus besonderen Gründen von dem Erfordernisse des dreijährigen Studiums entweder teilweise oder vollständig dispensieren. Ebenso steht nach § 4 Abs. 3 der Dienstpragmatik dem Oberkonsistorium die Befugnis zu, aus besonderen Gründen hinsichtlich des Trienniums Dispens zu erteilen. Ein Dispensationsrecht ist jedoch hier nur von der vorgeschriebenen Dauer des Universitätsbesuches möglich. Der gewährte Dispens ist also nur ein teilweiser, d. h. er kann sich nur auf einzelne Semester erstrecken. Ein vollständiger Dispens für das gesamte Triennium ist hier unstatthaft.

In gleicher Weise steht diesen beiden Behörden die Ermächtigung zu, von dem Studium auf einer deutschen Staatsuniversität zu dispensieren. Indessen kann auch hier wieder das Oberkonsistorium nach § 4 Abs. 2 der Dienstpragmatik nur einen teilweisen Dispens gewähren, und dies nur dann, wenn der Anzustellende anstatt einer deutschen eine ausserdeutsche, den deutschen Hochschulen an Rang gleichstehende Universität besucht hat.<sup>225</sup> In beiden Fällen

---

<sup>224</sup> Siehe Verfügung vom 17. September 1875, sowie Prüfungsordnung a. a. O. § 5.

<sup>225</sup> Siehe in den Motiven zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 4 Abs. 1 Anfang.



ist die Erteilung des Dispenses seitens des Oberkonsistoriums nur möglich, nachdem die Erteilung desselben seitens der Staatsbehörde nachgewiesen ist.<sup>226</sup>

Nach den Bestimmungen der Dienstpragmatik ist mithin eine Anstellung eines evangelischen Geistlichen überhaupt ohne theologisches Studium auf einer deutschen Universität unmöglich. Statthaft wäre dies im gegebenen Falle allerdings nach den Vorschriften des Gesetzes vom 5. Juli 1887.

Die Bestimmung, dass die Staatsbehörde nur mit Rücksicht auf einen besonderen anderweiten Bildungsgang<sup>227</sup> zur Erteilung des Dispenses ermächtigt ist, wie dies nach dem Art. 2 des hessischen Gesetzes vom 23. April 1875 der Fall war und noch heute nach dem preussischen Gesetz vom 11. Mai 1873 gilt, ist in dem hessischen Gesetz vom 5. Juli 1887 nicht aufgenommen. Art. 4 des letzteren spricht allerdings von „besonderen Gründen“, aus denen der Dispens allein erteilt werden darf. Eine gesetzliche Formulierung dieser Gründe giebt er aber nicht. Die Ausdehnung dieses Begriffes „besondere Gründe“ untersteht mithin dem thatsächlichen Ermessen der Staatsbehörde. Das gleiche gilt auch hinsichtlich des § 4 der Dienstpragmatik. Auch dieser spricht von „besonderen Gründen“, welche das Oberkonsistorium bei der Erteilung des Dispenses berücksichtigen muss.<sup>228</sup>

Der Begriff „Deutsch“ ist hier wieder in dem juristischen Sinne zu nehmen. Das hessische Gesetz vom 23. April 1875, bzw. das vom 5. Juli 1887 haben ent-

---

<sup>226</sup> Dienstpragmatik § 3 Abs. 2 und 3.

<sup>227</sup> Siehe hierüber Hinschius, Kirchengesetze, S. 111 Anm. 4.

<sup>228</sup> Vgl. hierzu in den Motiven zur Dienstpragmatik, a. a. O., S. 4 erster Abs. Schluss.



sprechend dem preussischen Gesetz vom 11. Mai 1873 den Begriff Staatsuniversität besonders hervor. Von praktischer Bedeutung ist indessen eine solche Bestimmung nicht. Denn gegenwärtig sind sämtliche Universitäten Deutschlands Staatsanstalten.<sup>229</sup> Lehranstalten, welche vielleicht den Namen Universität führten, sich aber in Händen von Privatkorporationen oder Kirchen befänden, giebt es in Deutschland nicht. „Staatsuniversität“ und „deutsche Universität“ ist mithin dasselbe.

Die **Prüfungsbehörde** bei der Fakultätsprüfung<sup>230</sup> ist kollegial zusammengesetzt. Gebildet wird sie durch sämtliche ordentliche Professoren der theologischen Fakultät zu Giessen unter dem Vorsitze des Dekans. Sie besteht mithin ausschliesslich aus Vertretern der theologischen Wissenschaft, ohne Hinzuziehung eines Kommissars des Kirchenregiments. Andere Bestimmungen gelten in den übrigen evangelischen Landeskirchen. Die Hinzuziehung eines Kommissars des Kirchenregiments findet z. B. in Sachsen statt.<sup>231</sup> Im Gegensatz zu Hessen stehen vollends diejenigen Landeskirchen, in denen bei der Prüfung überhaupt kein akademischer Vertreter der theologischen Wissenschaft mitwirkt. Die Prüfungsbehörde setzt sich hier also ausschliesslich aus Vertretern der Kirchenregimentsbehörden zusammen. Diese letztere Einrichtung besteht in der Mehrzahl der deutschen Landeskirchen. Keine kollegial geordnete Prüfungsbehörde findet sich in Schleswig-Holstein, Stade und Schaumburg-Lippe. Hier liegt

<sup>229</sup> Siehe Thudichum, a. a. O., Bd. 2 S. 41 Anm. 1.

<sup>230</sup> Für die übrigen Landeskirchen siehe A. K.-Bl. 1882 S. 491, 4. Vgl. ferner Friedberg, Verfassungsrecht, S. 214.

<sup>231</sup> Vorsitzender der Prüfungskommission ist hier ein Delegierter des Landeskonsistoriums. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 215 Anm. 19.



die Prüfung in der Hand einer Einzelperson des Generalsuperintendenten.

**Prüfungsverfahren:**<sup>232</sup> Wie allgemein in den übrigen evangelischen Landeskirchen Deutschlands die erste theologische Prüfung, so ist auch in Hessen die Fakultätsprüfung schriftlich und mündlich.<sup>233</sup> Das schriftliche Examen zerfällt wieder in schriftliche Vorarbeiten und Klausuren. In den letzteren sind acht Themata zu behandeln, in den Vorarbeiten zwei. Die mündliche Prüfung ist öffentlich und erstreckt sich auf elf Fächer. Es sind dies: Exegese des alten Testaments, Realien des alten Testaments (Einleitung, Geschichte und biblische Theologie), Exegese des neuen Testaments, Realien des neuen Testaments (Einleitung, Geschichte und biblische Theologie), Kirchengeschichte, Dogmengeschichte, Symbolik, Dogmatik, Ethik, praktische Theologie, Philosophie (Geschichte derselben und Psychologie) und Pädagogik.<sup>234</sup>

**Prüfungszeugnisse:**<sup>235</sup> Die Feststellung der Gesamtnote geschieht in der Weise, dass für jedes der genannten Fächer eine besondere Note festgesetzt wird und zwar unter gemeinsamer Berücksichtigung der Klausurarbeiten und der mündlichen Prüfung. Auf Grund dieser einzelnen Noten und mit Berücksichtigung der Vorarbeiten wird die Gesamtnote festgestellt.

---

<sup>232</sup> Für die übrigen Landeskirchen vgl. A. K.-Bl. 1882 S. 492,5.

<sup>233</sup> Nur mündlich ist dieselbe in Schleswig-Holstein.

<sup>234</sup> Eine besondere Prüfung in den für die Unterweisungen und Übungen im Predigerseminar erforderlichen „pädagogischen Vorkenntnissen“ ist erst seit 1843 in den akademischen Studienplan aufgenommen. Köhler, Handbuch, Bd. I S. 350 Anm. e.

<sup>235</sup> Für die übrigen Landeskirchen siehe A. K.-Bl. 1882 S. 495,6.



Die Notenskala ist: I. vorzüglich, II. sehr gut, III. gut, IV. genügend. Ausserdem können in den Ziffern Zwischenstufen ausgedrückt werden. Wer die Note IV nicht erhält, hat die Prüfung nicht bestanden.<sup>236</sup>

**Wirkungen der Fakultätsprüfung:**<sup>237</sup> Die einzelnen Wirkungen der bestandenen ersten Prüfung sind in den meisten Landeskirchen gesetzlich geregelt. Die Dienstpragmatik indessen kennt eine solche Formulierung der Rechtsfolgen der bestandenen ersten Prüfung nicht. Offizielle Wirkung der bestandenen Fakultätsprüfung ist in Hessen nur die Erlangung der Eigenschaft eines Predigamtskandidaten. Die Fähigkeit zur selbständigen Abhaltung von Predigten, die *licentia concionandi*, hat der Predigamtskandidat nicht.<sup>238</sup> Hierzu bedarf es vielmehr in jedem einzelnen Falle einer besonderen Erlaubnis.<sup>239</sup> In diesem Punkte unterscheidet sich somit die Dienstpragmatik von der Mehrzahl der deutschen Landeskirchen. Denn, wie schon erwähnt, ist die *licentia concionandi* fast überall Wirkung der ersten theologischen Prüfung. Die Fähigkeit

---

<sup>236</sup> In Baden wird bei der ersten Prüfung überhaupt kein Zeugnis gegeben.

<sup>237</sup> Für die übrigen Landeskirchen siehe A. K.-Bl. 1882 S. 497,7.

<sup>238</sup> Vgl. in und bei Anm. 204.

<sup>239</sup> Siehe hierzu: General-Ausschreiben des Ober-Konsistoriums vom 31. Mai 1842, betr. die Frage: „Ob und unter welchen Bedingungen den Studiosen und Kandidaten der Theologie desgl. ausländischen Geistlichen zu gestatten sei, in evangelischen Gemeinden des Inlandes als Prediger öffentlich aufzutreten,“ abgedr. bei Köhler, Handbuch, Bd. I S. 319, sowie a. a. O., Bd. II S. 445 ff. Siehe ferner: Ausschreiben vom 24. Februar 1888, das Predigen von Theologie Studierenden betr., abgedr. bei Habicht, Handbuch für die evangelische Kirche des Grossherzogtums Hessen 2. Aufl. Darmstadt 1889, S. 118.



zur selbständigen Abhaltung von Predigten steht auch denjenigen Predigamtskandidaten nicht zu, welche bereits in das Seminar zu Friedberg eingetreten sind. Auch sie bedürfen einer jedesmaligen speziellen Erlaubnis. Dieselbe wird von dem Direktor der Anstalt erteilt.<sup>240</sup>

### III. Die Schlussprüfung.<sup>241</sup>

Die Fakultätsprüfung dient zum Nachweis der theoretischen Vorbildung. Zweck der Schlussprüfung dagegen ist der Nachweis wissenschaftlicher wie praktischer Tüchtigkeit zum Eintritt in das geistliche Amt. Sie ist Anstellungsprüfung. Viele Prüfungsgegenstände sind dieselben wie bei der Fakultätsprüfung. Zum Teil treten zu den Prüfungsgegenständen der Fakultätsprüfung noch neue hinzu.<sup>242</sup>

**Voraussetzungen** der Schlussprüfung: Nach der allgemein in den evangelischen Landeskirchen herrschenden Regel muss vom Bestehen der ersten theologischen Prüfung bis zur zweiten ein bestimmter Zeitraum verflossen sein. Für Hessen beträgt diese Frist ein Jahr. Dieser Zeitraum muss mit dem Besuche des Predigerseminars zu Friedberg ausgefüllt sein.<sup>243</sup> Der blosse Ablauf der Frist genügt nicht.

<sup>240</sup> Siehe das citierte Ausschreiben vom 31. Mai 1842 § 3.

<sup>241</sup> Siehe hierzu Köhler, Kirchenrecht, S. 190, Fertsch a. a. O. S. 84 ff., Thudichum, a. a. O., Bd. II S. 58; ferner Verordnung vom 18. Januar 1834, „die Prüfung und Vorbereitung der Kandidaten der evangelischen Theologie betr.“ abgedr. bei Köhler, Handbuch, Bd. I S. 356 C., ferner A. K.-Bl. 1882 S. 475 Abs.

<sup>242</sup> Siehe Thudichum, a. a. O., Bd. II S. 58 I 1; siehe ferner Verordnung vom 18. Januar 1834 Art. 10 und Art. 11.

<sup>243</sup> Siehe Verordnung vom 21. März 1837, die Errichtung eines evangelischen Predigerseminariums betr., Art. 6; ferner Dienstpragm. § 4 Abs. 1.



Mit dieser Bestimmung unterscheidet sich also Hessen wesentlich von denjenigen Landeskirchen, in welchen gesetzliche Vorschriften über die Ausfüllung des zwischen dem ersten zum zweiten Examen liegenden Zeitraums nicht bestehen.

Einige Landeskirchen verlangen zur Anstellungsprüfung eine bestimmte Altersgrenze.<sup>244</sup> Dass diese Bestimmung für die evangelische Landeskirche Hessens nicht zutreffen kann, muss aus § 4 der Abhandlung hervorgehen; würde doch hiermit indirekt eine gesetzliche Altersgrenze zur Anstellung geschaffen.

Dem Gesuche um Zulassung zur Schlussprüfung ist eine curriculum vitae beizugeben. Die Vorschrift, dass dasselbe in lateinischer Sprache abgefasst sein muss,<sup>245</sup> besteht nicht mehr.

**Prüfungsbehörde:**<sup>246</sup> Sie ist, wie bei der Fakultätsprüfung, eine Kommission. Ihre Zusammensetzung aber ist — hierdurch wird der praktische Charakter der Schlussprüfung zum Ausdrucke gebracht — eine andere.<sup>247</sup> Mitglieder der Prüfungskommission zur Schlussprüfung sind, ein weltlicher Oberkonsistorialrat als Präsident, ein geistlicher Rat und drei Professoren des Friedberger Seminars. Die Ernennung der Kommission geschieht auf Antrag des Oberkonsistoriums durch den Grossherzog.<sup>248</sup> Letzterer übt also auf die Zusammensetzung

---

<sup>244</sup> Über die näheren Nachweise siehe Friedberg, Verfassungsrecht, S. 218 VI Anm. 65.

<sup>245</sup> Siehe Verordnung vom 18. Januar 1834 Art. 6.

<sup>246</sup> Für die übrigen Landeskirchen vgl. A. K.-Bl. 1882 S. 498,8.

<sup>247</sup> In einigen Landeskirchen ist die Prüfungsbehörde bei der 1. und 2. Prüfung dieselbe. Über die näheren Nachweise hierüber siehe Friedberg, Verfassungsrecht, S. 215 b Anm. 20.

<sup>248</sup> Vgl. a. a. O., S. 142.



der Behörde einen unmittelbaren Einfluss aus.<sup>249</sup> Nach einzelnen neueren Kirchengesetzgebungen ist auch vielfach den Selbstverwaltungsorganen eine Beteiligung an den theologischen Prüfungen eingeräumt.<sup>250</sup> In der evangelischen Kirche Hessens ist dies nicht der Fall, weder bei der Fakultäts- noch bei der Schlussprüfung.

**Prüfungsverfahren:**<sup>251</sup> Ausser den gewöhnlichen wissenschaftlich theologischen Fächern umfasst die Schlussprüfung noch Pädagogik, Liturgik, Homiletik, Katechetik, sowie alle Gegenstände des geistlichen Lehramts, der kirchlichen Verwaltung und des Schulwesens.<sup>252</sup> Das Examen selbst ist schriftlich und mündlich. Die schriftliche Prüfung besteht in häuslichen Arbeiten, einer wissenschaftlichen über ein gegebenes Thema, einer Predigt über ein gegebenes Thema und einer Katechese über einen vorgeschriebenen Text, sodann in Klausurarbeiten (20 bis 21 Fragen). Die mündliche Prüfung, die nicht öffentlich ist,<sup>253</sup> erstreckt sich auf die gewöhnlichen Fächer des schriftlichen Examens und begreift eine Probekatechese mit Schülern, sowie eine Probepredigt.

**Prüfungszeugnisse:**<sup>254</sup> Dieselben werden auf Antrag der Examinationsbehörde durch das Oberkonsistorium festgestellt. Die Notenskala ist nicht die

---

<sup>249</sup> So auch Friedberg, a. a. O., S. 215 c.

<sup>250</sup> Über die näheren Nachweise siehe a. a. O., S. 215 d.

<sup>251</sup> Für die übrigen Landeskirchen vgl. A. K.-Bl. 1882 S. 490,10.

<sup>252</sup> Vgl. Verordnung vom 18. Januar 1834 Art. 10 u. 11.

<sup>253</sup> Die zweite theologische Prüfung ist nirgends öffentlich. Thudichum, a. a. O., Bd. II S. 59,4.

<sup>254</sup> Für die übrigen Landeskirchen vgl. A. K. - Bl. 1882 S. 502,11.



gleiche wie bei der Fakultätsprüfung.<sup>255</sup> Sie gestaltet sich folgendermassen: I sehr gut, II gut, III befriedigend, IV genügend. Wer die Note IV nicht erhält, hat die Prüfung nicht bestanden.

**Wirkungen der Schlussprüfung:**<sup>256</sup> Der Geprüfte wird Pfarramtskandidat. Als solcher besitzt er nunmehr die Anstellungsfähigkeit. Zunächst ist dies indessen nur die Fähigkeit zur widerruflichen Anstellung. Als Pfarramtskandidat besitzt der Geprüfte die *licentia concionandi*, d. h. er kann nunmehr selbständig als Prediger auftreten. Immerhin gelten jedoch auch für den Pfarramtskandidaten noch besondere Bestimmungen, z. B. hinsichtlich der Aufbewahrung der Konzepte zu den einzelnen Predigten.<sup>257</sup> Unter Predigen ist auch das Halten von Leichenreden verstanden.<sup>258</sup> Der Pfarramtskandidat kann ferner zur Erteilung des Religionsunterrichts zugelassen werden.<sup>259</sup>

Wirkung der bestandenen Schlussprüfung ist weiterhin die Fähigkeit zur Ordination. Die Erteilung der Ordination wird jedoch erst *cum titulo* vorgenommen,<sup>260</sup> d. h. beim Eintritt des Pfarramtskandidaten in den Dienst der evangelischen Landeskirche.<sup>261</sup>

<sup>255</sup> Nach der Verordnung vom 18. Januar 1834 war die Notenskala folgende: I sehr gut, II gut, III unzureichende Befähigung. Jedoch konnte mit Genehmigung des Ministeriums die Note IIa und IIb in Anwendung gebracht werden. Siehe Köhler, Handbuch, Bd. I S. 358 Art. 14 und Anm. g daselbst auf Seite 362.

<sup>256</sup> Für die übrigen Landeskirchen siehe A. K.-Bl. 1882 S. 502, 12.

<sup>257</sup> Siehe hierzu Verordnung vom 31. Mai 1842 § 4.

<sup>258</sup> Siehe Motive zur Dienstpragm., a. a. O., S. 5 (zu § 6).

<sup>259</sup> Siehe Dienstpragm. § 6; ferner Motive zur Dienstpragm., a. a. O. (zu § 6).

<sup>260</sup> Siehe a. a. O. § 7.

<sup>261</sup> Vgl. aber hiermit in den Motiven zur Dienstpragm., a. a. O., S. 5



#### IV. Das Predigerseminar.<sup>262</sup>

Dass der einjährige Besuch des Predigerseminars Voraussetzung zur Zulassung zur Schlussprüfung ist, hat bereits Erwähnung gefunden. Diese Vorschrift hinsichtlich des Bildungsganges der evangelischen Geistlichen ist von besonderer Bedeutung und bedarf deshalb einer eingehenderen Betrachtung.

Sitz der Anstalt ist Friedberg. Die Aufnahme in das Seminar erfolgt zu Anfang eines jeden halben Jahres auf vorherige Anmeldung bei dem Direktor der Anstalt. Zur Aufnahme befähigt sind nur diejenigen Kandidaten der Theologie, welche die Fakultätsprüfung bestanden haben. Zur Aufnahme hessischer Theologen stellt die theologische Fakultät zu Giessen den erforderlichen Antrag.<sup>263</sup>

Der Aufzunehmende muss sich über ein in jeder Beziehung legales Verhalten bis zum Eintritt in die Anstalt ausweisen können. Im anderen Falle entscheidet

---

<sup>262</sup> Über die Errichtung des Predigerseminars siehe: Landständige Verhandlungen, die Errichtung des Predigerseminariums betr., vom Landtage 1835—1836, ferner Verordnung, die Errichtung eines evangelischen Predigerseminariums betr., vom 21. März 1837; Bekanntmachung des Oberkonsistoriums, die Errichtung eines evangelischen Predigerseminariums betr., vom 29. März 1837; Nachtrag zu der Bekanntmachung Gross-Oberkonsistoriums vom 29. März 1837, die Errichtung eines evangelischen Predigerseminariums betr., vom 4. Mai 1841, sämtlich abgedr. bei Köhler, Handbuch, Bd. I S. 325 ff. Siehe ferner Köhler, Kirchenrecht, S. 189, Fertsch, a. a. O., S. 81, Thudichum, a. a. O., Bd. II S. 56.

<sup>263</sup> Siehe Ordnung für die theologische Fakultätsprüfung a. a. O., § 24 Abs. 2.



das Oberkonsistorium über die Aufnahmefähigkeit.<sup>264</sup> Dem Gesuche um Aufnahme sind Ausweise beizulegen über die Ordnung der Militärverhältnisse des Kandidaten. In der Regel sollen nur solche aufgenommen werden,<sup>265</sup> die ihren militärischen Verpflichtungen bereits soweit nachgekommen sind, dass eine Einberufung derselben zu einer Zeit, wo sie bereits in den Kirchengdienst eingetreten sind, nicht mehr möglich ist, beziehungsweise durch eine Unabkömmlichkeitserklärung seitens des Oberkonsistoriums verhindert werden kann.<sup>266</sup>

Das Predigerseminar trägt den Charakter einer kirchlichen Anstalt, nicht einer staatlichen.<sup>267</sup> Unbeschadet natürlich des Staatsaufsichtsrechtes über die kirchlichen Seminare allgemein,<sup>268</sup> untersteht das Predigerseminar der besonderen Aufsicht des Oberkonsistoriums.<sup>269</sup> Letzterem steht auch die Ernennung der

---

<sup>264</sup> Siehe Verordnung vom 29. März 1837, die Errichtung eines evangelischen Predigerseminariums betr., a. a. O., § 12 Schluss.

<sup>265</sup> Siehe Bekanntmachung vom 5. März 1878, die Aufnahme der Kandidaten der Theologie in das Grossherzogliche Predigerseminar betr., abgedr. bei Habicht, a. a. O., S. 118.

<sup>266</sup> Siehe Ausschreiben an die Dekanate vom 14. Juli 1886, betr. die Unabkömmlichkeit der Geistlichen für den Fall einer Mobilmachung oder einer notwendigen Heeresverstärkung; ferner das Ausschreiben desgl. v. 1. März 1889, beide abgedr. bei Habicht a. a. O., S. 116 ff. Hierzu vergleiche R.-Mil.-Ges. vom 2. Mai 1874 § 65, sowie die Wehrordnung vom 22. November 1888 § 126, letztere abgedr. im Rgbl. f. d. Grossherzogtum Hessen 1889 Nr. 5.

<sup>267</sup> Thudichum, a. a. O., Bd. II S. 58 hält das Predigerseminar dagegen für eine reine Staatsanstalt; vgl. hierzu aber Köhler, Kirchenrecht S. 190 Anm.

<sup>268</sup> Siehe Ges. vom 5. Juli 1887 Art. 6 betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen.

<sup>269</sup> Siehe Edikt § 131,5; vgl. auch Verordnung vom 21. März 1837, betr. die Errichtung eines evangelischen Predigerseminariums, Art. 11.



Professoren des Seminars zu. Nach Art. 6 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 müssen dieselben „Deutsche“ sein. Ihre Namen müssen dem Ministerium des Innern und der Justiz mitgeteilt werden.<sup>270</sup> Letzterem sind auch die Statuten und die Hausordnung des Seminars einzureichen.

Das Predigerseminar steht in angemessener Verbindung mit dem Schullehrerseminar zu Friedberg.<sup>271</sup> Ein „selbständiger“ Besuch desselben, wie dies in einigen Landeskirchen Vorschrift ist, besteht jedoch nicht.

Die Einrichtung einer Anstalt zur weiteren praktischen Ausbildung der angehenden Geistlichen nach ihrem ersten theologischen Examen, wie sie Hessen in dem Seminar zu Friedberg besitzt, findet sich in dieser Art nur vereinzelt in den deutschen evangelischen Landeskirchen.<sup>272</sup> Wie bereits ausgeführt, besteht in den meisten überhaupt kein Zwang zum Besuche einer derartigen Anstalt. Auch da, wo ein solcher Zwang besteht, herrscht ein verschiedenartiger Rechtszustand. Es gilt dies namentlich für die Art und Weise, in welcher die praktische Vorbildung der Geistlichen angestrebt wird.

Die Bestimmung der württembergischen Gesetzgebung, dass der Kandidat nach seinem ersten Examen bereits in den praktischen Kirchendienst als Vikar eintreten muss,<sup>273</sup> widerstreitet gerade dem Gedanken, der für die Errichtung des hessischen Predigerseminars ausschlaggebend gewesen ist. Die eben citierte württem-

<sup>270</sup> Siehe Ges. vom 5. Juli 1887, betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, Art. 5, Abs. 3; ferner Geschäftsordn. d. Oberkonsist., abgedr. a. a. O. II 9.

<sup>271</sup> Siehe Verordnung vom 31. März 1837, Art. 5.

<sup>272</sup> Vgl. Thudichum, a. a. O., Bd. II S. 58 oben.

<sup>273</sup> Siehe hierüber Friedberg, Verfassungsrecht, S. 213 Anm. 5; sowie A. K.-Bl. 1882 S. 498.



bergische Vorschrift entspricht vielmehr den Verhältnissen, wie sie in der hessischen Kirche vor Errichtung des Seminars in Friedberg bestanden haben.<sup>274</sup> Von der badischen Einrichtung, wonach der Kandidat nach seiner ersten Prüfung noch zwei weitere Semester mit wissenschaftlichen und praktischen Studien auf einer Universität zubringen muss,<sup>275</sup> unterscheidet sich Hessen insofern wesentlich, als hier die weitere Vorbildung zum geistlichen Berufe nur in ausschliesslich praktischer Richtung erfolgen soll.

Für die praktische Vorbildung, wie sie den hessischen Pfarramtskandidaten auf dem Seminar zu Teil wird, lassen sich im allgemeinen folgende Gesichtspunkte aufstellen:

Zweck des Predigerseminars ist die unmittelbare Einführung in das praktische Berufsleben des Geistlichen.<sup>276</sup> Einen Theologen sogleich nach der ersten Prüfung zum praktischen Kirchendienste zuzulassen, scheint nach dem geltenden Standpunkte der evangelischen Kirche bedenklich. Allerdings gehört auch die „praktische Theologie“ schon zu den Prüfungsfächern der Fakultätsprüfung. Die praktische Theologie aber,

---

<sup>274</sup> In Ermangelung einer Anstalt zur weiteren praktischen Vorbildung der evangelischen Kandidaten der Theologie nach der Fakultätsprüfung behalf man sich früher in Hessen mit der Verordnung vom 6. September 1820, wonach den durch Dienstanstrengung, Altersschwäche oder unverschuldetes Unglück unfähig gewordenen Geistlichen Vikarien aus der Zahl der Kandidaten beigegeben wurden. Siehe hierüber Köhler, Handbuch, Bd. I S. 329.

<sup>275</sup> Siehe A. K.-Bl. 1882 S. 498, ferner Friedberg, Verfassungsrecht, S. 213 Anm. 5.

<sup>276</sup> Siehe Verordnung vom 29. März 1837, betr. die Errichtung eines evangelischen Predigerseminariums, Art. 1; ferner Verordnung desgl. vom 29. März 1837 § 1; vgl. auch die Motive zur Dienstpragm., a. a. O., S. 4 Abs. 2.



wie sie gerade in dem Predigerseminar getrieben wird, verfolgt andere Zwecke. Erstere bezweckt nur eine allgemeine Theorie der Praxis, der Besuch des Predigerseminars hingegen hat sowohl diese als auch zugleich die praktische Anwendung der Theorie zum Ziele.<sup>277</sup> „Während das Universitätsstudium nach wie vor die Anleitung zum Studium, sowohl der reinen wie der angewandten Theologie in ihrem ganzen Umfange — d. h. die Bildung des Theologen — zur Aufgabe hat, beschäftigt sich das Seminar ausschliesslich mit der lebendigen Anwendung der gesamten theologischen Disciplinen — der Bildung des Geistlichen.“<sup>278</sup> — Gegenstand der Seminar- ausbildung ist — wie die Verordnung vom Jahre 1837 besagt — die vollständige Aneignung des für den Geistlichen unentbehrlichen Materials, die möglichste Fertigkeit in der allseitigen Handhabung desselben, die Bildung einer eigenen, religiös sittlichen Tüchtigkeit.<sup>279</sup>

---

## § 8.

### Evangelisches Glaubensbekenntnis.

§ 1 der Dienstpragmatik erklärt jeden deutschen evangelischen Theologen für anstellungsfähig. Dass der Anzustellende einem bestimmten evangelischen Sonderbekenntnisse angehört, wird zur Anstellung nicht verlangt. In Hessen ist demnach recht-

---

<sup>277</sup> Siehe Verh. d. 1. ordentl. Landessynode 1875/79 Bd. II, Protokolle Nr. 23 S. 10.

<sup>278</sup> So Verordnung vom 29. März 1837, betr. die Errichtung eines evangelischen Predigerseminariums § 2.

<sup>279</sup> Siehe Verordnung vom 29. März 1837, a. a. O., § 3.



lich sowohl der unierte wie der reformierte oder lutherische Geistliche in jeder Gemeinde eines der beiden anderen Bekenntnisse anstellungsfähig.

Entspricht dies aber dem Bekenntnisstand der evangelischen Landeskirche Hessens?

Die evangelische Landeskirche Hessens umfasst verfassungsgemäss lutherische, reformierte und unierte Kirchengemeinden, dies jedoch nur unbeschadet des Bekenntnisstandes der einzelnen Gemeinden.<sup>280</sup> Die Wahrung des Bekenntnisses der Gemeinden ist vielmehr ein grundlegender Gedanke der evangelischen Kirchenverfassung.<sup>281</sup> Eine Einwirkung auf das Bekenntnis im Wege landeskirchlicher Gesetzgebung ist verfassungsgemäss unstatthaft.<sup>282</sup> Wider den Willen einer Gemeinde können Anordnungen in Glaubens- und Kultussachen nicht ergehen.<sup>283</sup> Notwendigerweise scheint also diese Tendenz der evangelischen Kirchenverfassung gerade die konfessionelle Zusammengehörigkeit des Pfarrers mit seiner Gemeinde zu fordern.

Es möchte um deswillen naheliegend erscheinen, von dem evangelischen Geistlichen, bei seiner erstmaligen Anstellung wenigstens, eine ausdrückliche Anerkennung des Bekenntnisstandes der evangelischen Kirche Hessens zu verlangen. Dies um deswillen, weil bei der Anstellung eines Geistlichen in einer Gemeinde des anderen evangelischen Bekenntnisses, etwa eines reformierten Geistlichen in einer lutherischen Gemeinde oder umgekehrt, die ausdrückliche Anerkennung des eigentümlichen Bekenntnisstandes der evangelischen Kirche Hessens als

---

<sup>280</sup> Siehe Edikt § 1.

<sup>281</sup> Vgl. §§ 3, 9, 26, 27, 107, 108, 115 des Edikts.

<sup>282</sup> Siehe Edikt § 108.

<sup>283</sup> Siehe Edikt §§ 3, 26, 27, 108 u. 115.



eine Gewähr für die Wahrung konfessioneller Besonderheiten dieser Gemeinde erscheint.<sup>284</sup>

An sich könnte dem nicht entgegnet werden. Von rechtlichem Standpunkte aus betrachtet, scheint aber diese Massregel überflüssig. Der evangelische Geistliche, der in einer Gemeinde des anderen evangelischen Bekenntnisses angestellt ist, wird auch ohne diese ausdrückliche Erklärung gebunden, dem jeweiligen Bekenntnisse seiner Gemeinde, sowie den in dieser Gemeinde hinsichtlich des Glaubens und des Kultus bestehenden Ordnungen im Sinne der Kirchenverfassung Rechnung zu tragen. Denn mit der Annahme des Amtes in einer solchen Gemeinde ist der Geistliche auch auf den Rechtsboden, auf dem das übertragene Amt steht, verpflichtet. Welcher Art aber letzterer ist, bestimmt die Verfassung selbst. Verfassungsgemäss ist der evangelische Geistliche ohne Unterschied des Bekenntnisses verpflichtet, „das Wort Gottes lauter und rein und nach den in seiner Gemeinde bestehenden besonderen Ordnungen zu verkündigen.“<sup>285</sup> Die Zuwiderhandlung hiergegen würde ein Verstoss gegen die Kirchenverfassung sein. Die Frage, ob die Kirchenbehörde den Geistlichen bei der Verleihung des Amtes in einer solchen Gemeinde auf derartige, in der Gemeinde etwa bestehende besondere Vorschriften aufmerksam macht oder nicht, ist be-

---

<sup>284</sup> Vgl. hierzu Ausschussbericht zur Dienstpragm., a. a. O., S. 1 und S. 2; ferner in den Verhandlungen der 1. ordentl. Landessynode 1875 79 Bd. II Protokolle Nr. 23 S. 7.

<sup>285</sup> Siehe Edikt § 115; vgl. hiermit § 1 desselben. Damit soll die Gemeinde die Möglichkeit haben, konfessionelle Besonderheiten hinsichtlich des Bekenntnisses sich zu erhalten. Köhler, Kirchenrecht, S. 103.



deutungslos, weil die rechtliche <sup>286</sup> Verpflichtung des Geistlichen zur Beobachtung der Bestimmungen der Kirchenverfassung stillschweigend aus der Annahme des Amtes folgt.

Eine grosse Anzahl Kirchenregierungen macht in der That die Anstellung eines von einer auswärtigen Landeskirche zum inländischen Kirchendienste über tretenden evangelischen Geistlichen von dem Vorbehalte des landeskirchlichen Bekenntnisses abhängig. <sup>287</sup> Anstellungsfähig sind in diesen Landes- oder Provinzialkirchen des lutherischen, reformierten oder unierten Bekenntnisses nur solche, welche aus einer Kirche von dem entsprechenden konfessionellen Charakter kommen. Hessen macht, wie aus Vorhergehendem erhellt, in Übereinstimmung mit nur wenigen <sup>288</sup> Landeskirchen eine Ausnahme. So wenig die evangelische Landeskirche Hessens beim Übertritt eines auswärtigen Kandidaten des Pfarramts, bzw. eines auswärtigen evangelischen Geistlichen in den hessischen Kirchendienst einen Vorbehalt hinsichtlich der Prüfungen macht, kennt sie eine derartige Massnahme in konfessioneller Hinsicht.

Dieser Standpunkt der hessischen evangelischen Landeskirche dürfte indessen, wie dies entsprechend bei der Vorbildung der evangelischen Geistlichen berührt worden ist, auch hier nur eine Konsequenz der Vorbedingung der Reichsangehörigkeit sein. <sup>289</sup>

---

<sup>286</sup> „Diese rechtliche Verpflichtung auf die Glaubensgrundsätze gilt nur für die Geistlichen, nicht für die einzelnen Glieder der Landeskirche als solche. Für diese selbst erkennt die Kirche vielmehr Glaubensfreiheit an und reagiert gegen sie wegen Irrglaubens nicht.“ Friedberg, Verfassungsrecht, S. 129 C.

<sup>287</sup> Siehe hierüber A. K.-Bl. 1882 S. 507 B a.

<sup>288</sup> Es sind dies: Aurich, das reformirte Konsistorium zu Frankfurt, Sachsen-Meiningen und Bremen. A. K.-Bl. 1882 S. 453 ff.

<sup>289</sup> Vgl. in und bei Anm. 160.



Vorbedingung zur Anstellung ist die Übereinstimmung des Glaubens des Anzustellenden mit dem der evangelischen Kirche. Fraglich könnte hierbei erscheinen, in welcher Weise diese Übereinstimmung zu erkunden ist.

In der älteren evangelischen Kirche Hessens wandte man, wie dies bis vor nicht langer Zeit auch in anderen Landeskirchen <sup>290</sup> geschah, zur Untersuchung der Frage, ob der Glaube des Anzustellenden mit dem der Kirche übereinstimme, den sogenannten „Religionsrevers“ an. <sup>291</sup> Ebenso forderte man in Hessen schon frühzeitig die Unterschreibung eines streng lutherisch gehaltenen Bekenntnisses. <sup>292</sup> Beide Vorschriften sind indessen gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, wenn auch offiziell nicht abgeschafft, so doch thatsächlich ausser Gebrauch gekommen. <sup>293</sup>

Heutzutage beschränkt sich die Prüfung des Glaubens des anzustellenden Kandidaten, bzw. des anzustellenden Pfarrers in erster Linie und nur allein auf die Prüfungen. <sup>294</sup> Hierbei ist die Untersuchung des Glaubens des Anzustellenden nach der Richtung eines bestimmten Bekenntnisses hin überhaupt nicht erforder-

---

<sup>290</sup> Siehe sächsische Verordnung vom 18. Mai 1862, Friedberg, Kirchenrecht, S. 321 Anm. 9.

<sup>291</sup> Eingeführt wurde dieser durch die Definitorialordnungen von 1625 und 1628. Siehe Köhler, Kirchenrecht, S. 19 u. 20.

<sup>292</sup> Siehe Köhler, Kirchenrecht, S. 20: „Die 1617 für Hessen erlassene Definitorialordnung schrieb vor, dass alle anzustellenden Geistlichen sich durch einen Revers zu verpflichten hätten auf die Augsburgerische Konfession und Apologie, die Wittenberger Konkodie, die Schmalkaldischen Artikel und den Katechismus Luthers.“ — Vgl. sächsische Verordnung vom 27. Juli 1871, Friedberg, Kirchenrecht, S. 321 Anm. 10.

<sup>293</sup> Seit 1645 begnügte man sich mit dem Religionsrevers. Köhler, Kirchenrecht, S. 21 Anm. 1.

<sup>294</sup> Vgl. Friedberg, a. a. O., S. 216,3.



lich. Denn, wie erwähnt, kommt der besondere Bekenntnisstand bei der Anstellung rechtlich nicht in Betracht. Eine formelle Übereinstimmung des Glaubens des Anzustellenden mit dem der evangelischen Kirche erfolgt nur bei der Ordination durch Ablegung des Glaubensbekenntnisses. Die Verpflichtungsformel<sup>295</sup> bei der Ordination ist hier für alle gleichlautend.<sup>296</sup>

Was die aus einer auswärtigen Landeskirche in den hessischen Kirchendienst übertretenden Kandidaten des Pfarramts oder Geistlichen anlangt, so können auch sie, sofern sie keine Prüfung mehr zu bestehen haben, ohne eine besondere Untersuchung ihrer Stellung zum Bekenntnisstand der evangelischen Kirche Hessens angestellt werden. Selbst für den Fall, dass die Kirchenbehörde ein Colloquium von ihnen verlangt, besteht keine Vorschrift, dass sich dieses auch auf die Untersuchung des Glaubens nach der Richtung eines einzelnen Bekenntnisses hin erstrecken muss.<sup>297</sup>

---

<sup>295</sup> Das geltende Ordinationsformular ist durch Ob. Konsist. Ausschreiben vom 20. Januar 1860 festgestellt. — Über das Ordinationsformular allgemein siehe Köhler, Kirchenrecht, S. 2 ff.

<sup>296</sup> Von einer Anzahl lutherischer Kirchenpatrone wurde direkt nach dem Erlasse des Ordinationsformulars vom 27. Juni 1860 ein Gesuch an den Grossherzog gerichtet dahin gehend: „Allerhöchstdieselben wollen zu befehlen geruhen, dass bei der Ordination von Geistlichen für den Dienst der evangelisch-lutherischen Kirche dem neu eingeführten Ordinationsformular ein Zusatz gegeben werde, welcher die Verpflichtung auf das besondere Bekenntnis dieser Kirche ausser Zweifel setzt.“ Dieses Gesuch wurde abschlägig beschieden. Köhler, Kirchenrecht, S. 202 Abs. 2.

<sup>297</sup> Dies muss geschehen in Mecklenburg-Schwerin A. K.-Bl. 1882 S. 448 oben; vgl. für Preussen A. K.-Bl. 1882 S. 554 Abs. 1,4.



## § 9.

## Sittliche Unbescholtenheit.

§ 1 der Dienstpragmatik erklärt nur den sittlich Unbescholtenen für anstellungsfähig. Eine spezialisierende Bestimmung darüber, was unter diesem Begriffe zu verstehen ist, giebt die Dienstpragmatik nicht.<sup>298</sup> Mithin untersteht die thatsächliche Beurteilung dieser Frage dem Ermessen des Oberkonsistoriums.

Eine Beteiligung auch des Staates könnte aber hierbei in der Art denkbar sein, dass der sittliche Zustand eines anzustellenden Geistlichen im gegebenen Falle auch einen dem bürgerlichen Rechtsgebiete angehörigen Einspruchsgrund bedeuten kann.<sup>299</sup> In diesem Falle würde sogar die thatsächliche Entscheidung über die Frage der sittlichen Befähigung des Anzustellenden in letzter Hand dem Staate ausschliesslich zustehen. Bei der individuell subjektiven Beurteilung der sittlichen Befähigung eines Kandidaten dürfte dies praktisch von ganz besonderer Bedeutung sein. Die „sittliche Unbescholtenheit“ kann somit thatsächlich auch als eine staatlicherseits aufgestellte Vorbedingung angesehen werden.

Die Notwendigkeit dieser Vorbedingung der sittlichen Unbescholtenheit des anzustellenden Pfarramtskandidaten rechtfertigt sich aus leicht verständlichen Gründen.<sup>300</sup> Es steht deshalb, um das Eindringen

<sup>298</sup> Siehe hierüber in den Motiven zur Dienstpragm., a. a. O., S. 2 Abs. 4.

<sup>299</sup> Vgl. preuss. Ges. vom 11. Mai 1873 § 16 Abs. 2, sowie § 6 der Darstellung am Schluss.

<sup>300</sup> Edikt § 115: „Die Kirche fordert von dem Geistlichen, dass er mit einem christlichen Lebenswandel der Gemeinde vorleuchte und dem geistlichen Berufe in Wort und That allezeit Ehre mache.“ Vgl. auch in den Motiven zur Dienstpragm., a. a. O., S. 2 Abs. 4.



unlauterer Elemente in den geistlichen Stand zu verhindern, schon die sittliche Führung der Pfarramtskandidaten unter der Aufsicht des Kirchenregiments.<sup>301</sup> Obwohl die Pfarramtskandidaten noch keine Kirchenbeamten sind, vielmehr nur erst die Anstellungsfähigkeit zum geistlichen Amte besitzen, lässt das Gesetz vom 26. November 1883,<sup>302</sup> „die Disciplinarverhältnisse der Geistlichen der evangelischen Kirche des Grossherzogtums betreffend,“ ein Disciplinarverfahren schon gegen sie zu. Zulässige Strafen sind einmal die gewöhnlichen Ordnungsstrafen des § 4 dieses Gesetzes sowie die Dienstentlassung. Gleichbedeutend mit der letzteren Strafe ist für Pfarramtskandidaten die Streichung aus der Kandidatenliste.<sup>303</sup> Diese letztere Strafbestimmung enthält also einen absoluten Ausschlussgrund zur Anstellung. Indessen gelten die Vorschriften des Gesetzes vom 26. November 1883 nur für die bereits ordinierten Pfarramtskandidaten.<sup>304</sup> Darüber, wie es mit den noch nicht ordinierten Kandidaten — somit mit denjenigen, die noch nicht angestellt gewesen sind — gehalten wird, schweigt das Gesetz.<sup>305</sup> Das Strafurteil selbst kann nach dem Gesetze vom 26. November 1883 nur durch das, durch den Synodal-

---

<sup>301</sup> In einigen Landeskirchen stehen sie unter Aufsicht der Synode. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 216 IV Anm. 36.

<sup>302</sup> Abgedr. bei Schmidt, a. a. O., S. 189 ff.

<sup>303</sup> Siehe das angeführte Gesetz vom 26. November 1883 § 5 Schluss.

<sup>304</sup> § 1 des Ges. cit. vom 26. September 1883: „Das vorliegende Gesetz findet Anwendung auf alle definitiv angestellten Geistlichen, sowie auf die ordinierten Pfarramtskandidaten u. s. w. . . .“

<sup>305</sup> Ein Strafverfahren der erwähnten Art kann dann folgerichtig gegen sie nicht stattfinden.



ausschuss verstärkte Oberkonsistorium gefällt werden.<sup>306</sup>  
Eine Berufung gegen das Urteil kennt das Gesetz nicht.<sup>307</sup>

---

## § 10.

### Das Vikariat.<sup>308</sup>

Nach § 2 der Dienstpragmatik ist endlich Vorbedingung zur Erlangung des geistlichen Amtes die Erfüllung der bestehenden Vorschriften hinsichtlich der Verpflichtung zur Übernahme von Vikariaten.<sup>309</sup>

Die Zulassung zum Vikariat ist Wirkung der bestandenen Schlussprüfung. Eine Vorbildung zum geistlichen Amt im Sinne des § 7 der Abhandlung ist das Vikariat nicht. Denn der Vikar ist nach § 7 der Dienstpragmatik bereits als „Geistlicher“ anzusehen.

Eine Vorbildung zum geistlichen Berufe sollte jedoch

---

<sup>306</sup> Siehe Edikt § 134,4. Dieselbe Regel gilt auch in anderen Landeskirchen, wie z. B. Baden, Hannover, Schleswig-Holstein, Nassau, Meiningen, Sachsen, Weimar.

<sup>307</sup> Mecklenburg und Hamburg lassen eine Berufung an das Dienstgericht, bzw. an die Synode zu; Friedberg, Verfassungsrecht, S. 216 Anm. 41 und 42.

<sup>308</sup> Siehe Köhler, Kirchenrecht, S. 191 und 246 ff.

<sup>309</sup> Vgl. Erlass des evangelischen Oberkirchenrats vom 20. Juni 1865, Ordnung für die evangelischen Pfarramtskandidaten im Grossherzogtum Baden betr., abgedr. im A. K.-Bl. 1865 S. 268 ff. § 2 derselben lautet: „Die selbständige Verwaltung eines Kirchendienstes kann einem Kandidaten erst dann übertragen werden, wenn er nach empfangener Ordination sich wenigstens noch 2 Jahre als Gehülfe eines Pfarrers im praktischen Kirchendienst und unter dessen Aufsicht geübt hat.“



das Vikariat nach den Bestimmungen des älteren evangelischen Kirchenrechts sein.<sup>310</sup> Dieser Charakter des Vikariats ist aber mit der Errichtung des Predigerseminars in Wegfall gekommen.

Der Zweck des Vikariats ist nach den Motiven zur Dienstpragmatik<sup>311</sup> folgender: „In erster Linie liegt demselben der Gedanke zu Grunde, dass naturgemäss der definitiven Anstellung vorerst eine provisorische vorausgehen muss. In zweiter Linie soll durch das Vikariat einer etwaigen unverhältnismässigen Begünstigung solcher, die durch Präsentation zur Anstellung kommen, vorgebeugt werden.“

Nach der Verordnung vom 29. Dezember 1854 ist zur definitiven Anstellung die Zurücklegung eines zweijährigen Vikariats in der Eigenschaft als Pfarrverweser, Vikar oder Assistent vorgeschrieben. Davon kann ein Jahr an einer Schulstelle, die mit einem Theologen zu besetzen ist, verbracht werden.

Zur Übernahme eines Vikariats ist jeder Pfarramtskandidat verpflichtet. „Es darf deshalb ein Pfarramtskandidat ohne besondere Erlaubnis der Behörde, bei Vermeidung der ihn sonst treffenden Nachteile, in kein Verhältnis treten oder eine Verbindlichkeit eingehen (z. B. als Hauslehrer, Institutsvorsteher), durch welche er verhindert wird, der an ihn ergehenden Aufforderung zur Übernahme eines Vikariats Folge zu leisten.“<sup>312</sup>

Andererseits behalten Pfarramtskandidaten, welche als Lehrer an einer öffentlichen Schule angestellt sind,

<sup>310</sup> Vgl. Anm. 274.

<sup>311</sup> Siehe dieselben a. a. O., S. 5 Abs. 2.

<sup>312</sup> Siehe Oberkonsistorial-Ausschreiben vom 12. Juni 1866 und Verordnung vom 7. Januar 1868. — Ähnliche Bestimmungen gelten in Altbayern, Weimar und Meiningen. Friedberg, Verfassungsrecht, S. 217,2 B.



diese ihre Eigenschaft als Pfarramtskandidaten, wenn sie Religionsunterricht erteilen oder von Zeit zu Zeit als Prediger auftreten.<sup>313</sup>

Die Dienstpragmatik kennt zwei Vikariate, das vorübergehende und das dauernde.<sup>314</sup> Die Anstellung des Vikars erfolgt im Falle des vorübergehenden Vikariats durch den zuständigen Dekan,<sup>315</sup> im Falle des dauernden durch das Oberkonsistorium.<sup>316</sup> Die rechtliche Stellung des Vikars ist sowohl im Falle des vorübergehenden wie des dauernden Vikariats die des evangelischen Pfarrers. Der Vikar handelt als Stellvertreter des Pfarrers aus eigenem Rechte und mit eigener Verantwortlichkeit.<sup>317</sup> Er vertritt den Pfarrer in jeder Beziehung. Die Anstellung des Vikars ist sowohl mit, als auch gegen den Willen des Pfarrers möglich.<sup>318</sup>

Dem Vikar rechtlich gleich steht der Pfarrverwalter oder Pfarrverweser.

Anders äussert sich die Stellung des Pfarrassistenten. Nach § 23 der Dienstpragmatik ist der Pfarrassistent nur Gehilfe des Pfarrers im eigentlichen Sinne, nicht Stellvertreter desselben. Der Assistent trägt als solcher keine eigene Verantwortlichkeit und handelt auch nicht auf Grund eigenen

<sup>313</sup> Vgl. Motive zur Dienstpragm. § 18, a. a. O., S. 9 letzter Abs.

<sup>314</sup> Siehe Köhler, Kirchenrecht, S. 246 ff.; ferner Dienstpragm. §§ 20, 21 und 22.

<sup>315</sup> Siehe Dienstpragm. § 21.

<sup>316</sup> Siehe Edikt § 131, 11.

<sup>317</sup> Siehe Dienstpragm., a. a. O., § 22 Abs. 2; siehe Motive zur Dienstpragm., a. a. O., S. 11 letzter Abs.

<sup>318</sup> Siehe Dienstpragm. § 22; vgl. ferner Verordnung vom 26. Oktober 1867 Art. 4. — In Baden ist letzteres nach dem Kirchengesetz vom 26. Juli 1886 § 3 nur mit Genehmigung des Oberkirchenrats möglich. Siehe hierüber Friedberg, Verfassungsrecht, S. 263 Anm. 26.



Rechtes.<sup>319</sup> Er vertritt den Pfarrer nicht in jeder Beziehung, sondern nur für einen bestimmt festgesetzten Teil seiner Amtsgeschäfte. Die Anstellung des Pfarrassistenten erfolgt nicht durch einen öffentlichen Rechtsakt wie die Anstellung des Vikars und des Pfarrverwalters, sondern durch einen Privatvertrag mit dem Pfarrer, der nur der Genehmigung des Oberkonsistoriums bedarf.<sup>320</sup> Im Falle der unfreiwilligen Beigabe des Assistenten geschieht die Anstellung desselben allerdings auch durch das Oberkonsistorium.

Die Honorierung des Assistenten erfolgt anders wie bei dem Pfarramtskandidaten und dem Pfarrverweser, sofern ihn der Pfarrer durch Privatvertrag annimmt, durch den Pfarrer allein.<sup>321</sup> Nur aus besonderen Gründen gewährt das Oberkonsistorium einen Beitrag aus dem Centrankirchenfonds.<sup>322</sup>

Über die Honorierung der als Vikare angestellten Pfarramtskandidaten treffen §§ 21, 22 der Dienstpragmatik besondere Bestimmungen.

Ebenso gilt für beide, wie auch für die durch das Oberkonsistorium beigegebenen Pfarrassistenten § 28 der Dienstpragmatik.




---

<sup>319</sup> Siehe hierüber Dienstpragm.-Motive, a. a. O., S. 11 letzter Abs; Köhler, Kirchenrecht, S. 249 III.

<sup>320</sup> Siehe Dienstpragm. § 23, sowie Köhler, Kirchenrecht, S. 249.

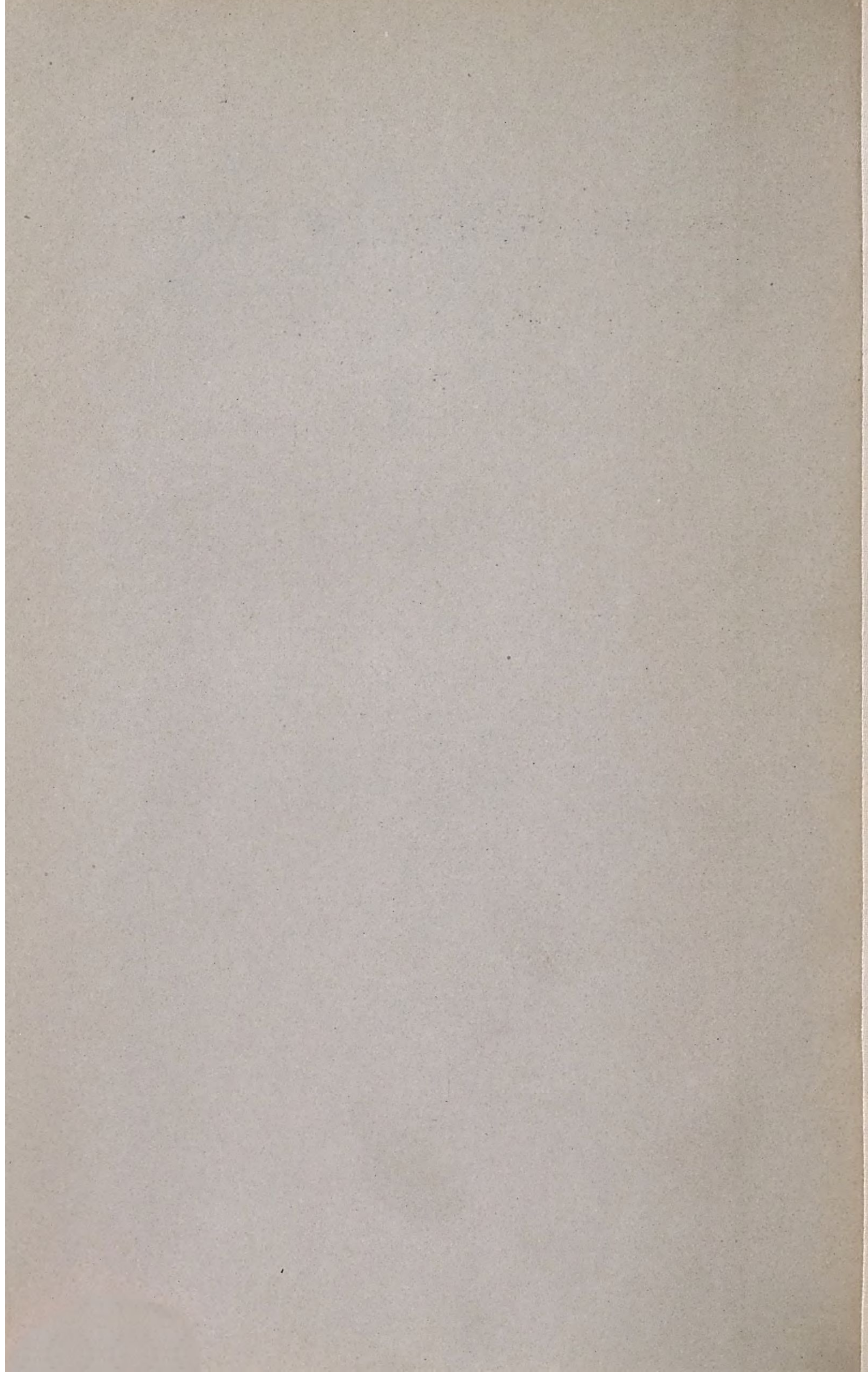
<sup>321</sup> Dienstpragm. § 23.

<sup>322</sup> Siehe a. a. O.













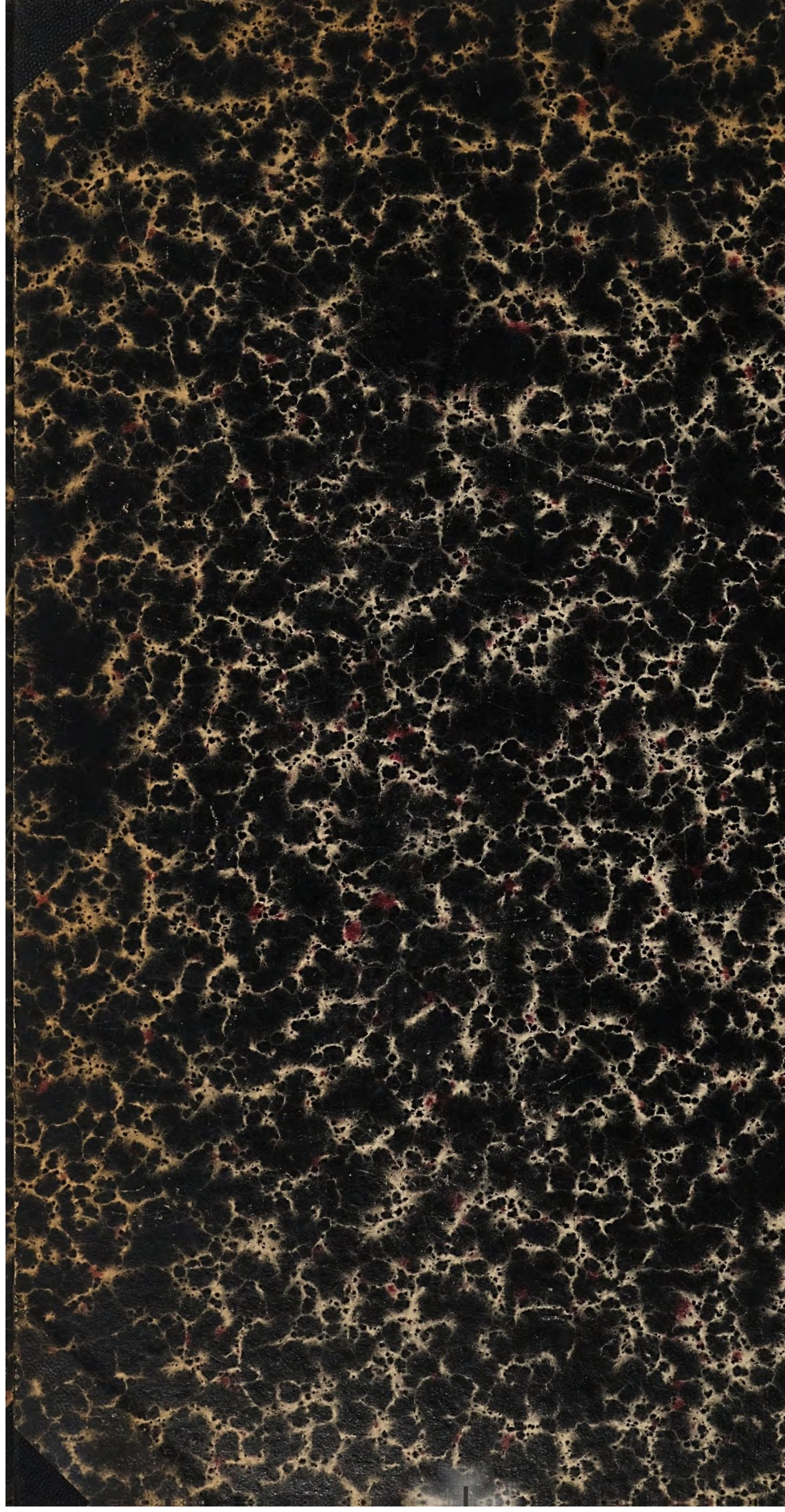


*[Faint handwritten notes or bleed-through from the reverse side of the page.]*



**Karl Bögl.**







Stallmann, Friedrich O.

Die Vorbedingungen zum Erwerb des geistlichen Amtes in der evangel.  
Landeskirche des Großherzogtums Hessen

1892

J.can.p. 974 ik

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11632680-0